

Preußische Allgemeine



Nr. 36 · 8. September 2023

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,90 €

Eine deutsche Affäre

Die inszenierte Erregung über die vermeintlichen Jugendsünden des Hubert Aiwanger und der Missbrauch der Geschichte für politische Zwecke **Seiten 3, 8 und 24**



Geschichte Vor 100 Jahren wurde Primo de Rivera Diktator in Spanien **Seite 10**



Dokumentationszentrum Wo deutsches Schicksal ausgeblendet wird **Seite 23**

VON JOSEF KRAUS

BILDUNG

Deutschland geht mit einem Fehlstart ins neue Schuljahr

Wenn die Bundesrepublik ihren bildungspolitischen Irrweg fortsetzt, droht unserem Land eine verlorene Generation von Schülern

In diesen Tagen starten die 16 deutschen Länder mit ihren rund zehn Millionen Schülern in ein neues Schuljahr. Es wird in mehrfacher Hinsicht ein sehr schwieriges Jahr, ja ein noch schwierigeres als je zuvor. Und es wird das nächste Jahrzehnt – und damit für eine komplette Schülergeneration – so bleiben. Falls überhaupt jemals nochmal gegengesteuert wird.

Die Probleme haben nicht in erster Linie damit zu tun, dass die Schulen aufhören müssen, was drei Corona-Jahre an Bildung anrichten konnten. Dabei gab es wegen – zumeist überflüssiger – Schulschließungen je nach Jahrgangsstufe zwischen 600 und 900 Stunden, also in der Summe gut ein halbes Schuljahr an Präsenzunterricht, der nicht stattfand und der nur rudimentär mit digitalisiertem „Home Schooling“ ausgeglichen werden konnte. Und dessen Ausfall vor allem zu Lasten von Schülern aus schwierigen und zumal migrantischen Milieus ging.

Doch die folgenden drei Probleme setzen den Schulen ungleich mehr zu als der Corona-bedingte Unterrichtsausfall:

Erstens: Die Schulen haben – nicht nur wegen Corona, sondern auch politisch und „bildungswissenschaftlich“ gewollt – die Ansprüche über Jahre hinweg heruntergefahren, um Schüler und überheerzige (Helikopter-)Eltern nicht zu frustrieren. Auswendiglernen, Basiswissen, Rechtschreibung, Kopfrechnen, Geographiewissen, Länderkunde, Jahreszahlen und Geschichtswissen, Gedichtlernen, Lektürekanon und dergleichen galten als vorgestrichelt, da man heute angeblich ja alles „downloaden“ und „just in time“ googeln kann. Infotainment, Entertainment, Spaß-, Gefälligkeits- und Erleichterungspädagogik waren stattdessen angesagt.

Die Folge: Die Leistungen wurden schwächer, was allerdings mit immer besseren Noten kaschiert wurde. Ein Abschlusszeugnis mit einer Zwei unterm

Strich ist Durchschnitt, eine Eins vor der Kommanote im Abitur ist bei 40 Prozent der Abiturienten Standard geworden.

Zu den Folgen gehört auch, dass die Hochschulen aus allen Nähten platzen. Schließlich hat sich die Zahl der Studenten binnen zwei Jahrzehnten von 1,9 Millionen auf aktuell 2,9 Millionen explosiv erhöht. Das gelang nur mittels Niveauabsenkung samt Inflation an geschönten, unehrlichen Zeugnissen. Dies einzufangen wird eine gewaltige Kraftanstrengung erfordern. Zumal das Leistungsprinzip aus ideologischen Gründen seit Jahrzehnten in Misskredit gebracht worden war. Denn es galt: „Leistung“ sei Stress, etwas sozial Ungerechtes, Selektives, Diskriminierendes, ja schier Faschistoides. Die Folgen solchen Denkens kann man mittlerweile nicht nur an der (vormaligen) Bildungsnation, sondern auch an der Sportnation (siehe die jüngsten Ergebnisse im Fußball und in der Leichtathletik) erkennen.

Kein Reparaturbetrieb für falsche gesellschaftliche Entwicklungen

Zweitens: Schule, Berufsschule und Ausbildungsbetriebe können nicht ausgleichen, was eine unregelmäßige Zuwanderungspolitik mit sich brachte und vermehrt mit sich bringt. Die Probleme werden noch größer werden, wenn man sich die neue Zuwanderungspolitik der „Ampel“ und die überbordenden Migrantenanteile in der Grundschule (bundesweit

derzeit im Schnitt bei fast 40 Prozent) anschaut. Eines sollte indes festgehalten werden: Migrantenkinder sind in Deutschland seit eh und je Risikogruppen. Seit PISA 2000 wissen wir, dass Migrantenkinder in Deutschland in etwa ein PISA-Ergebnis erreichen, wie es der Türkei entspricht: Schüler dort lagen in allen PISA-Bereichen um bis zu drei Schuljahre hinter deutschen Schülern in Deutschland.

Aus PISA ist zudem bekannt, dass die Leistungen in Klassen ab einem Anteil von mehr als 20 Prozent Schülern mit Migrationshintergrund signifikant sinken. PISA 2003 gab noch differenzierter Auskunft. In der Mathematik erreichten Deutschlands Neuntklässler mit 503 Punkten einen international mittleren Wert. Deutsche Schüler ohne Migrationshintergrund erzielten 527 Punkte, Kinder zugewanderter Familien 454 und Kinder der ersten Migrantengeneration 432. Das bedeutet: Zwischen diesen Gruppen liegt eine Leistungsdifferenz von fast drei Schuljahren.

Die hohe Politik und der Großteil der Medien stellen sich dem gegenüber taub, wiewohl der Migrantenanteil sich seit den ersten PISA-Tests verzweifelt, ja verdreifacht hat. Es reicht auch keineswegs aus, zusätzliche Förderangebote zu machen. Vielmehr müssen diese Angebote verpflichtend angenommen werden. Es gibt hier eine Hol-Schuld. Wer die Angebote nicht annimmt, dem sollten gegebenenfalls Transferleistungen gekürzt werden.

Drittens: Dieses Problem werden viele Schüler vom ersten Tag des neuen Schuljahres spüren. Denn es fehlt an Lehrern. Geschätzt derzeit in der Größenordnung von bundesweit dreißig- bis vierzigtausend. In einigen Ländern mehr, etwa Berlin und Bremen, in anderen, etwa Bayern, etwas weniger. Und am Ende des Jahrzehnts könnten sogar 150.000 Lehrer fehlen.

Ein Berg von Herkulesaufgaben

Hier hat die Personalpolitik der 16 Länder massiv versagt. Denn seit der Jahrhundertwende 2000 musste bekannt sein, was auf den Schulsektor zukommt: sehr viele Lehrer, die in den Ruhestand gehen; eine gleichbleibend hohe Zahl an Schülern und zu wenig Lehrernachwuchs. Weil Politik aber nicht über den Tellerrand einer vier- oder fünfjährigen Legislaturperiode hinausschaut, Lehrbedarfsplanung aber über ein Jahrzehnt hinaus weisen müsste, wird dieses Problem – wiederum zu Lasten des Bildungsanspruchs – von Dauer bleiben.

Das heißt: Eigentlich haben die 16 deutschen Schulminister – hoffentlich unterstützt von ihren Länderchefs und deren Finanzministern – mehrere Herkulesarbeiten vor sich. Diese Arbeiten müssen endlich angepackt werden. Das wäre um ein Vielfaches wichtiger, als sich mit Ideologieprojekten wie der Zulassung des Gender-Sternchens und der Queer-Aufklärung in den Schulen zu befassen.

IN DIESER AUSGABE

Politik

In Berlin soll ein zweifelhaftes Deutsch-Polnisches Haus entstehen **Seite 5**

Kultur

Salzburg erinnert an den großen Theaterregisseur Max Reinhardt **Seite 9**

Das Ostpreußenblatt

Ein Urlauberrekord im nördlichen Ostpreußen führt allseits zu Chaos **Seite 13**

Lebensstil

Die Krise der Ausflugslokale in Zeiten von hohen Preisen und Personalmangel **Seite 21**



Lesen Sie die PAZ

auch auf unserer Webseite paz.de



ZKZ 05524 – PVST. Gebühr bezahlt

Transgender Wer verstehen will, warum einer so kleinen Gruppe so große gesellschaftliche und politische Aufmerksamkeit gewidmet wird, muss wissen, wer hier alles massiv profitiert

Eine ganze Industrie ist entstanden

Im Geschäft mit den Geschlechtsumwandlungen tummeln sich Kliniken und Pharmakonzerne

VON WOLFGANG KAUFMANN

Die Zahl der Menschen in der Bundesrepublik, welche sich nicht mit ihrem biologisch zugewiesenen Geschlecht identifizieren und somit unter einer sogenannten Genderdysphorie leiden, hat explosionsartig zugenommen. Im vergangenen Jahrzehnt stieg der Anteil der deswegen Behandlungsbedürftigen um 4500 Prozent, wobei zu vier Fünfteln Mädchen oder Frauen betroffen waren. Daraus resultierte eine reichliche Verschärfung der geschlechtsangleichenden Operationen. Fanden 2007 noch 419 solcher Eingriffe statt, belief sich deren Zahl 2021 bereits auf 2598. Ähnlich sind die Verhältnisse in anderen hoch entwickelten Staaten. Beispielsweise kam es in den USA während der vergangenen fünf Jahre zu rund 50.000 Transgender-Operationen – dreimal mehr als in den fünf Jahren zuvor.

Dieser Boom resultiert keineswegs nur daraus, dass die Gesellschaft „offener“ geworden ist, wie man oft hört. Vielmehr liegt ein ganzes Bündel von Ursachen vor, beginnend bei der Pathologisierung normaler pubertärer Verhaltensweisen über Nachahmungseffekte und den Einfluss der Sozialen Medien bis hin zur gezielten Manipulation durch finanzielle Nutznießer der Transgender-Hysterie. So ist es mehr als nur eine Geste der Anbiederung, wenn am Rande der Parade zum Kölner Christopher Street Day plötzlich Plakate mit der Aufschrift „Pharma for Pride“ auftauchen. Denn die Genderdysphorie beschert der Pharmaindustrie erhebliche Einnahmen. Medikamentöse Wirkstoffe, welche die Bildung der „falschen“ Geschlechtshormone stoppen, sind nicht gerade billig, sodass sich die Einnahmen pro „Patient“ im Laufe der Zeit auf bis zu 25.000 Euro summieren können.

Ähnlich kostenintensiv und somit auch gewinnträchtig fallen die verschiedenen Operationen zur Geschlechtsangleichung (siehe rechts) aus. In Deutschland zahlen die Krankenkassen hierfür zumeist zwischen 5000 und 15.000 Euro. Allerdings kommen auf die Betroffenen im Regelfall noch weitere Ausgaben zu, welche die Krankenversicherungen nicht tragen, so unter anderem für psychologi-

sche Gutachten oder teure „gesichtsfeminisierende“ Operationen, die als kosmetische Eingriffe gelten. Außerdem verlangen spezialisierte Privatkliniken teilweise mehr als 70.000 Euro für das chirurgische Prozedere.

Die Liste der Einrichtungen, an denen Transgender-Operationen vorgenommen werden, ist in den vergangenen Jahren immer länger geworden und umfasst auch kirchliche und universitäre Krankenhäuser. Auf mehr als 25 Jahre Erfahrung auf dem Gebiet der Geschlechtsangleichung verweisen dabei die Lubos Kliniken Bogenhausen in München. Hier führt ein Team von über 20 Spezialisten mehr als 300 Eingriffe pro Jahr an Männern und Frauen durch.

EU will gezielt verharmlosen

Wem die Kosten in Deutschland zu hoch sind, der kann auf Länder wie Thailand oder die Türkei ausweichen. Dort fallen kaum mehr als 8000 bis 9000 Euro für das „Basispaket“ an. Hier helfen Vermitt-

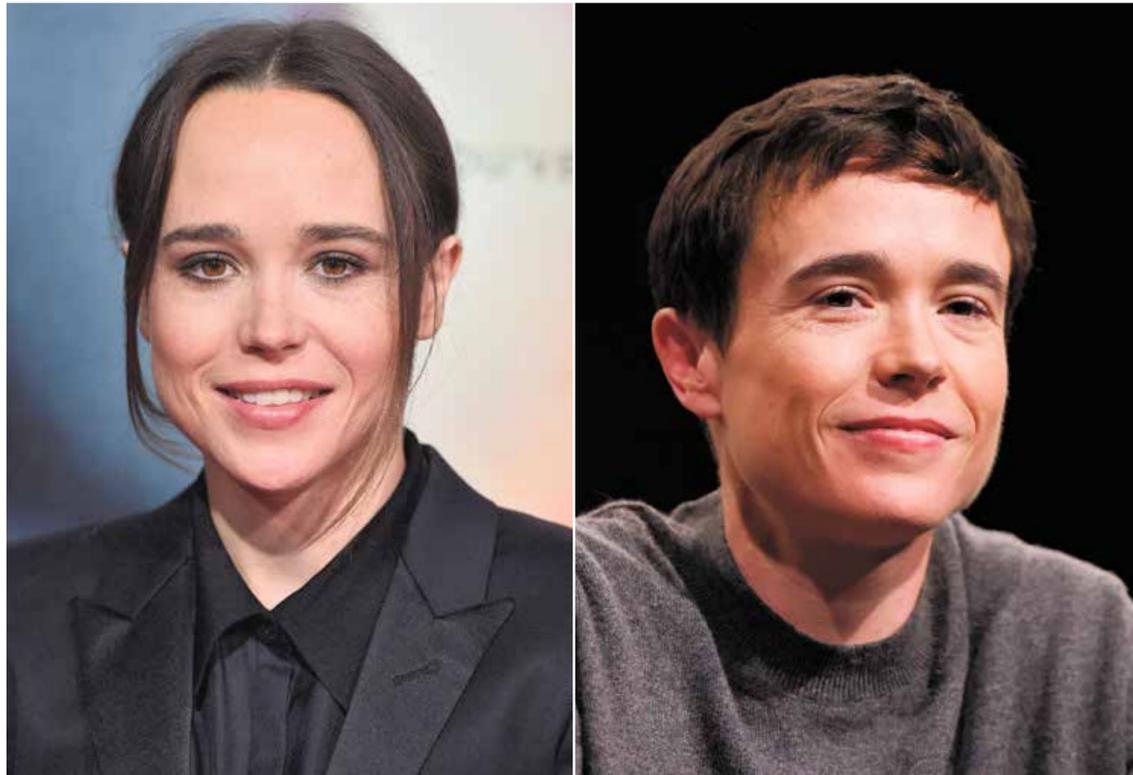
lungsunternehmen bei der Suche nach dem richtigen Ansprechpartner und kümmern sich auch um alles Organisatorische – womit sie natürlich ebenfalls an dem Phänomen Genderdysphorie verdienen.

Aus einer detaillierten Analyse des US-amerikanischen Consulting-Unternehmens Global Market Insights geht hervor, dass der Markt für geschlechtsangleichende Operationen künftig jährliche Wachstumsraten von 25 Prozent verspricht, wobei die höchsten Steigerungen in den USA, Deutschland und Südostasien zu erwarten sind, weil der Staat hier einen erheblichen Teil der Kosten übernimmt.

Allerdings gibt es auch Kritik an der Expansion der Transgender-Industrie, wie beispielsweise von Seiten der 2021 gegründeten Gruppierung Genspect. Sie verweist unter anderem auf die Suizidrate nach Operationen zur Geschlechtsumwandlung, welche fast 20 Mal höher liegt als in der Durchschnittsbevölkerung. Ebenso führen die Hormontherapien zu etlichen gesundheitlichen Prob-

lemen. So steigt das Adipositas- und Diabetes-Risiko auf signifikante Weise, während die Knochendichte abnimmt. Außerdem wurden Belege für eine Minderung des Intelligenzquotienten gefunden. Und wie nach Lage der Dinge kaum anders zu erwarten, drohen mannigfache Funktionseinschränkungen an den künstlich geformten Sexualorganen bis hin zum kompletten Verlust der Reproduktionsfähigkeit.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt ein nicht zuletzt mit Unterstützung der Europäischen Union publiziertes Strategiepapier namens „Nur Erwachsene? Gute Praktiken bei der rechtlichen Anerkennung des Geschlechts von Jugendlichen“ den angstmachenden Begriff „Operation“ zu vermeiden und stattdessen von Maßnahmen im Zusammenhang mit dem „Recht, man selbst zu sein“ zu sprechen. Darüber hinaus sollten die Trans-Rechte mit dem Thema Menschenrechte verknüpft werden, um Kritiker ins Abseits zu drängen.



Prominentes Gesicht der Trans-Gemeinde vor und nach dem Wechsel: US-Schauspieler Elliot Page war bis vor Kurzem eine Frau

FINANZEN

Wie das große Geld auf der Welle reitet

Die milliardenschwere Pritzker-Familie fördert die Bewegung und verdient daran prächtig

Es gibt zahlreiche Profiteure des künstlich geschürten Bedürfnisses nach einer „Geschlechtsangleichung“. Viele davon bleiben mehr oder weniger im Dunkeln. Eine Ausnahme hiervon bildet die 1996 gegründete Kapitalanlagegesellschaft Pritzker Group mit Hauptsitz in Chicago, welche Anteile an 166 Unternehmen hält und die sich im Besitz der weit verzweigten Pritzker-Familie befindet. Auf der Forbes-Liste der reichsten Menschen der Welt stehen aktuell elf Pritzkers mit einem Gesamtvermögen von 36,9 Milliarden US-Dollar.

Das Vermögen resultiert nicht zuletzt aus der Gründung und Expansion des Hotelkonzerns Hyatt. Wie die in dem Buch

„Über die Bedeutung von Sex“ veröffentlichten Rechercheergebnisse der feministischen schwedischen Journalistin Kajsa Ekis Ekman belegen, ist die Pritzker Group zudem einer der Hauptinvestoren in Kliniken für Geschlechtsumwandlungen beziehungsweise Kinder mit Genderdysphorie. Und um das damit verbundene Geschäft anzukurbeln, finanziert sie auf „philanthropische“ Art und Weise eine ganze Reihe von Institutionen, welche die Trans-Bewegung weiter befeuern.

Dazu zählen die Pritzker School of Medicine an der Universität Chicago, die Forschungen über Genderdysphorie betreibt, und die World Professional Association for Transgender Health

(WPATH). Letztere erstellt Richtlinien für die Gesundheitsversorgung von Transgender-Personen, welche unter anderem vorsehen, dass betriebliche Krankenversicherungen in den USA auch die Kosten für Geschlechtsumwandlungen übernehmen.

Darüber hinaus erhielt das Palm Center, eine Denkfabrik der LGBTQ-Bewegung, 5,9 Millionen US-Dollar für Studien über Transmenschen beim Militär. Weitere Spenden in Höhe von einer und 6,5 Millionen Dollar gingen an das „Program in Human Sexuality“ an der Universität von Minnesota und das Lurie Children’s Hospital of Chicago für ein „Gender and Sex Development Program“.

Die weitverzweigte Sippe sitzt an diversen Schaltstellen gleichzeitig

Ebenso stiftete die Pritzker Group den weltweit ersten Lehrstuhl für Transgender-Studien an der Universität von Victoria in der kanadischen Provinz British Columbia. Gleichzeitig sitzen mehrere Mitglieder der Familie Pritzker in den Vorständen von Hochschulinstituten für Sexual- und Trans-Studien. Und dann wäre da noch Jay Robert Pritzker, der Mitbegründer der Pritzker Group, welcher seit 2019 als Gouverneur von Illinois fungiert. Der demokratische Politiker und Geschäftsmann setzte durch, dass die Krankenkassen in seinem Bundesstaat die Kosten für Hormonbehandlungen und geschlechtsangleichende Operationen voll abdecken müssen. W.K.

UMWANDLUNG

Zahlreiche Eingriffe sind nötig

Die Liste der vielfach recht komplizierten beziehungsweise aufwendigen geschlechtsangleichenden Operationen und damit auch Verdienstmöglichkeiten für Ärzte, Kliniken und Investoren fällt ausnehmend lang aus. Im Falle einer Mann-zu-Frau-Umwandlung ist es zuerst notwendig, den Penis und die Hoden samt der Samenstränge zu amputieren. Danach müssen die Chirurgen die Kolpopoese anlegen. Das ist eine aus eigenem Körpergewebe bestehende künstliche Vagina, auch Neo-Vagina genannt.

Außerdem braucht es in aller Regel noch Augmentationen, also Fetteinspritzungen im Hüft- und Gesäßbereich, sowie Brustimplantate, um weibliche Körperformen zu erzeugen. Und dann werden von vielen Patienten auch allerlei ästhetische Eingriffe gewünscht, deren Zweck darin besteht, zu einem möglichst attraktiven Aussehen zu kommen. Dazu gehören die Haarentfernung am Körper und die „Optimierung“ der Kopfhare. Gleichermäßen können chirurgische Maßnahmen im Bereich des Kehlkopfes zur Erlangung einer feminineren Stimme führen.

Noch aufwendiger ist die Frau-zu-Mann-Umwandlung. Neben dem Entfernen der Brüste und der Vagina beziehungsweise dem dauerhaften Verschließen derselben kommt es oftmals auch zur Herausnahme der Gebärmutter sowie der Eierstöcke und Eileiter. Danach steht der Aufbau des Penisersatzes an. Dieser erfolgt entweder durch Vergrößerung und Neupositionierung der Klitoris in Form einer sogenannten Metaidoplastik oder Konstruktion einer Phalloplastik aus Hauttransplantaten. Auf jeden Fall muss der Transgender-Penoid Ersatz für das schwammartige Gewebe erhalten, das im Normalfall die Erektion bewirkt, wenn es mit Blut vollgepumpt wird. Darüber hinaus nehmen die Chirurgen noch einen Hodenaufbau mittels zweier Hodenimplantate vor, die im Neo-Skrotum Platz finden, welches aus den ehemaligen und nun dysfunktional gewordenen Schamlippen gebildet wird. W.K.

„Ein Sturm im Pappbecher“

Mit einem Flugblatt aus der Schulzeit sollte Freie-Wähler-Chef Hubert Aiwanger im Wahlkampf zu Fall gebracht werden. Die Affäre führt vor, wie der sogenannte Kampf gegen Rechts die deutsche Erinnerungskultur entwürdigt

VON HOLGER FUSS

Es ist ein schauerliches Stück auf öffentlicher Bühne, das seit einigen Tagen zur Auf-führung gelangt. Im Mittel-punkt steht der Chef der Freien Wähler, Bayerns Wirtschaftsminister und Vizeministerpräsident Hubert Aiwanger, 52. Doch erzählt wird in dieser finsternen Posse vor allem über die emotionale Verfasstheit unseres Landes, über unsere politische Kultur, über unseren Umgang mit den Erinnerungen an die nationalsozialistischen Verbrechen sowie über unseren Hang zu Denunziation und Intrige.

Sechs Wochen vor der bayerischen Landtagswahl am 8. Oktober grub die „Süddeutsche Zeitung“ („SZ“) aus der Schulzeit Hubert Aiwangers am Burkhart-Gymnasium in Malersdorf-Pfaffenberg ein Flugblatt aus. Wer das maschinengepöppelte Papier, das offenbar aus dem Jahr 1987 stammt, liest, den gruselt es spontan. In einem bizarren Duktus wurde darin ein fiktives Preisausschreiben ausgelobt, bei dem es einen „Freiflug durch den Schornstein in Auschwitz“ zu gewinnen gab oder einen „lebenslänglichen Aufenthalt im Massen-grab“. Verfasser dieses Schund-Papiers, so die „SZ“, soll Hubert Aiwanger gewesen sein.

Beweisen kann es die Münchner Zeitung freilich nicht. Die „SZ“ erwähnt zwei Dutzend anonyme Zeugen, einstige Lehrer und Mitschüler, von denen einige behaupten, „Aiwanger sei als Urheber dieses antisemitischen Pamphlets zur Verantwortung gezogen worden“. Der Disziplinarausschuss des Gymnasiums habe ihm „zur Strafe ein Referat über das ‚Dritte Reich‘ aufgebremmt“. Hubert Aiwanger war damals 16 Jahre alt.

Die Absicht war von Beginn an klar

Ein Paukenschlag mitten im bayerischen Wahlkampf. Und ein vermeintlicher Knüller für die als linksliberal geltende Tageszeitung. Mit welcher Absicht die „SZ“ ihre Enthüllungsgeschichte lancierte, verkündete sie freimütig im Vorspann: „Seit Wochen steigen die Umfragewerte von Hubert Aiwanger. Aber jetzt ist da dieses Flugblatt, das er als Siebzehnjähriger (sic!) geschrieben haben soll, eine Hetzschrift, in der es um das ‚Vergnügungsviertel Auschwitz‘ geht, um antisemitische Phantasien.“ Ganz klar: „Die Aiwanger-Welle rollte doch gerade so schön.“ Aber nun wollten die fünf „SZ“-Autoren diesen Liebling der Bierzelte im Steifflug abschießen wie eine Tontaube – mit einem holprigen Text voller Mutmaßungen, Andeutungen und Suggestionen. Denn die Erinnerungen namentlich nicht genannter Zeugen taugen bestenfalls für die Gerüchteküche, nicht aber für eine Beweisaufnahme.

So fiel das sorgsam ausbalancierte Kartenhaus der „SZ“ nach kurzer Zeit in sich zusammen, als sich Hubert Aiwangers ein Jahr älterer Bruder Helmut als Verfasser des Flugblatts präsentierte. Der war damals sitzen geblieben und ging mit Hubert in die 11. Klasse. Helmut, heute Büchsenmacher und Inhaber eines Waffengeschäfts, gab sich reumütig: Er habe mit dem Flugblatt weder Nazis verherrlichen, den Holocaust leugnen oder Hass und Gewalt schüren wollen. Er nannte das Schriftstück eine „stark überspitzte Form der Satire“, für das er sich heute schäme.

Spätestens zu diesem Zeitpunkt hätte die Angelegenheit erledigt sein können. „Ein Sturm im Pappbecher“, nannte Publizist Henryk M. Broder die Aufregung um das Flugblatt. Es war ein dümmlicher Bubenstreich, der Versuch einer sittlichen Grenzüberschreitung, mit der ein Halbwüchsiger im pubertären Hormongewitter seine juvenile Wut ent-lud. Nicht umsonst hat die Pubertät ihren schlechten Leumund, und die Betroffenen sind froh, wenn sie diese labile Reifungsphase hinter sich haben. Eine Narretei, 36 Jahre her,



Sollte mit einem vor 36 Jahren verfassten Flugblatt zu Fall gebracht werden: Hubert Aiwanger, Bundesvorsitzender der Freien Wähler und stellvertretender Ministerpräsident von Bayern

Foto: pa

längst verjährt. Ein psychisch stabiles Land würde über solch ein Vorkommnis kurz die Nase rümpfen, aber nicht tagelang palavern.

Doch die Deutschen wollen sich empören, sie können gar nicht anders. Nichts ist der eigenen Seelenreinigung zuträglicher, als sich über einen Skandal zu ereifern, der irgendetwas zu tun hat mit Nazis oder Antisemitismus. Das wusste schon der Aphoristiker Johannes Gross (1932–1999): „Je länger das Dritte Reich tot ist, umso stärker wird der Widerstand gegen Hitler und die Seinen.“ Angesichts mancher dieser jetzt so gratismütigen Demokratieverteidiger drängt sich unwillkürlich die Vorstellung auf, wie stolz sie wohl vor 90 Jahren das Hakenkreuzabzeichen getragen hätten, und wie sie mit demselben besserwisserischen Furor heute wie damals auf den Wogen des Zeitgeists gesurft und dem System gedient hätten.

Doppelte Bewertungsstandards

In den sozialen Medien formierten sich in Windeseile die üblichen Gesinnungswächter mit ihrem abrufbereiten Bescheidwissen. Der sozialdemokratische Philosophie-Professor Julian Nida-Rümelin, unter Kanzler Schröder Kulturstaatsminister, postete frühzeitig: „MP Söder sollte Aiwanger als Minister und damit als Stv MP entlassen ... Dem Land täte das gut.“ Dabei räumt er durchaus ein, der Flugblatt-Text sei „nicht explizit antisemitisch“. CDU-Mann Ruprecht Polenz twitterte: „Kein Wort des Bedauerns gegenüber Jüdinnen und Juden in Deutschland. Keine Entschuldigung gegenüber den Angehörigen von Opfern des Nationalsozialismus. Weder von Helmut noch von Hubert Aiwanger.“ Was Polenz allerdings nicht daran hinderte, den jüdischen Historiker Michael Wolffsohn digital anzuschneiden: „Was ist nur in Sie gefahren, diesem Flugblatt zu beschneigen, nicht antisemitisch zu sein.“

Wolffsohn war Aiwanger schon am Tag nach der „SZ“-Veröffentlichung in einem „Bild“-Gastkommentar zur Seite gesprungen und hatte dem Flugblatt attestiert, nicht antisemitisch zu sein, aber menschenverachtend: „Merke: Nicht jeder Dreck ist zugleich anti-

semitisch.“ Zugleich beklagte Wolffsohn die doppelten Bewertungsstandards der „hysterischen Aiwanger-Kritiker“. Während sie ihren konservativen Gegnern „jugendliche Dummheiten“ oder „Straftaten lebenslänglich vorwerfen und noch Jahrzehnte später Konsequenzen fordern“, drücken sie bei linken Gesinnungsgenossen beide Augen zu. Joschka Fischer hat mit 25 Jahren Polizisten verprügelt? „Vergeben und vergessen.“ SPD-Politikerin Sawsan Chebli twitterte: „Als Schüler verfasste Aiwanger ein antisemitisches Flugblatt, das alles überschreitet, was man für möglich gehalten hat.“ Dabei war Chebli in ihrer Jugend selbst eine bekennende Judenhasserin. Wolffsohn: „Entlarvend ist das.“

Ein eigenartiger Gouvernantensound ist zum Dauersummtun im Lande geworden. Gerade jene, die unsere Gesellschaft hartnäckig liberalisieren wollen und nichts dabei finden, dass zum Christopher Street Day turnusmäßig die Sachbearbeiter dieser Republik in ihre Fetisch-Garderobe schlüpfen und frivol durch die Straßen ziehen, achten penibel auf die Einhaltung politisch korrekter Etikette. Stets mit dabei ist der Demokratiefacharbeiter und „Monitor“-Chef Georg Restle, der im Netz schäumte: „Mich kotzt diese ‚Jugendsünde‘-Fraktion an, die weit ins bürgerliche Lager reicht.“

Der Hass auf Aiwanger

Es hätte so schön sein können. Hubert Aiwanger hatte im Juni bei der Heizungs-Demo in Erding mit seiner Rede den Hass seiner Gegner im Sturm erobert: „Jetzt ist der Punkt erreicht, wo endlich die schweigende große Mehrheit dieses Landes sich die Demokratie wieder zurückholen muss.“ Die „SZ“ damals dazu: „Schweigende Mehrheit“, Trump-Sound. ‚Demokratie zurückholen‘, AfD-Sound.“ Und jetzt, kurz vor der Wahl, mit einem uralten Flugblatt aus der Staatsregierung katapultiert, damit Söder bei der nächsten Regierungsbildung die Grünen ins Kabinett holen müsste. Ein schwüler Sommer-nachtstraum für jeden CSU-Verächter.

Doch dann war plötzlich alles ganz anders. Als Urheber des Flugblatts war auf einmal Ai-

Es ist eine Schutz-kampagne, die sich der Opfer der National-sozialisten zu Wahlkampf-zwecken bedient. Nicht das Flugblatt selbst, sondern die skrupellose Instrumentalisierung der NS-Opfer beschädigt die Würde unserer Erinnerungs-kultur

wanger-Bruder Helmut geständig, der mit dem Pamphlet damals „offen linksradikale Lehrer“ ärgern wollte, die sich bei ihm, dem Landwirtssohn, mit Aussagen wie „Bauern sind blöd“ und „Tierhaltung ist Tierquälerei“ unbeliebt gemacht hatten. War das Flugblatt am Ende eine Art Protest in anarchischer Punk-Manier gegen die Geringschätzung, die den Bauernbuben vom Aiwanger-Hof aus dem Studienrats-Milieu entgegenwehte?

Ins Rollen brachte den Flugblatt-Skandal offenbar Aiwangers früherer Deutschlehrer Franz Graf, der bei der SPD aktiv war und seinerzeit mit im Disziplinarausschuss über Hubert Aiwanger richtete, weil in dessen Schultasche ein Exemplar des Flugblatts gefunden wurde. Helmut Aiwanger vermutet heute, sein Bruder könnte das Papier an sich genommen haben, um die weitere Verbreitung zu verhindern, und wurde dabei erwischt. Verraten mochte Hubert seinen Bruder damals nicht und nahm die Strafe auf sich. Lehrer Graf kassierte das Flugblatt ein, ging später damit hausieren und sammelte Material gegen den nun politisch aktiven Hubert Aiwanger.

Immer wieder versuchte der Lehrer, das Flugblatt bei Journalisten unterzubringen. Es heißt, auch der „Spiegel“ habe eine Veröffentlichung geprüft, aber dann doch abgewunken. Zu wenig Substanz, zu wenig Beweiskraft, um den Chef der Freien Wähler politisch zu erledigen. Am Ende entschied sich die „SZ“ für die Enthüllungsgeschichte.

Die Leichen im Keller der „SZ“

Ausgerechnet die „Süddeutsche Zeitung“, die sich zwar als ein Leuchtturm des linksliberalen, kritischen Journalismus versteht, aber in ihren ersten Jahren nach 1945 von schlimmsten Altnazis geleitet und geprägt wurde. Mitverleger Franz Joseph Schöningh organisierte ab 1941 im polnischen Tarnopol als stellvertretender Kreishauptmann den Holocaust mit. Hermann Proebst, „SZ“-Chefredakteur von 1960 bis 1970, war von 1938 an Agent des „Amtes Abwehr“ im Oberkommando der Wehrmacht und leitete als Herausgeber zwei NS-Blätter mit rassistischer Propaganda. Wilhelm Emanuel Süskind, Vater des Bestsellerautoren Patrick Süskind („Das Parfum“) und später hochgelobter Politik-Reporter der „SZ“, war bis 1945 ein linientreuer Journalist, der für den NS-Kriegsverbrecher Hans Frank schwärmte.

Noch 2015 wurde in der „SZ“ die Vergangenheit bei der Waffen-SS des Literaturnobelpreisträgers Günter Grass mit Milde quittiert: „Dass Günter Grass als Jugendlicher in der Waffen-SS war“, so heißt es dort, „ist keine unverzeihliche Sünde. Es diskreditiert den Mann auch nicht, weder den politisch engagierten Demokraten noch den Schriftsteller.“ Grass war 17, als er sich 1944 zur SS-Panzerdivision „Frundsberg“ freiwillig meldete. Bis zum Kriegsende, sagte Grass später öffentlich, habe er an den „Endsieg“ geglaubt.

Und heute feuert die „SZ“ aus allen Rohren gegen ein geschmackloses Flugblatt aus der Feder eines unreifen Schuljungen. Es ist eine Schutzkampagne, die sich der Opfer der historischen Nationalsozialisten zu Wahlkampfzwecken bedient. Nicht das alberne Flugblatt selbst, sondern die skrupellose Instrumentalisierung der NS-Opfer beschädigt die Würde unserer Erinnerungskultur. Denn niemand weiß, wie viele Exemplare von dem Papier damals im Umlauf waren. Nachweisbar ist nur noch ein Exemplar. Zu weltweiter Aufmerksamkeit brachte es das Machwerk erst 36 Jahre später durch die Veröffentlichung in der „Süddeutschen Zeitung“.

● Holger Fuß ist freier Autor und schreibt für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften über Politik, Wissenschaft, Kultur und Zeitgeschehen. 2019 erschien „Vielleicht will die SPD gar nicht, dass es sie gibt. Über das Ende einer Volkspartei“ (FinanzBuch Verlag). www.m-vg.de

● MELDUNGEN

Fliegerhorst
wird ausgebaut

Potsdam/Magdeburg – Die Bundeswehr will ihren Standort Schönewalde/Holzendorf im Süden Brandenburgs zu einem wichtigen Drehkreuz der Luftwaffe machen. Auf dem Fliegerhorst sollen künftig 47 schwere Transporthubschrauber vom Typ Boeing CH-47 „Chinook“ sowie Teile des israelischen Raketenabwehrsystems Arrow 3 stationiert werden. Insgesamt will die Bundeswehr in den Ausbau der Infrastruktur des Fliegerhorstes im Landkreis Elbe-Elster in den kommenden zehn Jahren rund 700 Millionen Euro investieren. Aktuell beschäftigt die Bundeswehr am Standort Schönewalde/Holzendorf rund 1800 Beschäftigte. Diese Zahl soll zukünftig auf 2500 Soldaten und Zivilisten anwachsen. Der Fliegerhorst, der teils in Brandenburg, teils in Sachsen-Anhalt liegt, stand bereits mehrere Male vor dem Aus, weil die Luftwaffe keinen weiteren Bedarf für den Standort gesehen hatte. *H.M.*

Jeder zweite
ein Ausländer

Berlin – In den letzten vier Jahren kam es in Deutschland zu mehr als 2800 Gruppenvergewaltigungen. Das heißt, an jedem Tag der Jahre 2019 bis 2022 wurden durchschnittlich zwei Frauen oder Mädchen von Männergruppen vergewaltigt. Dies geht aus der Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine AfD-Anfrage hervor. Zudem besagen die Zahlen, dass es keinen deutlichen Anstieg zwischen 2019 und 2022 gab. Anfangs registrierten die Behörden 710 Delikte pro Jahr, dann knapp 700 und zum Schluss 789. Auffällig ist dahingegen der konstant hohe Anteil von Tätern ohne deutschen Pass. Der lag stets bei etwa 50 Prozent, obwohl Ausländer nur 13 Prozent der Gesamtbevölkerung in der Bundesrepublik ausmachen. Die AfD-Bundestagsabgeordnete Nicola Höchst sieht darin ein Ergebnis der „fatalen Grenzöffnung 2015“ und der „Weigerung“ der Bundesregierung, „etwas Wirksames zum Schutz der Bürger zu unternehmen“. *W.K.*

Umstrittener
CDU-Vorschlag

Dresden – Angesichts der ausufernden Schleuserkriminalität an den Grenzen Sachsens zu Polen und Tschechien will der sächsische Innenminister Armin Schuster (CDU) den Fahndungs- und Kontrollruck weiter ausbauen. In diesem Zusammenhang hat er die Landespolizei angewiesen, „noch stärker Präsenz“ zu zeigen. Ab sofort sollen vier Züge Bereitschaftspolizei unweit der Grenze Schleuser mittels mobiler Kontrollen und verdeckter Aktionen aus dem Verkehr ziehen. Abgesehen davon, dass hierdurch keine illegalen Einreisen verhindert werden, sind die Pläne des Innenministers auch aus anderen Gründen auf Kritik gestoßen. So droht eine Überlastung der Bereitschaftspolizei, die auch Fußballspiele und Demonstrationen absichern muss. Zudem dürfte das Ganze auf Kosten der allgemeinen Kriminalitätsbekämpfung in Sachsen gehen und zur Streichung geplanter Fortbildungsmaßnahmen für die Beamten. *W.K.*



Soll der Gesetzgeber sie deckeln? Die Mieterhöhung

Foto: pa

WOHNUNGSMANGEL

Streit um Mietpreisbremse

SPD, Grüne und Mieterbund dafür – FDP und Vermieter dagegen

VON PETER ENTINGER

Der Mieterbund hatte schon im Mai vor weiter steigenden Mieten und einer Überforderung von breiten Bevölkerungsteilen gewarnt. Man dürfe sich keine Illusionen machen – „alles, was legal ist, wird an Mietsteigerungen in den nächsten Jahren ausgenutzt werden“. Die Mieten würden „deutlich stärker als die Löhne steigen“, prognostizierte Verbandspräsident Lutz Siebenkotten damals.

Eine Auswertung des Portals „Immoscout“ vom Frühsommer rechtfertigt mit alarmierenden Zahlen die damalige Warnung. Bundesweit sind die Mieten im zweiten Quartal spürbar gestiegen, nachdem es bereits in den Monaten zuvor eine deutliche Steigerung gegeben hatte. Bestandswohnungen wurden demnach im Schnitt 2,5 Prozent teurer angeboten als noch im ersten Quartal und Neubauwoh-

nungen um 2,2 Prozent. Im Vergleich zu den Angeboten vor einem Jahr sind die aufgerufenen Mieten um 7,2 Prozent (Bestand) beziehungsweise 6,3 Prozent (Neubau) höher.

SPD-Bundestagsfraktion

Laut aktuellen Studien fehlen in Deutschland derzeit über 700.000 Wohnungen. Dafür gibt es viele Gründe. Die Errichtung neuer Wohnungen ist aufgrund von hohen Grundstücks- und Baupreisen enorm teuer geworden. Hinzu kommen eine hohe Inflation, steigende Zinsen, Engpässe auf den Rohstoff- und Energiemärkten sowie Knappheit von Produkten und Hindernisse auf der Produktionsebene. Kritiker sprechen aber auch immer wieder von mangelnden Anreizen zum Wohnungsbau durch private Träger, hohen bürokratischen Hürden, das Bauen verteuern den Vorgaben für den „Klimaschutz“ und der den Mangel an Wohnraum verschärfen-

den Erhöhung der Nachfrage durch ungezügelt und staatlich forcierte Masseneinwanderung.

Die amtierende Bundesregierung hat wie ihre Vorgänger nahezu alle Wohnungsbauziele verfehlt. Die SPD-Fraktion forderte nach ihrer Klausurtagung in der vergangenen Woche einschneidende Maßnahmen. Konkret dürften Vermieter in Gebieten mit angespanntem Wohnungsmarkt die Miete nur noch um sechs Prozent in drei Jahren erhöhen, und das auch nur, bis die ortsübliche Vergleichsmiete erreicht ist. „Wir brauchen eine Atempause für Mieter – wir brauchen einen Mietstopp für die nächsten drei Jahre“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Verena Hubertz.

Grünen-Bundestagsfraktion

Derzeit gilt eine allgemeine Grenze für Mieterhöhungen von 20 Prozent innerhalb von drei Jahren. In Gegenden mit an-

gespanntem Wohnungsmarkt sind es 15 Prozent. Die Ampel-Parteien hatten im Koalitionsvertrag festgeschrieben, diese Grenze auf elf Prozent abzusenken.

Das hält die SPD-Fraktion angesichts der aktuell kritischen Lage auf dem Wohnungsmarkt aber nicht für ausreichend. Eigenbedarfskündigungen sollen nach den Vorschlägen der SPD-Fraktion nur noch für einen kleineren Personenkreis möglich sein. Auch bei den Maklerprovisionen möchten die Sozialdemokraten den Rotstift ansetzen.

Unterstützung erhält die SPD-Fraktion vom grünen Koalitionspartner. „Die Verlängerung der Mietpreisbremse, die deutliche Absenkung der Kappungsgrenze und zusätzlich die klare Regulierung von Indexmieten sind dringend notwendig“, sagte die Grünen-Fraktionschefin Katharina Dröge.

FDP-Justizminister und Vermieter

Deutlich schwieriger gestaltet sich die Abstimmung aber mit den Liberalen. Und das Thema Mietpreise ist beim FDP-Justizminister Marco Buschmann angesiedelt. Dieser hatte sich bisher strikt gegen einen Mietpreisstopp ausgesprochen. Seine Partei steht traditionell eher auf der Eigentümerseite. Und dort gibt man sich wenig kompromissbereit. „Natürlich müssen die Mieten auch über zwei Prozent im Jahr steigen dürfen“, sagte der Verbandschef norddeutscher Wohnungsunternehmen, Andreas Breitner: „Es kann doch nicht sein, dass durch die Inflation von gegenwärtig mehr als fünf Prozent alles teurer wird, die Mieten aber nur unterdurchschnittlich steigen dürfen.“

Jährlich müssten mindestens 20 Euro pro Quadratmeter Wohnfläche in Instandhaltung investiert werden: „Wer gesetzlich vorschreiben will, die Mieten zu deckeln, belastet vor allem die sozialen Vermieter mit ihren niedrigen und gerade eben auskömmlichen Mieten“, so Breitner. Benachteiligte seien die Mieter, deren Wohnungen mittelfristig unter mangelnder Instandhaltung leiden würden.

Deutscher Mieterbund

Unterstützung bekommt Rot-Grün hingegen vom Mieterbund. „Vorschläge liegen genügend auf dem Tisch: Ein differenzierter Mietstopp im Bestand, Scharfstellung der Mietpreisbremse, Ahndung von Wuchermieten, Abschaffung oder zumindest Deckelung von Indexmieten. All dies würde die Not auf dem Mietmarkt lindern und es wäre Aufgabe des Bundesjustizministers, die entsprechenden Gesetze endlich anzugehen“, sagt Siebenkotten, der bereits vor geraumer Zeit forderte, Bundeskanzler Olaf Scholz möge von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch machen.

KAMPFPANZER

Mit oder ohne die Grande Nation?

Berlin hat die Wahl zwischen dem deutschen Prototypen KF51 und dem binationalen Projekt MGCS

Im Juni erklärte Bundesverteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) erneut, an dem umstrittenen Projekt Main Ground Combat System (MGCS) festhalten zu wollen. Das auf Anordnung der damaligen Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) in Entwicklung stehende französisch-deutsche Kampfpanzer-Gemeinschaftsprojekt des Leopard-Herstellers Krauss-Maffei Wegmann (KMW), des staatlichen französischen Rüstungsunternehmens Nexter Systems sowie Rheinmetalls soll erst ab etwa 2035 fertig sein. Die Zeitverzögerung ist auch auf Kompetenzstreitereien zurückzuführen.

Bei einer deutsch-französischen Kooperation auf diesem Gebiet würde sich eine deutsche Federführung insoweit anbieten, als Frankreich im Gegensatz zu Deutschland noch nie Kampfpanzer ge-

baut hat, die international auf dem Exportmarkt sonderlich erfolgreich gewesen wären. Andererseits tut sich die Grande Nation traditionell schwer damit, bei einer Gemeinschaftsentwicklung anderen die Federführung zu überlassen.

Im Juni 2022 stellte Rheinmetall seine Kampfpanzerentwicklung KF51 „Panther“ auf der Rüstungsmesse Eurosatory vor. Der Prototyp könnte jederzeit in die Serienfertigung gehen. Das wäre zehn Jahre früher als das MGCS. Der KF51 „Panther“ ist neben dem russischen T-14 „Armata“ die weltweit einzige Panzerneuentwicklung. Der T-14 „Armata“ scheint aber technische Probleme zu haben, denn eine Serienfertigung ist offenbar bisher genauso unterblieben wie ein Einsatz im Ukrainekrieg. Der neue deutsche Panzer verfügt über das Rheinmetall Future Gun

System, eine 130-Millimeter-Glattröhrenkanone, die über eine um die Hälfte stärkere Durchschlagskraft als die 120-Millimeter-Glattröhrenkanone des Leopard 2 verfügt. Der russische T-14 „Armata“ besitzt eine 125-Millimeter-Glattröhrenkanone.

Der KF51 „Panther“ kommt mit nur drei Mann Besatzung – Kommandant, Fahrer und Richtschütze – aus. Ein vierter Platz kann von einem Waffen- oder Systemspezialisten eingenommen werden. Die Steuerung des Turms und der Waffen kann auch von den Plätzen in der Wanne aus erfolgen. Mit 59 Tonnen ist er leichter und damit beweglicher als der Leopard 2 mit seinen 62 bis 64 Tonnen, ganz zu schweigen von dem britischen Challenger 3 mit 66 Tonnen. Der russische T-14 „Armata“ wiegt nur 48 Tonnen. Der KF51 „Panther“ hat zusätzlich noch vier in den

Turm integrierte Starter für vier Kamikazedrohnen vom Typ Hero 120.

Das von der Entwicklung überraschte deutsche Unternehmen KMW versucht sich derweil im Schlechtreden. Laut Ralf Ketzler, dem Chef von KMW, fußt der KF51 „Panther“ lediglich auf einem konventionellen Panzerkonzept und sei ein „Drei-D-Powerpoint-Projekt“. Zwar wünscht sich Rheinmetall die Bundeswehr als Kunden für ihren neuen Panzer, aber die deutsche Politik orientiert sich oftmals nicht an deutschen Interessen.

Diverse NATO-Partner aus Ostmitteleuropa sollen sich aber für das Rheinmetall-Modell interessieren. Wenn Frankreich und Deutschland bis 2035 – oder länger – auf neue Kampfpanzer warten, haben vielleicht andere längst modernere Panzer angeschafft. *Frank Bückler*

GESCHICHTSPOLITIK

Ein Projekt mit Schlagseite

In Berlin soll ein „Deutsch-Polnisches Haus“ entstehen – CDU-Politiker de Vries kritisiert Einseitigkeit

VON HERMANN MÜLLER

Zusammen mit der Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas hat Kulturstatsministerin Claudia Roth (Grüne) ein Eckpunktepapier für ein „Deutsch-Polnisches Haus“ vorgelegt. Bei der Präsentation am 29. August bezeichnete Roth das geplante Haus als „eines der wichtigsten Erinnerungs- und kulturpolitischen Projekte Deutschlands“. Das durch die Stiftung Denkmal für die ermordeten Juden Europas in enger Partnerschaft mit dem Deutschen Polen-Institut erarbeitete Eckpunktepapier sieht vor, „im Herzen Berlins einen Ort zu schaffen, der den polnischen Opfern des nationalsozialistischen Deutschland gewidmet ist“.

Peter-Oliver Loew, Direktor des Deutschen Polen-Instituts, bezeichnete das geplante Haus sogar als einen „Leuchtturm der Empathie“: „So wie hier sind Deutsche Polen noch nie gegenübergetreten – mit Gedenken, mit Information und mit einem breit gefächerten Bildungsangebot, symbolisch markant in der Mitte Berlins, nur hundert Kilometer von Polen entfernt.“ Vorgesehen sind in dem Haus Bildungsprogramme und auch Lesungen, Konzerte sowie Vorträge.

Bis zur Eröffnung sind Veranstaltungen und eine Wanderausstellung geplant, die an die Opfer während der deutschen Besatzung Polens erinnern sollen. Als zentrales Anliegen des Projekts nennen die Planer das Ziel, „Wissen über das Leid der Polinnen und Polen zwischen 1939 und 1945 vermitteln sowie auch über die deutsch-polnische Geschichte insgesamt informieren“.

Üppige Ausstattung vorgesehen

Als möglichen Standort für die Einrichtung ist mittlerweile ein sehr geschichtsträchtiger Ort in der Nähe von Reichstag und Bundeskanzleramt im Gespräch. Gebaut werden könnte das Deutsch-Polnische Haus nämlich im Berliner Tiergarten dort, wo einst die „Krolloper“ stand. Diese war nach dem Reichstagsbrand Ersatztagungstätte des Reichstages. In dem Gebäude war 1933 das sogenannte „Ermächtigungsgesetz“ beschlossen worden.

Kritik am vorgelegten Eckpunktepapier kommt vom Vorsitzenden der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deut-



Umstrittenes Konzept: Claudia Roth (Grüne) will ein „Deutsch-Polnisches Haus“ in Berlins Mitte

Foto: imago/Future Image

schon Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion, Christoph de Vries. Er bewertet „das von Kulturstatsministerin Claudia Roth kurz vor dem Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen vorgelegte Eckpunktepapier“ als einen „fatalen Rückschritt für das wichtigste erinnerungspolitische Projekt Deutschlands“. Aus Sicht von de Vries ist das Deutsch-Polnische Haus nicht der Meilenstein der deutsch-polnischen Aussöhnung, den der Bundestag 2020 mit breiter Mehrheit beschlossen hat. Der Fokus des Bundestagskonzepts lag noch auf dem Gedenken an die polnischen Opfer des Zweiten Weltkrieges, so de Vries.

Vorgelegt habe die Ampel nun nach dreijähriger Planungszeit stattdessen „lediglich die Idee einer weiteren Einrichtung zur deutsch-polnischen Geschichte mit üppiger Ausstattung“. Tatsächlich sieht das von Roth vorgelegte Konzept für

das Deutsch-Polnische Haus Veranstaltungssaal, Bibliothek, Buchhandlung, Terrasse, Café und Restaurant vor. Die starke Abweichung vom parlamentarischen Willen kann nach Ansicht der CDU/CSU-Fraktion auch zu einer starken Verzögerung führen.

Das von Staatsministerin Roth vorgelegte Konzept sieht als Zeitplan vor, dass bis zum Frühjahr 2024 ein Realisierungsvorschlag erarbeitet wird, über den der Bundestag dann erneut abstimmen muss. Erst danach können architektonische und künstlerische Wettbewerbe folgen, bis schließlich mit dem Bau des Hauses begonnen werden kann. Bis das Gebäude erste Besucher empfangen kann, dürften noch Jahre vergehen.

Kein Pendant in Warschau geplant

De Vries erinnert daran, dass der Bundestagsbeschluss von 2020 auch die Rolle der

deutschen Minderheiten in Polen sowie der Aussiedler und Vertriebenen als wichtige Brückenbauer zwischen beiden Ländern gewürdigt hatte. Die Zustimmung der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag war zudem auch von der Hoffnung getragen gewesen, dass sich auch in Warschau zivilgesellschaftliche Initiativen dafür einsetzen, an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen zu erinnern.

Diese Hoffnung hat sich allerdings bislang nicht einmal ansatzweise erfüllt. Zumindest für die Regierungspartei PiS scheinen antideutsche Töne im derzeit laufenden Wahlkampf unverzichtbar zu sein. Auch beim Projekt des Deutsch-Polnischen Hauses ist eine gewisse Einseitigkeit nicht zu übersehen: Offiziell handelt es sich um ein Vorhaben von beiden Seiten. Tatsächlich wird aber die Finanzierung ausschließlich mit deutschen Geldern erfolgen.

PERSONALNOT

Staatsdiener verzweifelt gesucht

Öffentlicher Dienst vor Pensionierungswelle: Mit Wohnungen und mehr Geld will der Senat gegensteuern

Zum Beginn des Schuljahres 2023/24 können laut einer Schätzung von Bildungssenatorin Katharina Günther-Wünsch (CDU) an Berlins Schulen etwa 1460 Vollzeitstellen für Lehrer nicht besetzt werden. Gegenüber dem Vorjahr, damals hatte das Defizit bei 973 Vollzeitstellen gelegen, hat sich der Lehrermangel also nochmals drastisch verschärft. Berlins Problem, genug Lehrer zu finden, kann als ein Vorzeichen für generelle Entwicklung in den kommenden Jahren gesehen werden.

Dem Land und auch den Bezirken fällt es immer schwerer, genug Personal für den öffentlichen Dienst zu finden. Derzeit arbeiten rund 130.000 Menschen für das Land Berlin oder die Bezirke. Rund 7000 Stellen sind aktuell nicht besetzt. Bis 2030 werden in Berlin allein aus Altersgründen 40.000 Mitarbeiter aus

dem öffentlichen Dienst ausscheiden. Wie der Senat in seinem „Personalentwicklungsprogramm 2030“ selbst einräumt, wird schon heute „eine wachsende Zahl offener Stellen nicht mehr zeitnah adäquat besetzt“. Weiter heißt es in dem Senatspapier: „Pensionierungen und steigende Aufgabenlast bringen die Verwaltung an die Grenzen der Leistungsfähigkeit.“

Um künftig genug Personal für die Verwaltung zu finden, will Berlins Finanzsenator Stefan Evers (CDU) das Land zu einem der attraktivsten Arbeitgeber der Region machen. „Die Umstände zwingen uns zum Handeln“, so der Senator bei der Vorstellung des „Personalentwicklungsprogramm 2030“.

Mit seinem Programm will der Senat unter anderem die Besetzungsverfahren in der Verwaltung verkürzen und auch die Bezahlung verbessern. Laut Evers geht es

darum, „Wettbewerbsnachteile“ gegenüber privaten Unternehmen und dem Bund zu beseitigen. Dazu will der Senat das Besoldungsniveau im Land stufenweise an das des Bundes angleichen. Zudem will sich Berlin in der Tarifgemeinschaft der Länder auch dafür einsetzen, dass Zulagen für Beschäftigte leichter gewährt werden können.

Auch Brandenburg in der Klemme

Als zusätzlichen Anreiz für eine Arbeit im öffentlichen Dienst denkt der Senat der Hauptstadt sogar über die „Revitalisierung der Beschäftigtenwohnungen“ nach. Dazu kündigte Evers ein Konzept an, dass der Senat in den kommenden Wochen vorlegen will. Generell wird der öffentliche Dienst in der deutschen Hauptstadt in den kommenden Jahrzehnten mit weniger Personal auskom-

men müssen. Diese Entwicklung hatte der Finanzsenator bereits vor einigen Monaten, kurz nach seinem Amtsantritt, angedeutet. Um trotz einer wachsenden Bevölkerungszahl die Aufgaben zu bewältigen, soll der öffentliche Dienst nach den Vorstellungen des Senats verstärkt die Möglichkeiten der Künstlichen Intelligenz nutzen.

Auch das benachbarte Brandenburg wird in den kommenden Jahren sehr drastisch die Folgen des demographischen Wandels zu spüren bekommen. Wie kürzlich bekannt wurde, werden Brandenburgs Kitas in den nächsten Jahren durch Verrentungen und Kündigungen in extremem Maß Personal verlieren. Prognostiziert wird, dass in den kommenden fünf Jahren jede zweite Kita-Erzieherin gehen wird. Damit fehlten rund 10.000 Erzieherinnen. H.M.

KOLUMNE

Beeindruckt

VON THEO MAASS

Sehr beeindruckt habe ich ein Video aus Nevada gesehen. Dort haben die Rangers mit Klimablockieren kurzen Prozess gemacht. Nachdem die Kriminellen einen kilometerlangen Stau auf der Landstraße zu verantworten hatten, erschienen die Rangers, rasen mit ihren Trucks in die Straßensperre hinein. Die „Aktivisten“ hatten Mühe, rechtzeitig von der Straße wegzukommen. Anschließend nahmen die Ordnungshüter die selbst ernannten Klimaschützer mit vorgehaltener Waffe fest und führten sie in Handschellen ab.

Ich wäre schon zufrieden, wenn die Berliner Polizei bei derartigen Blockaden unverzüglich einschritte, Richter die Kriminellen am nächsten Tag aburteilen und die Presse sich nicht als journalistischer Arm der Straßensperre betätige. Das Beispiel Nevada zeigt, dass dies möglich ist – man muss nur wollen.

Die „Letzte Generation“ kündigte (nach dem Ende ihrer Urlaubsreisen) an, demnächst wieder tätig werden zu wollen: „Tag für Tag werden wir erneut unignorierbar den Alltag in Berlin unterbrechen.“ Ich frage mich ernsthaft, warum die gesetzestreu, steuerzahlenden Bürger der Hauptstadt das weiter ertragen sollen. So meint der Präsident des Bundesverfassungsschutzes, Thomas Haldenwang, ernsthaft, die Klimaterroristen seien keine kriminelle Vereinigung. Und ein allem Anschein nach ideologisch ziemlich aufgeladener Staatsanwalt will einem Lkw-Fahrer den Führerschein entziehen, weil der es gewagt hatte, in Eigeninitiative die blockierte Straße zu räumen.

Ohne Sympathisanten der „Letzten Generation“ in Justiz, Politik und Medien wäre dieser Spuk längst vorbei. Das hat nichts mit „Rechtsstaat“ oder „westlichen Werten“ zu tun. Eigentlich hatten die geplagten Berliner auf eine Wende gehofft, aber der neue Regierende Bürgermeister Kai Wegner (CDU) gefällt sich offenbar darin, dem Zeitgeist zu huldigen.

MELDUNG

Baukredite brechen ein

Berlin – Bei den Sparkassen in Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern ist das Kreditneugeschäft eingebrochen. Insgesamt ging das Volumen neuer Kreditzusagen bei den 43 Geldhäusern in den Bundesländern im ersten Halbjahr 2023 im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 36 Prozent zurück. Die Kreditzusagen für Privatpersonen reduzierten sich sogar um 46 Prozent. Die für die gewerbliche Wirtschaft gingen um 36 Prozent zurück. Bei den Immobilienkrediten halbierte sich das Neugeschäft nahezu. Die Sparkassen mussten in diesem Bereich ein Minus von 48 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum verkraften. Ludger Weskamp, Präsident des Ostdeutschen Sparkassenverbands, verwies auf die zinsbedingt höheren Finanzierungskosten und stark gestiegenen Baupreise. Verantwortung trägt nach Ansicht von Weskamp auch die Politik, welche die Immobilienfinanzierung für die Menschen zu einem „unkalkulierbaren Risiko“ mache. H.M.

● MELDUNGEN

Prags deutsche Grundstücke

Prag – Im Zuge der Digitalisierung der tschechischen Ämter treten zunehmend Datenlücken in den Grundbüchern zutage. Inzwischen fehlen bei rund 150.000 Immobilien Angaben über die Eigentümer. Darunter fallen etwa 3500 Gebäude und knapp 200 Quadratkilometer Ackerland, eine Fläche von der halben Größe Bremens. Nach Angaben des Amtes für die Vertretung des Staates in Immobilienangelegenheiten handelt es sich bei den nicht zu ermittelnden Eigentümern wohl in aller Regel um vertriebene Deutsche. Die unklaren Vermögensverhältnisse blockieren die Entwicklung vieler Gemeinden, etwa weil sie die Verlegung von Wasser- und Stromleitungen verhindern. Allerdings wird Tschechien dieses Problem nur noch bis Ende 2023 haben. Dann greift ein Gesetz aus dem Jahre 2014, dem zufolge „herrenlose“ Immobilien automatisch an den Staat fallen. W.K.

US-Regierung verklagt SpaceX

Washington – Die US-Regierung hat das Raumfahrt-Unternehmen SpaceX von Elon Musk wegen angeblicher Diskriminierung von Asylsuchern verklagt. Laut dem Justizministerium in Washington seien diese Nichtamerikaner bei der Einstellung benachteiligt worden. Musk konterte mit einem Verweis auf die Bestimmungen des Regelwerkes International Traffic in Arms Regulations (ITAR) über den Handel mit Waffen, Rüstungs- und Verteidigungsgütern, denen zufolge US-Unternehmen, die über fortschrittliche Waffentechnologien verfügen, wie eben Raketen mit interkontinentaler Reichweite, nur Personen beschäftigen dürfen, die entweder US-Bürger oder Inhaber einer dauerhaften Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigung (Greencard) sind. Insofern habe sich SpaceX lediglich an geltendes Recht gehalten. Im Falle einer Verurteilung müsste Musks Unternehmen den abgewiesenen Asylsuchern Schadensersatz zahlen. W.K.

Gerichtshof greift durch

Pretoria – Der Oberste Gerichtshof Südafrikas in Pretoria hat die Offenlegung der Verträge über den Kauf von COVID-19-Impfstoffen zwischen der südafrikanischen Regierung und den Vakzin-Herstellern angeordnet. Dem vorausgegangen war eine Klage der Nichtregierungsorganisation Health Justice Initiative. Neben den eigentlichen Verträgen muss Gesundheitsminister Joseph Phaahla auch sämtliche Absichtserklärungen, Protokolle von Verhandlungssitzungen sowie die komplette Korrespondenz im Zusammenhang mit dem Erwerb der Impfstoffe zugänglich machen. Phaahla wollte dies unbedingt verhindern, indem er argumentierte: „Die Klauseln verbieten jede Offenlegung der Beschaffungsbedingungen ohne die Zustimmung der Hersteller, und jede Offenlegung stellt einen Vertragsbruch dar.“ Das Gericht gab jedoch dem allgemeinen Informationsinteresse den Vorrang. Nun bleibt der Regierung nur noch der Gang zum Verfassungsgerichtshof. W.K.

PANDEMIE

Corona-Maßnahmen kehren zurück

In den USA, Österreich, Irland und auch der Bundesrepublik breiten sich schleichend Restriktionen aus

VON WOLFGANG KAUFMANN

Owohl die Weltgesundheitsorganisation (WHO) die Corona-Pandemie am 5. Mai dieses Jahres für beendet erklärt hat, könnte es im bevorstehenden Winter wegen der Ausbreitung angeblich gefährlicher neuer SARS-CoV-2-Varianten zu einer Rückkehr des medizinischen Ausnahmezustands kommen. Darauf deuten etliche Signale aus den Vereinigten Staaten und anderen Ländern hin.

In den USA haben das private Morris Brown College in Atlanta sowie die State University of New Jersey in New Brunswick und Piscataway wieder mehrere Corona-Restriktionen von der Masken- und Abstandspflicht über Versammlungsverbote bis hin zur verbindlichen Kontaktnachverfolgung eingeführt. Wobei die größte Hochschule des Bundesstaates New Jersey auch gleich noch die Impfpflicht reaktivierte. Masken müssen zu-

dem im Auburn Community Hospital und der Klinik der Upstate Medical University im Bundesstaat New York getragen werden. Das Gleiche gilt für das Filmstudio der Lions Gate Entertainment Corporation in Südkalifornien und mehrere Schulen in Texas und Kentucky.

Des Weiteren berichten Medien, ein Whistleblower von der Transportsicherheitsbehörde TSA habe Informationen über eine demnächst geltende Maskenpflicht für Reisende in Flugzeugen, Zügen und Bussen durchgestochen.

Alarmisten drängen nach vorn

Ähnliche Signale kommen aus Irland, Österreich und auch aus der Bundesrepublik. Das Clontarf Hospital im Norden von Dublin und das Universitätsklinikum Krems in Niederösterreich setzten ebenfalls wieder einige zentrale Corona-Maßnahmen in Kraft. Genau wie auch das Altenheim Roncallistift der Diakonie in Erlangen bei Nürnberg und die Notaufnah-

me beziehungsweise Aufnahmestation des Standortes Kiel des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein. Parallel hierzu drängen erneut einige der bekanntesten deutschen Corona-Alarmisten in den Fokus der öffentlichen Aufmerksamkeit.

So ließ sich die Virologin Isabella Eckerle, welche während der Pandemie auf Schulschließungen drängte, vom „Spiegel“ mit den düsteren Worten zitieren: „Das Virus ist noch nicht fertig mit uns.“ Ins gleiche Horn stieß der Nachrichtkanal ntv in seinem Bericht „Mediziner befürchten harten Corona-Winter“, in dem es unter anderem hieß: „Die Corona-Schutzmaske könnte ab Herbst wieder nötig werden.“ Ebenso kündigte die weit links stehende „taz“ eine „neue deutsche Welle“ an.

Wenig überraschend stieß auch Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) unter Verweis auf das anhaltende Mutieren des Virus eine seiner üblichen Warnungen aus: „Das muss man im Auge

behalten. Unser Frühwarnsystem steht.“ Letzteres gilt freilich auch für all jene, die nicht bereit sind, sich erneut einem Bündel von Maßnahmen zu unterwerfen, deren Nutzlosigkeit oder gar Schädlichkeit inzwischen vielfach wissenschaftlich nachgewiesen wurde, was die politisch Verantwortlichen aber mit stupender Hartnäckigkeit ignorieren.

So schrieb die dänische Ärztin Anastasia Maria Loupis auf X (ehemals Twitter): „Die Masken haben nicht funktioniert. Die Lockdowns haben nicht funktioniert. Die ‚Impfstoffe‘ haben nicht funktioniert. Warum wollen die das also wiederholen?“ Und der US-Mediziner Kevin Bass meinte: „Die Maskenmandate kehren zurück. Sie werden nicht durch wissenschaftliche Beweise gestützt. Sie sind durch Aberglauben und Macht motiviert.“

Kritiker mobilisieren bereits

Noch drastischer fielen die Worte der bei den Republikanern jetzt mit tonangebenden Abgeordneten Marjorie Taylor Greene aus, die seit Januar 2021 für den Bundesstaat Georgia im Repräsentantenhaus der Vereinigten Staaten sitzt: „Sehr geehrter Präsident Psychopath, Sie haben ein Gesetz unterzeichnet, welches besagt, dass die COVID-19-Pandemie vorbei ist. Ich werde nicht dafür stimmen, Ihre COVID-bezogene Geisteskrankheit zu finanzieren, die jemandem Masken und Impfungen aufzwingt. Vor allem nicht Kindern ... Hören Sie auf, Big Pharma zu dienen ... Die Amerikaner haben genug von der COVID-Hysterie. Wir werden nicht nachgeben.“ Der abschließende Satz könnte auch das Leitmotto einer auf dem Twitter-Nachfolger X angelauten Widerstandskampagne unter dem Schlagwort „DoNotComply“ (wörtlich: Nicht nachkommen; sinngemäß: Gehorche nicht) sein.

Der Zorn vieler Gegner erneuter Corona-Einschränkungen in den USA rührt dabei neben allem anderen auch aus dem Verdacht, dass die jetzt anlaufenden und dann möglicherweise im Wahljahr 2024 weiter geltenden Maßnahmen die Bevölkerung erneut zur Briefwahl bewegen sollen, denn diese gilt als besonders manipulationsanfällig. Dahingegen wird in Deutschland vermutet, die mutmaßliche Panikmache diene der Erhöhung der Impfbereitschaft.



Geht es wieder los? Einkaufsstraße in Hamburg zur Zeit der Maskenpflicht

Foto: imago images/Chris Emil Janßen

UKRAINEKRIEG

Kiew verschärft seine Rekrutierungsmaßnahmen

Schätzungsweise 150.000 bis 400.000 Soldaten sind gefallen – An der Front droht Personalmangel

Die Höhe der personellen Verluste der ukrainischen Streitkräfte ist ein gut geheutes Staatsgeheimnis. Ungeachtet dessen ging der US-amerikanische Golfkriegsveteran und Militärfachmann Douglas Macgregor im Juni bereits von 150.000 getöteten Soldaten Kiews aus, während der ehemalige Inspektor der UNSCOM-Mission im Irak, Scott Ritter, den Blutzoll der Ukraine zur gleichen Zeit sogar auf 400.000 Mann bezifferte.

Auch wenn diese Angaben nicht zu verifizieren und möglicherweise übertrieben sind, steht die Ukraine vor dem Problem, ausreichend neue Rekruten zu mobilisieren, weil im Lande inzwischen Kriegsmüdigkeit herrscht. Einer repräsentativen Umfrage des ukrainischen Meinungsforschungsinstitutes Meta vom 5. Juli zufolge lag die Zahl der Wehrfähigen, die angaben, sich bei einem russi-

schen Vormarsch auf ihre Heimatstadt freiwillig den Streitkräften anzuschließen, nur noch bei durchschnittlich 25 Prozent. Symptomatisch ist des Weiteren eine Petition an Präsident Wolodymyr Selenskyj, auf die geplanten Verschärfungen der gesetzlichen Sanktionen wegen Fahnenflucht und ähnlicher Delikte zu verzichten.

Doch Kiew muss unbedingt zusätzliche Männer an die Front schicken – nicht zuletzt, um weiter Militärlieferungen vom Westen zu erhalten. Deshalb greift die ukrainische Regierung jetzt zu einer Reihe von Maßnahmen, die innenpolitisch sehr umstritten sind. So wird die zulässige Altersspanne für Wehrdienstleistende von 18 bis 60 Jahren nunmehr voll ausgeschöpft. Gleichzeitig mehren sich Berichte über Razzien, in deren Rahmen systematisch Angehörige nationaler Minderheiten wie

Ungarn und Russen aufgegriffen und zum Militärdienst gezwungen werden.

Überdies schickt die Ukraine offenbar auch freigeschickte Kriegsgefangene sofort wieder an die Front, was aus kriegsrechtlicher Sicht problematisch ist. Gerüchten zufolge haben manche ukrainische Mütter deswegen bei russischen Stellen interveniert, ihre Söhne in der Gefangenschaft zu belassen. Außerdem gibt es Hinweise auf den Einsatz von Sperrereinheiten, welche hinter der Front agieren und Desertionen verhindern sollen.

Nur noch 25 Millionen Einwohner

Aber damit nicht genug: Weil die Daten der Einberufungsbüros unvollständig oder fehlerhaft sind, wurden alle wehrfähigen Männer aufgefordert, in den Territorialen Zentren für Anwerbung und

soziale Unterstützung vorzusprechen, um die dortigen Karteien „mit entscheidenden Informationen zu ergänzen“. Parallel hierzu liefen psychologische Kampagnen an, welche auf die Überwindung der Furcht vor einer Einberufung abzielten. Und dann soll durch die Ablösung aller Regionalleiter der Militärkommissionen auch das System der Korruption gesprengt werden, das es Wehrpflichtigen bislang ermöglichte, sich für rund 5000 US-Dollar „Dienstuntauglichkeit“ bescheinigen zu lassen.

Die Frage ist, ob diese Maßnahmen ausreichen werden, denn die Bevölkerung im Machtbereich der Regierung in Kiew ist seit 1991 durch sinkende Geburtenraten, Auswanderung und Gebietsverluste von 51,5 Millionen auf rund 25 Millionen zurückgegangen, was zur Halbierung des Rekrutenreservoirs führte. W.K.

VON THORSTEN MEYER

Das Unternehmen Degussa Sonne/Mond Goldhandel GmbH war linken Kreisen schon länger ein Dorn im Auge. Unter dem früheren Eigentümer, dem konservativ-liberalen Milliardär August Baron von Finck, hatte sich die Gesellschaft nämlich erlaubt, auch in der rechtslibertären Szene ihre Netze auszuwerfen. Seit dem Tod des alten Barons ändert sich das aber. Sein Sohn August François von Finck, genannt François von Finck, hat Ende 2022 den damaligen Degussa-Geschäftsführer Markus Krall entlassen.

Dessen Nachfolger, Christian Rauch, hat nun der Politik abgeschworen und ist dabei, die Firma von Konservativen zu säubern. Nach Krall mussten im August weitere Manager und der Chefökonom gehen. Ein Eingeweihter spricht sogar davon, dass Degussa zu einem „woken Unternehmen“ werde, das einen Kotau vor dem linken Zeitgeist mache.

Rauch, der früher Luxusmarken wie Montblanc in Italien leitete, sagte gegenüber dem „Handelsblatt“, Degussa wolle „offen sein für Menschen, unabhängig von Religion, Geschlecht, politischer Orientierung und Hautfarbe“. Dass er es überhaupt für nötig erachtet, das zu betonen, liegt am Druck, unter dem das Unternehmen stand.

François v. Finck und Christian Rauch

Der aus einer Bankiers- und Unternehmerfamilie stammende August von Finck (1930–2021) war bekannt dafür, dass er neben Spenden für die FDP und die CSU auch weiter rechts stehende Gruppierungen unterstützte. Ein offenes Geheimnis war beispielsweise, dass er in den frühen 1990er Jahren den Bund freier Bürger, die Anti-Euro-Partei des bayerischen FDP-Renegaten Manfred Brunner, finanzierte.

Die „Süddeutsche Zeitung“ kolportierte gerne ein angebliches Zitat über den alten Baron von Finck, genannt „Gustl“, rechts von diesem stehe „bloß noch Dschingis Khan“. Später wurde die FDP wegen einer Großspende von Finck, dem auch die Mövenpick-Hotelgruppe gehört, scharf angegriffen. 2018 behauptete der „Spiegel“, dass der in der Schweiz lebende Milliardär auch die AfD in ihrer Anfangszeit finanziell unterstützt habe.

François von Finck, Jahrgang 1968, hat offenbar wenig von den liberal-konservativen Ansichten seines Vaters geerbt und will Degussa politisch zeitgeistkonformer halten. Dafür sorgt der neue Geschäftsführer Rauch. Ihm liege besonders die Digitalisierung des Geschäfts am Herzen, sodass Kunden über einen Online-Shop Gold ordern können. Bei Degussa soll es zudem künftig Gold-Sparpläne geben. Im



Vom Generationswechsel an der Spitze geprägt: Degussa Sonne/Mond Goldhandel GmbH

Foto: imago images / Steinach

UNTERNEHMEN

Degussa Goldhandel auf neuem Kurs

Nach dem Tod des Milliardärs August von Finck macht die Firma eine Wende nach links. Früherer Chef Markus Krall wurde abgehört

Jahr 2021, unter Vorgänger Krall, machte das Handelshaus mit Gold und Silber rund 1,4 Milliarden Euro Umsatz, kam auf 57 Millionen Euro Rohertrag und knapp 16 Millionen Euro Gewinn, schreibt das „Handelsblatt“. Damit ist Degussa kleiner als das Münchner Edelmetallhaus Pro Aurum, das doppelt so viel umsetzt, indes kaum mehr Gewinn macht.

Der Ökonom und Buchautor Krall hatte sich öfter mit düsteren Wirtschaftsprognosen hervorgetan und galt als „Crash Prophet“. Viele Feinde machte er sich mit seinem Bestseller „Die bürgerliche Revolution“. Darin warnte er, dass Freiheitsrechte und Marktwirtschaft erodierten, das Geldsystem kollabieren werde und die Eliten versagten. Jüngst geriet er abermals in die Schlagzeilen. Er wird nämlich als Zeuge im Prozess gegen Heinrich XIII. Prinz Reuß geführt, der mit einer Gruppe sogenannter Reichsbürger mutmaßlich

einen Putsch gegen die Bundesregierung geplant hatte. Krall sagt, mit dem 72-Jährigen habe ihn eine längere geschäftliche Beziehung verbunden. Der Prinz soll Krall indes bei einem Essen mit zwei anderen Männern auch gefragt haben, was er als Wirtschaftsminister machen würde. Das will Krall aber als hypothetische Frage aufgefasst haben.

Degussa-Museum vor dem Aus

Obwohl Krall nur als Zeuge in dem Verfahren geführt wird, hat die Polizei in seiner Abwesenheit, als er Urlaub auf Mallorca machte, seine Wohnung durchsucht. Zudem wurde sein Telefon abgehört. Dabei hörten die Ermittler einen Anruf beim früheren Verfassungsschutzpräsidenten Hans-Georg Maaßen nach der Durchsuchung mit. Ein Mitschnitt dieses kurzen Gesprächs wurde – rechtswidrig – an die Presse, namentlich den „Spiegel“ durch-

gestochen, der daraus eine Verbindung von Maaßen zu Reichsbürgern herbeikonstruieren wollte.

Degussa hat mit Krall nichts mehr am Hut. Das Unternehmen wird künftig ein unpolitisches Profil fahren. Vor dem Aus steht auch das in Frankfurt errichtete Degussa-Museum Goldkammer, an dem der alte Baron von Finck Freude gezeigt hatte. Angeblich hat die Einrichtung damals einen zweistelligen Millionenbetrag gekostet. Besucher konnten Goldbarren und Münzen bestaunen. Seit Corona ist die Goldkammer geschlossen. „An dieser Stelle möchten wir Sie darüber informieren, dass sich die Degussa Goldhandel GmbH dazu entschlossen hat, die Räumlichkeiten des Goldkammer Museums zukünftig intern anders zu nutzen. Ein klassischer Museumsbetrieb in der bisherigen Art wird daher nicht mehr stattfinden“, heißt es nun auf der Homepage.

TOURISMUS

Fachkräftemangel in Hotels und Gastronomie

Die Ursachen sind vielfältig und die Lösungsansätze auch

Der Fachkräftemangel in Hotels, Restaurants und Gaststätten hält weiterhin an. Das zeigt eine aktuelle Studie des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung des arbeitgebernahen Instituts der deutschen Wirtschaft (IW). Im Jahresdurchschnitt konnten etwa 17.000 Stellen nicht besetzt werden. Das entspricht 38,7 Prozent aller offenen Stellen in den Hotel- und Gaststättenberufen. Am stärksten sind die Engpässe im Bereich Hotellerie. Dort können 42,8 Prozent der offenen Stellen nicht besetzt werden. Der Engpass ist bei den Köchen mit einer Fachkräftelücke von mehr als 7.500 am größten.

Insgesamt suchen immer weniger Personen eine Beschäftigung in Fachkraftberufen im Hotel- und Gaststättenbereich. Die Zahl der Arbeitslosen, die eine qualifizierte Fachkrafttätigkeit in diesen Beru-

fen suchen, ist laut der Studie sehr stark gesunken und liegt nur noch bei der Hälfte des Vor-Corona-Werts. Die Zahl der offenen Stellen ist zwar gestiegen, liegt aber immer noch unter dem Wert vor der Pandemie. Damit sind die Engpässe in diesen Berufen vor allem durch das gesunkene Arbeitsangebot bedingt.

Die Zahl der neuen Beschäftigungsverhältnisse in Hotel- und Gaststättenberufen, bei denen die Beschäftigten aus anderen Berufen kommen, ist durch die Corona-Pandemie stark gesunken. Während es 2019 noch 126.000 Wechsel aus anderen Berufen in die Gastro-Branche gab, waren es 2021 nur noch 74.000.

Im Gastgewerbe sei es seit Jahren überdurchschnittlich schwierig, angebotene Ausbildungsplätze zu besetzen, teilen die Studien-Autoren mit. „Der Mitar-

beitermangel gehört laut den monatlichen Dehoga-Umfragen regelmäßig zu den größten Herausforderungen für die Betriebe“, erklärt der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (Dehoga).

Die Gastronomie-Betriebe würden inzwischen vielfältig auf die angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt reagieren. „Es gibt Betriebe, die sich daher gezwungen sehen, ihre Öffnungszeiten zu verkürzen, Ruhetage einzuführen oder das Angebot der Speisekarte zu konzentrieren“, sagte Dehoga-Geschäftsführerin Sandra Warden (siehe auch Seite 21). In einigen Gaststätten sei zuletzt auch zu beobachten gewesen, dass mehr auf Selbstbedienung gesetzt werde statt einen kompletten Service am Tisch zu bieten. Warden äußerte die Hoffnung, dass die Branche schnell von den Möglichkeiten der reformierten

Einwanderung wie auch der erleichterten Beschäftigung von Asylsuchern profitieren könne. Außerdem plädiert die Dehoga für „eine Offensive für die duale Ausbildung und mehr Wertschätzung für praktische Berufe und Tätigkeiten“.

Schon vor der Pandemie hatten Gastronomie und Hotellerie Probleme, Mitarbeiter zu finden. Das lag zum einen an den eher unattraktiven Arbeitszeiten bis spätabends und am Wochenende, aber auch an der schlechten Bezahlung. Infolge der Corona-Krise haben sich viele Beschäftigte für andere Berufswege entschieden. Zudem, so erklärt die Dehoga, haben auch die fortwährenden Lockdowns Spuren hinterlassen. Viele Beschäftigte seien auf Kurzarbeit umgestellt worden, Nebentätige hätten ihre Mini-Jobs verloren. *Peter Entinger*

MELDUNGEN

„Energy Port“ in Schutzgebiet

Bremen – Das Land Bremen plant für den südlichen Fischereihafen in Bremerhaven einen sogenannten Energy Port. Angeschlossen an die neue Hafenanlage ist laut Plan ein 250 Hektar großes Industrie-Gewerbegebiet für verschiedene Nutzungsformen „im Sinne der Energiewende“: Lithium- und Batterieproduktion, Umschlag und Lagerung von Komponenten für Offshore-Windparks, Forschung und Entwicklung für die H₂-Produktion, Fertigung von „klimaneutral angetriebenen“ Nutzfahrzeugen, Brennstoffzellenfertigung, Import- und Exportangebote. Bremens Bürgermeister Andreas Bovenschulte hob die Bedeutung des Energy Ports für das Gelingen der Energiewende hervor. Der Umweltverband BUND lehnt das Vorhaben aus demselben Grund ab wie zuvor den gescheiterten Offshore Terminal, gegen den der Verband erfolgreich geklagt hatte. Es handele sich um einen Eingriff in das FFH-Schutzgebiet Weser bei Bremerhaven, das wertvollste Schutzgebiet an der Unterweser. *D.J.*

Sparer lösen Rücklagen auf

Berlin – Trotz steigender Zinsen ist das Sparvolumen in Deutschland im Vergleich zum Sommer 2022 um zwei Prozent beziehungsweise 50 Milliarden Euro zurückgegangen. Das resultiert nach Angaben von Vertretern der insgesamt 354 Geldinstitute hierzulande vor allem aus drei Faktoren: So gebe es eine Gruppe von Menschen, deren Konsumlust trotz der galoppierenden Inflation zugenommen hat. Dann zog fast jeder zehnte Kunde Rücklagen für die Altersvorsorge ab, weil er mit den Zinsen unzufrieden war. Und schließlich verwendete die knappe Hälfte der Sparer einen Teil des angesammelten Geldes zur Deckung von Alltagsausgaben. Laut dem Präsidenten des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Helmut Schleweis, könnte der Trend zum „Entsparen“ anhalten, weil perspektivisch um die 60 Prozent aller Menschen in Deutschland „nicht mehr sparfähig“ sein werden. *W.K.*

Aldi verlässt Dänemark

Kopenhagen – Ende 2023 wird der letzte Aldi-Laden in Dänemark schließen. 1977 eröffnete die Kette ihre erste Verkaufsstelle in dem Land. Die bis dahin recht teuren dänischen Einzelhändler mussten ihre Preise daraufhin nach unten anpassen. Dem Beispiel folgend etablierten sich auch Lidl und Netto in Dänemark. Schon seit einigen Jahren machte Aldi Dänemark Verluste. 2022 schlug ein Minus von 46 Millionen Euro zu Buche. Den größten Teil der Läden übernimmt der norwegische Konkurrent Rema 1000, der auch rund 1600 der etwa 2600 Mitarbeiter weiterbeschäftigen will. Neben Rema 1000 übernimmt die Salling-Gruppe elf, Lidl vier und Coop eine Aldi-Filiale. Insidern zufolge hatte in den vergangenen Jahren die Qualität des Warenangebotes von Aldi in Dänemark nachgelassen. Große Hoffnungen setzt die Kette nun in den wachsenden Markt Polen. *F.B.*

KOMMENTAR

Das zynische Spiel mit der Geschichte

RENÉ NEHRING

Glaubt jemand im Ernst, dass es den Anklägern Hubert Aiwangers wirklich um das Andenken an die Opfer des „Dritten Reichs“ geht? Wohl kaum. Zu offensichtlich ist hier, dass die „Süddeutsche Zeitung“ und die Empörung vorgebenden Politiker vor der Landtagswahl in Bayern vor allem im Sinn hatten, den Chef der Freien Wähler und stellvertretenden Ministerpräsidenten auszuschalten und der CSU zugleich einen neuen Koalitionspartner aufzuzwingen (siehe hierzu auch die Seite 3 dieser Nummer).

Neu ist die Instrumentalisierung von Geschichte nicht: Schon in der Antike und im Mittelalter wussten Herrscher sich im Glanz heldenhafter Verfahren zu sonnen. Als dann im 19. Jahrhundert Religion und Philosophie an Bedeutung verloren, wurde die Geschichte zur großen Sinnstifterin der Gegenwart. Dies gilt vor allem für Deutschland, das in jener Zeit nach Jahrhunderten der Zersplitterung zusammengeführt wurde und zugleich eine industrielle Revolution erlebte, die die gewohnten Lebensverhältnisse von Grund auf umkrempelte.

Jede Zeit hat ihre Erzählungen

Nicht ohne Grund ging seitdem jeder politische Wandel im Land der Dichter und Denker mit einer Neudeutung der Geschichte einher. Nach der Reichsgründung 1871 etwa behaupteten die Großmeister der „borussianischen Geschichtsschreibung“, dass die Hohenzollern jahrhundertlang nichts anderes im Sinn gehabt hätten, als die zersplitterten Deutschen zusammenzuführen. Jahrzehnte später stellten die Nationalsozialisten mit Institutionen wie der „Forschungsgemeinschaft Deutsches Ahnen-erbe e. V.“ und dem „Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands“ die Geschichtsschreibung in den Dienst ihrer Ideologie. Und nach 1945 mussten die „Lehren aus der Geschichte“ dafür herhalten, um die Teilung des Vaterlands zu legitimieren. In der DDR hatte die Geschichtswissenschaft zudem die Begründung für den Herrschaftsanspruch der kommunistischen Staatspartei zu liefern.

Nicht vergessen werden darf, dass die historische Aufräumarbeit immer

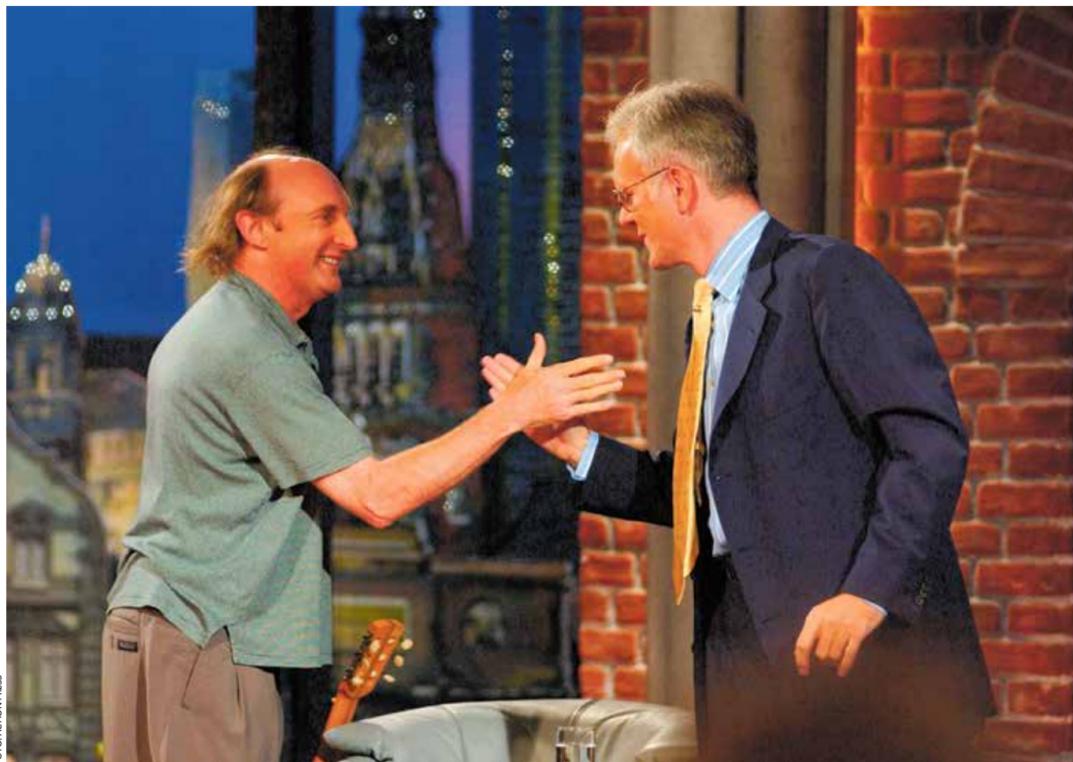
auch den Weg freimachte für die Karrieren nachwachsender Jahrgänge. So kam die sogenannte Flakhelfer-Generation schon früh in Führungspositionen, die ihnen andernfalls erst sehr viel später zugefallen wären. Besonders gründlich trieben dieses Spiel die „68er“, denen es – wie 2008 Götz Aly in seinem Buch „Unser Kampf“ nachwies – auf ihrem „Marsch durch die Institutionen“ mitnichten um die Aufarbeitung des „Dritten Reichs“ ging, sondern vielmehr um das Verdrängen bürgerlicher Eliten.

Ginge es heute den Anklägern Hubert Aiwangers wirklich um das Gedenken an die finsternen Jahre des „Dritten Reichs“, würden sie sich nicht nur jede Instrumentalisierung der Opfer des NS-Regimes für tagespolitische Zwecke verbieten, sondern gelegentlich auch um die anderen Opfer jener Zeit trauern. Sie würden zum Beispiel ebenso an die Verhungerten und Erfrorenen von Flucht und Vertreibung aus dem deutschen Osten erinnern oder an die Verschlütteten und Verbrannten in den Luftschutzkellern nach den alliierten Bombenangriffen. Oder sie würden jener Landsleute gedenken, die an der innerdeutschen Grenze und bei der Niederschlagung des Volksaufstands vom 17. Juni 1953 erschossen wurden. Doch da diese Opfer nicht in die üblichen „Narrative“ passen, werden sie geflissentlich beschwiegen. Ein zynisches Spiel, bei dem es um alles Mögliche geht, nur nicht um die Opfer.

Wie es anders gehen kann, zeigte 2005 der deutsch-jüdische Schriftsteller Ralph Giordano in seinem Vorwort zu einem Bildband über das Kriegsende in Deutschland: „Ich habe mich fast ein ganzes Leben lang beschäftigt mit dem Leid, das Deutsche über andere gebracht haben – dennoch will ich das Recht haben, auch über deutsches Leid erschüttert zu sein.“

Von dieser Größe sind die selbst ernannten Kämpfer für den historischen Anstand unserer Tage weit entfernt. Mangels Wissens und mangels eigenen Anstands reicht es bei ihnen nicht einmal mehr für eine ordentliche Sinnstiftung – sondern nur noch zum Schmeißen schmutziger Stinkbomben auf einen politischen Gegner.

Die Opfer unserer Geschichte haben etwas Besseres verdient.



Filme der beiden werden im TV neuerdings mit einem Warnhinweis versehen: Otto Waalkes und Harald Schmidt (v.l.)

KOLUMNE

Freiheit auf Abwegen

FLORIAN STUMFALL

Das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beginnt mit der Darstellung und Garantie der Grundrechte. Der Artikel 5 legt als erstes fest: „Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten.“ Hier vereinigen sich zwei verschiedene Rechte, die indes aufs engste zusammengehören: das Recht der freien Meinung und dasjenige der freien Information. Doch seit im Jahre 1949 diese Rechte festgeschrieben wurden, hat sich viel geändert.

Um mit der neuesten Entwicklung zu beginnen: Die Kommission der EU hat ein Gesetzeswerk verfügt – im Einvernehmen mit dem stets loyalen und auf reibungslose Abläufe bedachten Parlament sowie dem ebenso beflissenen Rat –, das einen zunächst harmlos erscheinenden Titel trägt: „Gesetz über digitale Dienste“. Es ist in Teilen bereits im November des vergangenen Jahres in Kraft getreten, vollständig wird es am 17. Februar 2024 anzuwenden sein. Begleitet wird das Unternehmen von einem Segensspruch aus dem Munde der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: „Wir bringen unsere Werte in die digitale Welt.“

Wie so oft bei Bestimmungen aus Brüssel bedarf es der Mühe, genau hinzuschauen, wenn man sehen will, was eigentlich beabsichtigt ist. Denn immer beginnen derartige Reglementierungen mit der Bekundung, sie seien notwendig für das Wohl der Bürger. Hier soll es also um den Schutz der Verbraucher und ihrer Grundrechte im Internet gehen. Der Kern aber verbirgt sich in einem großen Schwall bürokratischer Tiraden. Dennoch ist er bei dem Digitalgesetz bald entdeckt. Die Kommission bekommt Zugriff auf die großen Online-Plattformen. Dieser wird beansprucht, um ein „Melde- und Aktions-“Regelwerk einzuführen, das dazu dienen soll, „illegale Inhalte“ zu tilgen.

Wer entscheidet, was Recht ist?

Dass hier ziemlich unverhohlen ein System der Zensur eingeführt wird, ist offenkundig, was die Autoren aber nicht hindert, gleichzeitig die Wahrung der Grundrechte, einschließlich dessen auf freie Meinungsäußerung zu beschwören. Entscheidend dabei ist die Beantwortung zweier Fragen: zum einen der, was

„illegale Inhalte“ denn seien, und zum zweiten jener, wer im Zweifelsfall darüber befindet.

Nun ist jedenfalls in Deutschland unbestritten, dass alle Werbung oder Sympathiebekundung für den Nationalsozialismus unter Strafe steht. Bei anderen Gegenständen ist der Charakter des „Illegalen“ einer Meinung aber nicht so deutlich. Wie steht es mit der Ansicht übers Klima, die Zuwanderung, die Sexualisierung von Kleinkindern? Hier erfolgt die Inkrimination seit geraumer Zeit nicht auf dem Rechtswege, sondern

Die Warnung kommt vor dem Verbot

durch den Druck fanatischer, oft extremer Minderheiten, die sich durch die handelsüblichen, willfährigen Medien ein weit überproportionales Gehör zu verschaffen wissen.

So entstehen Tribunale außerhalb des Rechts, die ohne Verfahrensordnung nach Willkür den Stab brechen, geleitet einzig von der ideologischen Absicht. Mehr noch: Es ist nicht nur die missliebige Meinung allein, die unterdrückt werden soll. Sogar Tatsachen sind nicht mehr sicher vor der Guillotine in einer Zeit, in der jemand seinen Posten verlieren kann, der verkündet, dass es zwei Geschlechter gibt und nicht drei- oder vierhundert. Ein nur scheinbar harmloses Beispiel aus der Glimmer-Welt bestätigt diese Entwicklung. So werden im TV neuerdings Filme des Komikers Otto oder auch von Harald Schmidt mit einem Warnhinweis versehen, weil sie gegen die politische Korrektheit verstoßen. Die Warnung aber kommt vor dem Verbot.

Die Autoritäten der EU scheinen also solche Verurteilungen mehr unter eigene Regulierung bringen zu wollen und haben sich als Anregung einer deutschen Bestimmung bedient, des „Netzwerkdurchsetzungsgesetzes“ aus dem Jahre 2017, also noch aus der Ära Merkel, verantwortet von dem Justizminister Heiko Maas (SPD). Bei dem Gesetz handelt es sich ebenfalls um die Zensur „rechtswidriger Inhalte“ wie „Hasskriminalität“. Die Besonderheit aber ist, dass dieses Gesetz die Aussortierung und Löschung missliebiger Nachrichten

oder Kommentare den Anbietern der Plattformen oder Suchmaschinen auferlegt, die Zensur also privatisiert, jedoch unter Androhung immenser Geldstrafen.

Verkehrung des Sinns eines Begriffs in sein Gegenteil

Dieses deutsche Gesetz also hat die EU-Granden zur Verabschiedung einer überwölbenden Regelung veranlasst. Das erstaunt keineswegs angesichts der allgemein um sich greifenden gesetzgeberischen Gleichschaltung. Bemerkenswert ist allerdings der Rückgriff auf den Artikel 116 des „Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union“, der einen verbindlichen Annex des „Vertrages von Lissabon“ darstellt. Darin wird behauptet „dass vorhandene Unterschiede in den Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedsstaaten die Wettbewerbsbedingungen auf dem Binnenmarkt verfälschen ...“

Hier ist festzuhalten: Die EU erachtet verschiedene Bedingungen als wettbewerbsfeindlich, wo doch der Wettbewerb genau darin besteht, dass unterschiedliche Ansätze, Werkzeuge, Methoden und Ideen miteinander wetteifern. Wie in Orwells ahnungsvollem Roman „1984“ wird der Sinn eines Begriffs in sein Gegenteil verkehrt, um auf diese Weise das Denken der Menschen zu manipulieren. Der Wettbewerb nämlich ist das Kernstück der Marktwirtschaft, die von der EU-Bürokratie mehr und mehr zertrümmert wird.

Der Vergleich drängt sich auf: Der Wettbewerb ist nicht nur in der Ökonomie unerlässlich und fester Bestandteil einer freiheitlichen Ordnung, sondern ebenso auf dem Feld der politischen Ansichten, Meinungen und Vorlieben. Wer sich anmaßt, mit wohlklingenden Gesetzen diesen Wettbewerb einzuengen und schließlich zu zerstören, beschreitet den Weg der Unfreiheit, der schließlich in der Diktatur endet. Die Demokratie ist eben auch eine Börse konkurrierender und widersprüchlicher Weltbilder, aber eben das gerät mehr und mehr in Gefahr. Ein kluger Beobachter, Roger Köppel, der Herausgeber und Chefredaktor der Schweizer „Weltwoche“, sagt: „In Deutschland wird es ungemütlich, wenn Sie nicht links sind.“

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V.,
Anschrift von Verlag und Redaktion: Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf.
ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2023:
Inland 16 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwert-

steuer, Ausland 18,50 Euro, Luftpost 22,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,90 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann.
Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail:
redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: info@ostpreussen.de

Ein fortschrittlicher Theater-Magier

Erneuerer der Bühnenkunst – Vor 150 Jahren wurde Max Reinhardt geboren, der in Berlin und Salzburg das Theater revolutionierte

VON VEIT-MARIO THIEDE

Am 9. September 1873 kam in Baden bei Wien Maximilian Goldmann zur Welt. Der Sohn eines jüdischen Kaufmanns nahm Schauspielunterricht und debütierte 1890 mit dem Künstlernamen „Max Reinhardt“ in Wien. Aber erst in Berlin kam seine Karriere in Fahrt.

Ab 1894 war Reinhardt Ensemblemitglied am Deutschen Theater. Knapp zehn Jahre später begann er, Stücke zu inszenieren und etablierte sich im Zentrum des Kaiserreichs als Theaterleiter. Schon bald war er Herrscher über ein Theater-Imperium, dem in Berlin zeitweise elf Bühnen angehörten. Auf Tournée durch Europa und die Vereinigten Staaten feierte ihn das Publikum als „Theater-Magier“.

Ulrich Khuon, bis diesen Sommer Intendant des Deutschen Theaters Berlin, beurteilt Reinhardt als den Erfinder des Regietheaters. Bei dem ist die wirkmächtige Inszenierung wichtiger als die dem Autor des Stückes verpflichtete Werkreue. Khuon äußert: „Reinhardt war ein Technikfreak. Er wollte einen emotionalen Sog. Die Zuschauer sollten so ergriffen werden, dass sie dem nicht entkommen.“

Dem diente auch der Einsatz der damals neuartigen Drehbühne, die den geschwinden Szenenwechsel erlaubt. Ihr verdankte Reinhardt 1905 im Neuen Theater am Schiffbauerdamm den sensationellen Publikumserfolg von Shakespeares Komödie „Ein Sommernachtstraum“. Das Modell der Drehbühne sowie weitere auf Reinhardt bezogene Exponate sind aktuell in der Ausstellung „Berlin Global“ im Humboldt-Forum zu sehen.

Zwar pflegte Reinhardt auch das zurückhaltend inszenierte Kammerstück, doch mehr noch war er dem bombastischen „Überwältigungstheater“ zugetan. Ein besonders spektakuläres Erfolgsgeschäft war für ihn 1911. An der Dresdener Sempoper inszenierte er die Uraufführung des „Rosenkavaliers“ von Richard Strauss, die auf dem Gebiet des Musiktheaters neue Maßstäbe setzte. Die Uraufführung des von Hugo von Hofmannsthal verfas-



Blick auf „sein“ Theater: Das Deutsche Theater in Berlin mit der Max-Reinhardt-Büste von Wilfried Fitzenreiter

ten „Jedermann“ war im Berliner Zirkus Schumann ein Großraumereignis vor mehr als 3000 Zuschauern. In der fast 5000 Plätze fassenden Londoner Olympia Hall fand unter Leitung Reinhardts die Uraufführung von Karl Gustav Vollmoellers Pantomime „Das Mirakel“ mit einem Massenaufgebot von Schauspielern, Sängern, Tänzern, Statisten sowie einem an die 200 Musiker umfassenden Orchester statt. Diese Inszenierung begründete seinen internationalen Ruhm.

Mit Strauss und Hofmannsthal entwickelte Reinhardt die Idee zu den Salzburger Festspielen. Die erste Aufführung fand im August 1920 statt. Auf dem Domplatz inszenierte Reinhardt den „Jedermann“. Machte er für den die Stadt zur Bühne, erhob er 1933 für Goethes „Faust“ die Bühne zur Stadt. Die in der Felsenreitschule von Reinhardt konzipierte und vom Architekt-

ten Clemens Holzmeister errichtete „Faust-Stadt“ schrieb Theatergeschichte. Sämtliche Szenenbilder waren nebeneinander übereinander aufgebaut. Beleuchtet war immer nur der aktuelle Schauplatz des Geschehens.

Zu Ehren Reinhardts präsentieren die Salzburger Festspiele in der Felsenreitschule nun „Faust 2023 – Eine performative Führung“. Ein Schauspielstudent der Universität Mozarteum erzählt von Reinhardts Faust-Inszenierungen der Jahre 1933 bis 1937, führt im Karl-Böhm-Saal zum originalen Modell der Faust-Stadt und zu Erinnerungsstücken der Aufführungen. So vorbereitet, betreten die Besucher die Bühne. Auf der ist nach dem Vorbild der alten Szenerie zum Beispiel Fausts Studierstube aufgebaut. Historische Filmaufnahmen und Tondokumente versetzen uns in Reinhardts Aufführun-

gen. Mit einer 3D-Brille ausgestattet kann man sodann einen virtuellen Rundgang durch die digital rekonstruierte Faust-Stadt unternehmen.

Die Bühnenbildnerin Dorothea Nicolai berichtet: Für Reinhardt „gab es keinen Unterschied zwischen dem Auftritt auf der Bühne und dem Auftritt in seinem alltäglichen öffentlichen Leben: Da war alles kontrolliert und auf Wirkung ausgerichtet.“ Das beweist Reinhardts ehemalige Salzburger Residenz Schloss Leopoldskron, das heute als Hotel dient. Das Barockschloss war auffällig als es der Theater-Magier 1918 erwarb und aufmöbelte. Die Bibliothek etwa ließ er nach dem Vorbild der Klosterbibliothek von St. Gallen gestalten. In seiner detailverliebten Bau-Inszenierung empfing er internationale Größen aus Schauspiel, Kunst und Politik. Über seine Zeit in Leopoldskron sagte er:

„Es waren meine schönsten, reichsten und reichsten Jahre.“

Sein langjähriger Mitarbeiter Heinz Herald äußerte: „Max Reinhardt war ein Verschwender im Leben und auf der Bühne. Edmund Reinhardt war ein Einsparer mit Gefühl und Achtung für die Kunst. Ohne seinen Bruder hätte Max Reinhardt nicht sein großes Theaterreich aufbauen können.“ Bruder Edmund führte die Geschäfte. Er starb 1929 – und sofort stellten sich Finanzprobleme ein. Die veranlasseten Max Reinhardt, seine Berliner Bühnen zu verpachten. Nach der „Machtaneignung“ der Nationalsozialisten 1933 übernahm Reichspropagandaminister Goebbels die „Regie“ im Deutschen Theater und im Großen Schauspielhaus.

Lange Zeit erlebte Reinhardt mit seinem Ensemble wahre Triumphzüge durch Amerika. Die Warner Brothers witterten ein Geschäft. Für sie drehte er 1934/35 die Hollywood-Komödie „Ein Sommernachtstraum“. Sie war ein Flop. Zwei Jahre später inszenierte er in New York die Bibelrevue „The Eternal Road“. Nach 153 Vorstellungen verzeichneten die Geldgeber ein Defizit von 500.000 Dollar und waren bankrott. Zur Festspielsaison 1937 weilte Reinhardt letztmals in Salzburg. Anschließend begab er sich mit seiner zweiten Gattin, der Schauspielerin Helene Thimig, zurück in die Vereinigten Staaten. Dort blieben sie, denn nach dem 1938 erfolgten „Anschluss“ Österreichs war eine Heimkehr ausgeschlossen. Was auch immer Reinhardt aber in seiner neuen Heimat anstellte: Er kam nicht mehr auf die Beine. Wegen seiner als zu aufwendig und unzeitgemäß gescholtenen Inszenierungen galt er bei Film- wie Theaterproduzenten als Verschwender und Kassengift. Der verarmte Theater-Magier starb 1943 in einem New Yorker Hotel.

● Zu Max Reinhardts legendärer „Faust“-Inszenierung vor 90 Jahren in der Salzburger Felsenreitschule ist dort noch bis zum 31. Oktober im Karl-Böhm-Saal die Ausstellung „Die zauberhafte Wirklichkeit des Theaters“ zu sehen
www.salzburgerfestspiele.at

PUPPENSPIEL

Wieso, weshalb, warum

Ausstellung aus Anlass des 50. Jubiläums der Erstausstrahlung der „Sesamstraße“ im deutschen Fernsehen

Am 8. Januar 1973 strahlte der NDR erstmals eine Sendung aus, die sich seitdem zum Dauerbrenner entwickelt hat: Die aus den USA eingekaufte „Sesamstraße“ wird seither in Lizenz für das deutsche Kinderpublikum produziert. Millionen von Kindern haben mit Ernie und Bert, dem Krümelmonster oder dem tapsigen Samson und seiner altklugen Begleiterin Tiffy das ABC und Zählen gelernt.

Das Hamburger Museum für Kunst und Gewerbe nimmt das Jubiläum aktuell zum Anlass, um Puppen, Kulissen und Requisiten der – deutschen – „Sesamstraße“ vorzustellen. Gleich zu Beginn grüßt die zottelige Samson-Figur die Besucher. Nachdem zuvor alle Figuren aus der US-Originalserie übernommen wurden, gehörte Samson zu den ersten rein deutschen Kreationen. Gespielt wurde die Bärenfigur von dem Puppenbauer Peter Röders, der sich in das 20 Kilogramm schwere Kostüm zwängte, sich mit einem

im Fell integrierten Bildschirm orientierte und bei bis zu 40 Grad Hitze so stark ins Schwitzen geriet, dass er in Pausen trockengeföhnt werden musste.

Schon im Original war die von New York inspirierte „Sesamstraße“ multikulturell und divers angelegt. In Oscar aus der Mülltonne kann man einen schwarzen

Obdachlosen und in Ernie und Bert ein schwules Paar erkennen. Pädagogisch ging die vom Geist der 68er-Bewegung geprägte deutsche Version sogar noch darüber hinaus, indem sie auf antiautoritäre Erziehung setzte. Sie führte Erwachsene in die Sendung ein, mit denen die Puppen auf Du und Du standen. Die Ausstellung präsentiert die prominente Ahnengalerie, die an (Dauer-)Gäste der Sendung wie Liselotte Pulver, Uwe Friedrichsen, Dirk Bach, Manfred Krug, Anke Engelke oder Henning Venke erinnert. Auf alle Fälle ist diese Schau ein Erlebnis vor allem für Kinder, die an einer Puppenbaustation selbst kreativ werden können. H. Tews



Männerwirtschaft: Ernie und Bert in der Ausstellung

Foto: tws

● „Sesamstraße. 50 Jahre Wer, Wie, Was!“, Museum für Kunst und Gewerbe, Steintorplatz, Hamburg, geöffnet bis 7. Januar 2024 täglich außer montags, Eintritt: 14 Euro, unter 18 Jahren frei.
www.mkg-hamburg.de

● MELDUNGEN

Verlorene Orte in Masuren

Düsseldorf – Vom 14. September bis 29. Oktober präsentiert das Gerhart-Hauptmann-Haus die Ausstellung „Verlorene Dörfer in Masuren“ im Foyer der Universitäts- und Landesbibliothek der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (HHU) in der Bismarckstraße 90. Die deutsch-polnische Wanderausstellung ist aus einem gemeinsamen Projekt von Geschichtsstudenten der HHU und Studenten der Landschaftsarchitektur an der Ermländisch-Masurischen Universität in Allenstein hervorgegangen, das sich um die Bewahrung des gemeinsamen masurischen Kulturerbes bemüht. Die Ausstellung dokumentiert die gemeinsamen Arbeiten der Studenten bei der Suche nach Überresten, der Inventarisierung und der Dokumentation der über 500-jährigen Siedlungsgeschichte der masurischen Dörfer. Internet: www.g-h-h.de tws

Erst leben, dann philosophieren

Kurz entschlossen und ohne auf Widerstand zu stoßen, ernannte sich Miguel Primo de Rivera vor 100 Jahren in Barcelona zum Diktator. Der Pragmatiker setzte im ideologisch zerrissenen Spanien auf eine ideologiefreie Sachpolitik

VON EBERHARD STRAUB

Schon vor dem Ersten Weltkrieg schwand allmählich in Spanien das ohnehin nie besonders große Vertrauen in die Politiker. Während des Ersten Weltkriegs wurde trotz der spanischen Neutralität aus der Politikerverdrossenheit eine umfassende Systemkrise. Die ideologischen Rechtfertigungen der westlichen Alliierten und der Mittelmächte lösten einen immer heftiger werdenden Kulturkampf aus, an dem sich sofort die Spanier leidenschaftlich beteiligten. Sie verschärften voller polemischer Eifer ihre inneren Gegensätze und verloren dabei ihre längst verkümmerte Bereitschaft, sich untereinander zu verständigen.

Das Einzige, was sie noch verband, war die Übereinstimmung: So kann es nicht weiter gehen. Das meinte auch General Miguel Primo de Rivera y Orbaneja, Marqués de Estella. Vor 100 Jahren, am 13. September 1923, ernannte er sich kurz entschlossen in Barcelona, ohne auf Widerstand zu stoßen, zum Diktator. Die Regierung machte keine Anstalten, sich gegen diese spontane Machtergreifung zu wehren, und König Alfons XIII., von den Politikern und Parteien allein gelassen, unterwarf sich der normativen Kraft des Faktischen und billigte die Diktatur, die in der spanischen Verfassung gar nicht vorgesehen war.

Verbreitete Politikerverdrossenheit

Er hatte im Mai 1921 in einer Rede in Córdoba deutlich zu erkennen gegeben, darüber enttäuscht zu sein, dass Regierungen und Parlamentarier, beschäftigt mit ihren kleinlichen Interessen und Intrigen, nichts voranbrächten, was allen, also dem Allgemeinwohl, nützen könne. Der König wagte sich weit vor, drückte aber nur eine allgemeine Stimmung aus. Eine breite Mehrheit war längst davon überzeugt, dass die Politiker in einer ganz eigenen Welt lebten und jede Beziehung zum „authentischen Spanien“, zur Wirklichkeit, verloren hätten. Primo de Rivera fand deshalb – abgesehen von den in ihre Spielchen verwickelten Parteipolitikern – hoffnungsvolle Zustimmung, weil er sein ungeduldiges Eingreifen in das öffentliche Leben damit rechtfertigte, Spanien endlich von der krankmachenden, nur Unheil stiftenden Politik und deren eigennützigem Nutznießern, den Politikern, zu befreien. Er verfügte über kein Programm. Seine Devise war: Erst leben, dann philosophieren. Die Politiker und deren Orientierungshelfer in der Presse und an den Universitäten würden nur Theorien ersinnen und mit Hypothesen gegen Hypothesen kämpfen ohne Rücksicht auf die Wirklichkeit und die konkreten Sorgen und Erwartungen der Spanier.

Umstrittene Monarchie und Kirche

Der Soldat und Aristokrat war ein Mann der Mitte und des Mittelmaßes. In Monarchie, Vaterland und Religion erkannte er die drei großen, Herzen und Willen bewegenden Kräfte, die Ordnung und Sicherheit ermöglichten. Nichts war allerdings Spaniern so fragwürdig geworden wie diese Dreieinigkeit. Die Legitimität der Monarchie bestritten die Karlisten, die sich nicht mit der Änderung der Erbfolge abfinden wollten, die Ferdinand VII. 1830 festlegte zugunsten seiner Tochter Isabella. Er enterbte damit den rechtmäßigen Thronfolger, seinen Bruder Carlos. Deswegen gab es mehrere Bürgerkriege, in denen sich bestätigte, dass das Königtum keine selbstständige,



Lebte von 1870 bis 1930 und war von 1923 bis 1930 Spaniens Diktator: Miguel Primo de Rivera

Foto: pa

wegen einer langen Geschichte der Diskussion entrückte Macht ist, sondern auf Übereinkünften beruht, die je nach den Umständen modifiziert werden können. Die Krone hatte ihr Ansehen und ihre Autorität eingebüßt.

Umstrittene nationale Identität

Aber auch über das Vaterland und die Nation wurde erbittert unter Spaniern gestritten. Sie waren sich völlig uneins über ihre Geschichte, die vor allem Liberale und anschließend Republikaner, Sozialisten und Anarchisten als einen jahrhundertelangen Sonderweg verurteilten, der Spanien von Europa und dem Westen entfernt habe. Die Schuld an dieser fatalen Entwicklung gaben sie dem Hause Österreich, das seit der Herrschaft Karls V. als spanischer König mit deutschem Bürokratismus, Absolutismus und Militarismus sämtliche Freiheitsrechte erstickt habe. Alle Spanier beschäftigten sich gereizt mit Vergangenheitsbewältigung und verbanden ihre jeweiligen politischen Ideen mit Geschichtspolitik, die nahezu das gesamte historische Erbe fragwürdig machte. Darüber geriet auch die Religion ins Zwielicht, weil sich die Kirche angeblich von den habsburgischen Königen für rein politische Zwecke missbrauchen ließ und die ursprünglich großherzigen Spanier fanatisiert habe. Deshalb sei jede geistige Freiheit verloren gegangen und jede Regung wissen-

schaftlicher Unabhängigkeit schon im Keim unterdrückt worden.

Sehnsucht nach dem Erneuerer

Kurzum, die Spanier konnten sich nicht zu einer normalen, europäischen Nation bilden. Während dieser heftigen Auseinandersetzungen geriet ein europäisches Phänomen, nämlich der Staat, aus dem Blickfeld. Man stritt über Volk und Vaterland, über Monarchie, Republik, Kirche, über mögliche Willensgemeinschaften, aber misstraute dem Staat und staatlichen Institutionen. Viele Systemkritiker erwarteten unruhig den energischen Mann, der mit chirurgischen Eingriffen Spanien von sämtlichen Gebrechen heile und es in Stand setze, sich zu erneuern und zu verjüngen. Regeneration war die Formel, die alle gebrauchten, wobei jede Gruppe etwas ganz anderes darunter verstand. Primo de Rivera wurde von vielen als dieser erhoffte Retter und Arzt begrüßt, gerade weil er nicht mit Konzepten und Programmen für ein neues Spanien warb. Das Bürgertum hatte einst der enttäuschte Liberale Donoso Cortes als „diskutierende Klasse“ charakterisiert, die alles in Gespräch auflöst und nichts entscheidet.

Primo de Rivera fand, dass der Worte und Spekulationen seit Jahrzehnten genug gewechselt worden seien und gehandelt werden müsse, um die Grundlagen für ein lebendiges Spanien zu legen, das zu neuer Regsamkeit aufgeweckt und er-

zogen werden müsse. Ausgerechnet dieser Praktiker leitete eine alle Schulen und Bildungsanstalten erfassende und sehr erfolgreiche Bildungspolitik ein. Er suchte einen dritten Weg zwischen dem westlich-kapitalistischen und dem sozialistischen oder kommunistischen Materialismus. Er richtete Korporationen ein, in denen Arbeiter und Unternehmer gleichberechtigt kooperieren sollten. Berufsgenossenschaften galten ihm und seinen Ratgebern als das probate Mittel, den entfesselten Egoismus einzuhegen und durch einen Gemeinschaftsgeist zu überwinden, der auch im öffentlichen Leben dazu verhelfen könne, darüber Einigkeit zu erzielen, was im Sinne des Gemeinwohls unternommen werden müsse. Der Herkunft nach ein Liberaler, scheute er dennoch nicht vor einer Interventionspolitik auf allen Gebieten zurück, dem Staat mehr vertrauend als dem freien Spiel der Kräfte. Den liberalen Parlamentarismus wollte er überwinden, indem nicht Parteigenossen regierten, sondern Praktiker, Vertreter der Berufsgenossenschaften und Stände, mit der Regierung zusammenarbeiteten, um das voranzubringen, was in altspanischem Sinne „alle angeht“.

Versuch eines dritten Wegs

Er regierte ab 1925 mit Experten. Die sachliche Politik von Fachmännern begriff er als Mittel, die Unsachlichkeit der Politik zu beenden. Spanische Offiziere dachten

in der Regel nicht so sehr an die mit vielen Gemütswerten erfüllten großen Ordnungsvorstellungen wie Volk und Vaterland, sondern verstanden sich als Staatsorgan, berechtigt, immer zu intervenieren, sobald der Staat aus dem Gleichgewicht geriet. Insgesamt erreichte er viel. Vor allem gelang es ihm, mit seiner Wirtschafts- und Wohlfahrtspolitik im Mittelstand eine neue selbstbewusste Kraft für sich zu gewinnen, die sich den alten Eliten und alten Parteien entzog und sich in der 1925 von ihm eingerichteten Patriotic Union um ihn und seine Fachleute scharte. Die Vertreter des alten Systems verwarfen die Diktatur und den Diktator, nicht zuletzt seit er versuchte, die Verfassung und den Parlamentarismus umzugestalten. Sie opponierten vorsichtig, abgekapselt in einer inneren Emigration. Gefährlich wurde in einem ideologisch hoch gerüsteten Land die Armut an Ideen, auf die Primo de Rivera so stolz war. Es war eine diffuse öffentliche Meinung, die während der Debatten um eine Verfassungsreform ihren Unmut immer lauter bekundete. Zum ersten Mal in der europäischen Geschichte spielten dabei Unruhen der Studenten eine wichtige Rolle.

Experten statt Ideologen

1930 resignierte Primo de Rivera. Der Staat, den er vorübergehend stabilisiert hatte, geriet in völlige Auflösung, zerrieben zwischen Rechts und Links, die sich jetzt als große Blöcke zusammenschlossen, unter sich gar nicht einig, doch bereit, die anderen unspanischer Umtriebe zu verdächtigen. Primo de Rivera hatte vom Staat gesprochen, aber willkürlich regiert und damit verhindert, dass sich ein Staatsbewusstsein bildete. Für die Republikaner war die Republik – seit dem Frühjahr 1931 unter wirren Umständen eingerichtet – kein Ziel, sondern ein Mittel, zur wahren, also zur revolutionären Republik oder zum Sozialismus zu gelangen. In der kämpferischen Republik war für Vernunftrepublikaner kein Platz mehr. Sie wurden zu Opportunisten erklärt. Vor ihnen müsse sie sich schützen. Der Kampf gegen rechts wurde zur demokratischen Pflicht erhoben, was auch meinte, eine rechte Mehrheit daran zu hindern, die Regierung zu übernehmen. Die Republikaner hatten darauf verzichtet, einen Republikanismus zu bilden, der im republikanischen Staat einen freien Kampfplatz für verschiedene Meinungen und Richtungen anerkannte.

Resignation im Todesjahr

Sie starteten auf Moskau und Rom, bald auch auf Berlin, und verquickten den Auflösungsprozess jeder staatlichen Ordnung mit dem antifaschistischen Einsatz, der den Triumph des Faschismus unterbinden müsse. Die Republikaner sahen in den Rechten und Monarchisten Faschisten, die ihrerseits der Republik vorwarfen, eine faschistische Veranstaltung zu sein. Unaufhaltsam taumelten die Spanier ab 1934 dem Bürgerkrieg entgegen. Wenn alles eine Frage des Faschismus sein sollte, dann müsse die Regierung bekennen, sich im Kriegszustand mit dem Faschismus zu befinden, wenn sie entdeckte, dass Kräfte am Werk seien, Errungenschaften der „demokratischen Republik“ wieder aufzuheben. Das verkündete der Ministerpräsident Casares Quiroga am 16. Mai 1936. Acht Wochen später brach der Bürgerkrieg aus, stilisiert zum großen Gefecht der Faschisten und Antifaschisten, in dem es nicht so sehr um Spanien gehe, sondern um die freie Welt und deren höchste Güter. Die Opfer waren Spanier, die jede gemeinsame Vorstellung von Volk, Vaterland und Nation verloren hatten.



Am 9. September 1948 vor 350.000 Menschen auf einer Kundgebung auf dem Platz der Republik vor dem Reichstag: Ernst Reuter fordert Beistand für das blockierte Berlin

VON MARTIN STOLZNAU

ERNST REUTER

Dicht gedrängt standen am 9. September 1948 350.000 Berliner auf dem Platz vor dem Reichstagsgebäude. Ernst Reuter (SPD) appellierte dort als ihr von der Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählter Oberbürgermeister an „die freien Völker der Welt“, Berlin nicht preiszugeben. Seit Juni 1948 blockierte die Sowjetunion die Westsektoren der Stadt und behinderte gezielt die Arbeit des rechtmäßig gewählten Stadtparlaments. Reuter verkörperte wie kaum ein anderer den Widerstand der Berliner in den Westsektoren gegen eine Einverleibung durch die Sowjets und die Kommunisten in den sowjetischen Machtbereich östlich des Eisernen Vorhangs.

Dabei war Reuter noch nicht einmal in Berlin zur Welt gekommen. Statt in der Hauptstadt Preußens und des Kaiserreiches stand die Wiege vielmehr an deren Rand, in Nordschleswig. Reuters Vater war nach seemännischer Ausbildung zum Kapitän der Handelsmarine aufgestiegen und wohnte zeitweilig in Apenrade. Der Ort war von 1867 bis 1920 Kreisstadt in der Preußischen Provinz Schleswig-Holstein. Dort wurde Sohn Ernst Rudolf Johannes am 29. Juli 1889 geboren.

Generalsekretär der KPD

1891 zog die Familie nach Leer, wo der Vater die Leitung der Steuermannsklasse an der Navigationsschule übernahm. Dort wuchs der junge Reuter auf. Im unmittelbaren Umfeld wirkten zwei Onkel als Gymnasiallehrer, zwei als Pastoren, einer als Realschullehrer und einer als Apotheker. Allesamt genossen sie großes Ansehen. Nach dem Abitur in Leer studierte Reuter ab 1907 in Marburg und München Germanistik und Philosophie. 1912 schloss er sein Studium mit dem Staatsexamen ab und sich der SPD an. Wegen seiner politischen Haltung wurde ihm trotz Staatsexamens der Eintritt in den Schuldienst verweigert. Deshalb verdiente er sein Brot als Hauslehrer, sozialdemokratischer Wanderredner und Journalist.

Während des Ersten Weltkrieges geriet Reuter 1916 in russische Kriegsgefangenschaft. Im Gefolge der Oktoberrevolu-

tion entwickelte er sich zum bekennenden Kommunisten. Als solcher wurde der Deutsche in der autonomen Republik der Wolgadeutschen als Volkskommissar eingesetzt.

Nach dem Kriegsende kehrte Reuter Ende 1918 nach Deutschland zurück. Dort schloss er sich dem linken Parteiflügel der KPD an und fungierte bis zu seinem Bruch mit der Partei als deren Generalsekretär. Nach dem Verlust dieses Amtes 1921 und dem Ausschluss aus der Partei 1922 fand er über die Unabhängigen Sozialdemokraten zur SPD zurück, für die er in die Berliner Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde. Parallel wirkte er für deren Parteiorgan „Vorwärts“ als Redakteur. Nun machte er zügig Parteikarriere. Reuter wurde zunächst besoldeter Stadtrat für das Verkehrswesen in Berlin, Mitglied im Vorstand des Deutschen Städtetages und 1931 SPD-Oberbürgermeister von Magdeburg, das er ab Juli 1932 auch im Reichstag vertrat.

Die Nationalsozialisten jedoch unterbrachen seinen Aufstieg, vertrieben ihn aus allen Ämtern, brachten ihn mehrfach ins KZ Lichtenburg und bewogen ihn 1935 dazu, vor einer erneuten Verhaftung zu emigrieren. Mithilfe der Quäker ging Reuter über England in die Türkei. Dort erhielt er als Verkehrsexperte einen Posten im zuständigen Ministerium und lehrte als Professor an der Verwaltungshochschule.

Bei seiner Heimkehr im November 1946 ließ er sich auf Bitten der SPD in Berlin nieder. Er fungierte zunächst erneut als Stadtrat für Verkehr. Während Reuter ganz im Sinne der antikommunistischen Linie der Berliner SPD jede Zusammenarbeit mit der KPD ablehnte, verabredete sein

Flammender Appell an die „Völker der Welt“

Vor 75 Jahren hielt (West-)Berlins Ober- und Regierender Bürgermeister seine berühmteste Rede – Vor 70 Jahren ist das Stadtoberhaupt gestorben

„Ihr Völker der Welt, ihr Völker in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien! Schaut auf diese Stadt und erkennt, dass ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt! ... Das Volk von Berlin hat gesprochen. Wir haben unsere Pflicht getan, und wir werden unsere Pflicht weiter tun. Völker der Welt! Tut auch ihr eure Pflicht und helft uns in der Zeit, die vor uns steht ...“

Ernst Reuter
vor 75 Jahren

Parteifreund und seit 1946 amtierender Oberbürgermeister Otto Ostrowski im Februar 1947 ohne parteiinterne Rücksprache ein Arbeitsprogramm zur Linderung der wirtschaftlichen Not der Berliner Bevölkerung mit der SED. Als Ostrowski sich dann auch noch weigerte, die SED-Mitglieder aus seinem Magistrat zu entlassen, stellte seine eigene Fraktion im April 1947 einen Misstrauensantrag gegen ihn. Dieser fand zwar nicht die erforderliche Zweidrittel-Mehrheit, doch trat Ostrowski noch im selben Monat zurück.

Exil in der Türkei

Zu Ostrowskis Nachfolger wählte die Stadtverordnetenversammlung zwar am 24. Juni auf Vorschlag der SPD Ernst Reuter, doch die sowjetische Besatzungsmacht hatte rechtzeitig durchgesetzt, dass die Wahl von Oberbürgermeistern Berlins fürderhin von der Alliierten Kommandantur einstimmig bestätigt werden musste. Und diese Bestätigung blieb aus. Ab dem November 1948 hatte Berlin mit dem SED-Mitglied Friedrich Ebert junior einen weiteren, von der sowjetischen Besatzungsmacht gestützten Oberbürgermeister. Das Schisma endete insofern, als 1951 aus dem Oberbürgermeister in den Westzonen der Stadt der Regierende Bürgermeister wurde. Als Folge der deutschen Vereinigung gibt es seit 1991 in (Ost-)Berlin keinen Oberbürgermeister mehr und der Regierende Bürgermeister regiert die Gesamtstadt.

(West-)Berlins erster Regierender Bürgermeister wurde weder abgewählt noch trat er zurück. Ernst Reuter starb im Amt am 29. September 1953 in seiner Hauptwirkungsstätte Berlin.

20-EURO-MÜNZE

Zum Jubiläum des Bonner Grundgesetzes

Die Bundesregierung hat beschlossen, anlässlich des 75. Jubiläums der Verkündung des Grundgesetzes eine 20-Euro-Sammlermünze prägen zu lassen und im Mai 2024 herauszugeben. Diese besteht aus Sterlingsilber (Ag 925), wiegt 18 Gramm, hat einen Durchmesser von 32,5 Millimetern und wird in den beiden Prägequalitäten Stempelglanz und Spiegelglanz hergestellt.

Die Münzen in der Prägequalität Stempelglanz werden zum Nennwert in den Verkehr gebracht. Die Ausgabe der Münzen in der Sammlerqualität Spiegelglanz erfolgt zu einem über dem Nennwert liegenden Verkaufspreis. Die Münze Deutschland will über den genauen Preis und die konkreten Bestellmodalitäten rechtzeitig vor dem Ausgabetag informieren.

Der Entwurf der Münze stammt von Detlef Behr aus Köln. Auf der Bildseite wird das am oberen rechten Rand geprägte Münzthema „75 Jahre Grundgesetz“ mittels einer prägnanten Komposition aus der Jubiläumszahl „75“ und der geläufigen Bezeichnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland „GG“ offensiv im Zentrum der Münze repräsentiert. Im oberen Münzdrittel wird der erste



Bildseite der Münze

Foto: BVA

Satz des Artikels 1 des Grundgesetzes, „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, wiedergegeben. Die Textzeilen werden durch ein radial angeordnetes Punktraster fortgesetzt und optisch zu einem Kreis verbunden, eine abstrakte Andeutung der parlamentarischen Sitzordnung.

Die Wertseite zeigt außer einem Adler, der das Kreismotiv aufgreift und dessen Gefieder an die Abgeord-



Wertseite der Münze

Foto: BVA

netentischreihen im Plenarsaal erinnert, den Schriftzug „Bundesrepublik Deutschland“, Wertziffer und Wertbezeichnung, das Prägezeichen „G“ der Staatlichen Münzen Baden-Württemberg, Prägestätte Karlsruhe, die Jahreszahl 2024 sowie die zwölf Europasterne. Zusätzlich ist die Angabe „Silber 925“ aufgeprägt. Der glatte Münzrand enthält in vertiefter Prägung die Inschrift: „Im Bewusstsein seiner Verantwortung.“

PAZ

VON ROBERT MÜHLBAUER

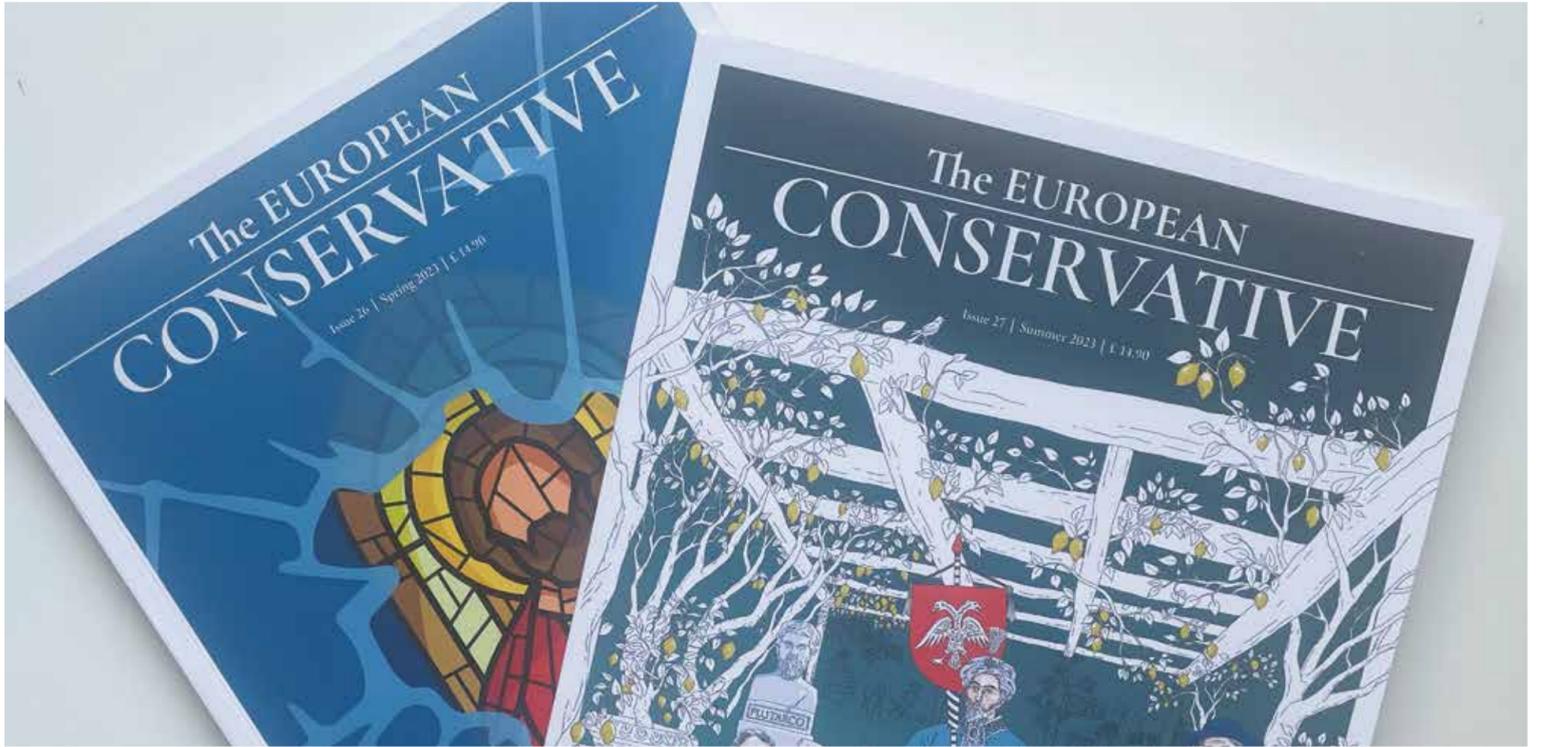
Der Geist steht links, hieß es lange. Über Jahrzehnte ist es der politischen Linken, heute den Grünlinken, gelungen, an den Universitäten und Hochschulen eine weitgehende intellektuelle Hegemonie zu etablieren. Doch die alte Theorie von Antonio Gramsci, wonach diese Hegemonie dann auch politisch die Verhältnisse zugunsten der Linken zementieren werde, scheint schon länger nicht mehr zu stimmen.

In ganz Europa kippt die politische Stimmung nach rechts. Laut einer Umfrage des Mediums „Politico“ könnten die rechtskonservativen, rechtspopulistischen und EU-skeptischen Parteien bei der Europawahl im Juni 2024 auf 23,5 Prozent der Sitze kommen – fünf Prozentpunkte mehr als bei der vorigen Wahl. Sei es die deutsche AfD oder die Fratelli d'Italia von Giorgia Meloni oder in Frankreich Marine Le Pens Partei RN: Sie alle legen stark zu. Die gesamte politische Landschaft gerät ins Rutschen. Zusammengefasst sind die sogenannten Populisten laut aktuellen Umfragen fast genauso stark wie die Europäische Volkspartei (EVP), die Parteienfamilie von CDU/CSU, der Ursula von der Leyen, die Kommissionspräsidentin, angehört, und sie sind deutlich stärker als die Sozialdemokraten (S&D). Eine solche Kräfteverschiebung dürfte Brüssel erschüttern.

Große Bandbreite von Autoren

„Populisten ante portas“, werden viele Medien schreien. In den Feuilletons dürfte wieder eine aufgeregte Debatte über die angebliche Gefährdung der Demokratie beginnen. Denn es ist ja nur dann Demokratie, wenn ihre Seite gewinnt, so beschreibt die Zeitschrift „The European Conservative“ („TEC“) ironisch im Editorial ihrer aktuellen Ausgabe die Sicht des Establishments. Die Zeitschrift, geleitet von Chefredakteur Alvino-Mario Fantini, beklagt das Ausgrenzen, das „Cancel“ und die Repressionen, denen rechte Konservative sich in vielen Ländern ausgesetzt sehen. An der Ausgrenzung beteiligen sich oft auch gemäßigte, christdemokratische Konservative.

„Diese Zeitschrift widersetzt sich einer engen Definition der Rechten“, schreibt „The European Conservative“ über sich. Die Zeitschrift will breitere Debatten ermöglichen und ist damit einzigartig: Denn es gibt sonst keine vergleichbare europäische konservative Bühne, auf der Stimmen des rechten Spektrums zu Wort kommen. Die gedruckte Zeitschrift und ihre Online-Plattform (www.europeanconservative.com) haben eine lange Reihe von Interviews mit Politikern und Intellektuellen der Rechten gebracht: aus Polen, Frankreich, Italien, Deutschland, Spanien und Portugal, Finnland und den baltischen Staaten; auch konservativen



Einzigartige Plattform: In „TEC“ kommen Autoren aus zahlreichen Ländern zu Wort

Foto: Mühlbauer

MEDIEN

Eine europäische konservative Bühne

Debatten von Rechtsintellektuellen sind in Europa selten. Eine internationale Zeitschrift will das ändern

Dissidenten aus Russland und Autoren aus Amerika bietet sie eine Bühne.

Im aktuellen Heft findet sich ein Interview mit einem der Gründer der portugiesischen Chega-Partei, mit dem Direktor des Juristeninstituts Ordo Juris aus Polen, das erfolgreich für konservative Familienwerte eintritt, und ein durchaus sehr kontroverses Interview mit dem niederländischen Politiker und Publizisten Thierry Baudet. Das zeigt die ganze Bandbreite – und auch die Spannungen, vor allem im Hinblick auf Russland und den Ukrainekrieg. „TEC“ hat Putins Angriffskrieg klar verurteilt, es kommen aber auch andere Stimmen zu Wort wie Baudet.

„Cancel Culture“ die Stirn bieten

Dass die Rechten weitgehend geistlos, dass Populisten ungebildet seien und außer platten Sprüchen nichts zu bieten hätten, ist eines der Vorurteile, die „The European Conservative“ widerlegt. Auch die aktuelle Ausgabe taucht wieder tief in die geistesgeschichtlichen Fundamente konservativer Weltanschauungen ein, mit Artikeln, die Edmund Burke und Alexis de Tocqueville behandeln, einem langen Text über den Philosophen und Historiker Plutarch und einem Essay des portu-

gaischen Philosophieprofessors Alexandre Franco de Sá, der diskutiert, wie sich die Idee vom „ewigen Frieden“ entwickelt hat und warum Europa für diese Illusion anfällig wurde, die nun angesichts des Ukrainekriegs zerschellt ist.

Viele Mitarbeiter der Zeitschrift, die vor 15 Jahren vom Center for European Renewal in den Niederlanden um den Rechtsphilosophieprofessor Andreas Kinneging gegründet wurde, sind stark vom Philosophen Roger Scruton beeinflusst. Die Zeitschrift hat zudem eine nicht zu übersehende katholische Neigung. Immer wieder hat „The European Conservative“ an das Erbe von Otto von Habsburg erinnert, der während des Kalten Krieges die geistigen freiheitlich-konservativen Abwehrkräfte Europas stärkte wie kaum ein anderer.

Meist heißt es, die Rechte sei intolerant, doch umgekehrt gibt es eine ausgeprägte linke Intoleranz, heute in Form der „Cancel Culture“. Diese hat „The European Conservative“ am eigenen Leibe erfahren müssen, als voriges Jahr ein Theaterregisseur in England eine Boykottkampagne gegen den Verkauf von „TEC“ in der großen Buchhandelskette WH Smith anstoßen wollte – weil er in der Zeitschrift

ein Interview mit Viktor Orbán und eine LGBT-kritische Karikatur entdeckt hatte. Zunächst war die Cancel-Kampagne erfolgreich, inzwischen ist der Verkaufsbann aber wieder aufgehoben worden.

Debatten statt Einheitsmeinung

„The European Conservative“ besitzt Redaktionsbüros in Wien und Brüssel, wo sie erst vor wenigen Monaten ihre Türen geöffnet hat. Mitarbeiter sitzen in Paris, Rom, Berlin, Madrid, London und Dublin. In Berlin ist die Bibliothek des Konservatismus ein Kooperationspartner. Verlagssitz ist die ungarische Hauptstadt Budapest.

Dass Ungarn eine Rolle spielt, ist kein Zufall. In dem von Orbán regierten Land hat sich seit Jahren eine sehr lebendige, auch finanziell potente Szene von konservativen Institutionen gebildet. Das mit einem Milliarden-Kapital ausgestattete Mathias Corvinus Collegium ragt als eine wichtige Institution der Vernetzung heraus. Daneben gibt es kleinere, etwa das Danube Institute, dessen Chef John O'Sullivan ebenfalls zum Redaktionsbeirat von „TEC“ gehört. Dass die Europa-Konferenz des Conservative Political Action Committee (CPAC) in diesem Mai in

Budapest stattfand, im modernen Konferenzzentrum am Ufer der Donau, ist kein Zufall.

An das CPAC-Treffen in Budapest erinnert auch der Chefredakteur der deutschen Wochenzeitung „Junge Freiheit“, Dieter Stein, in einem längeren Essay in der aktuellen „TEC“-Ausgabe über den Aufschwung europäischer Rechtsparteien. Die steigenden Umfragewerte für die Rechte sieht er als Reaktion auf das Versagen etablierter Kräfte gegenüber der unkontrollierten Massenmigration. Auch der Angriff „woker“ grün-linker Kräfte auf traditionelle Lebenswelten und die teure grüne Klimapolitik führten zu einer Gegenbewegung. Stein plädiert für einen engeren Austausch und mehr Zusammenarbeit der „rechtspopulistischen“ Parteien einschließlich der deutschen AfD, um dem EU-Establishment in Brüssel die Stirn zu bieten.

„The European Conservative“ strebt keine konservative Einheitsmeinung an, sondern will Debatten ermöglichen. Was in der Zeitschrift deutlich wird, ist die Vielfalt konservativen Denkens. Eigentlich passt sie sehr gut zum Motto „In Vielfalt vereint“, mit dem die EU offiziell für sich wirbt.

UMWELT UND GESUNDHEIT

Die drei Mythen um die Bio-Nahrung

Warum „Öko-Kühe“ mehr CO₂ freisetzen als konventionell gehaltene und warum Fleischkonsum zu Unrecht verdammt wird

Fleisch ist ungesund und schlecht für das Klima beziehungsweise die Umwelt. Dieser Satz wird derzeit gebetsmühlenartig wiederholt, um unser aller Essverhalten umzuprogrammieren. Dabei bringen die Verfechter einer vegetarischen oder gar veganen Lebensweise immer wieder drei moderne Mythen ins Spiel, die ihrer Argumentation Nachdruck verleihen sollen.

Mythos Nummer Eins ist die angeblich besondere Umweltschädlichkeit von konventionell produziertem Fleisch. Denn wie aus einer Studie des Instituts für Energie- und Umweltforschung in Heidelberg hervorgeht, fällt der „ökologische Fußabdruck“ von Bio-Fleisch

deutlich größer aus als der von herkömmlichem Fleisch: So stehen 21,7 Kilogramm sogenannter CO₂-Äquivalente pro Kilogramm Bio-Rindfleisch 13,6 Kilogramm freigesetzter Treibhausgase pro gleicher Menge an normalem Fleisch gegenüber. Das liegt daran, dass die Tiere der Bio-Bauern länger leben, wodurch natürlich der Bedarf an Stallflächen, Energie und so weiter steigt. Andererseits wird dem Tierwohl tatsächlich mehr Rechnung getragen.

Mythos Nummer Zwei lautet, die Fleischherstellung „verschlinge“ Unmengen kostbaren Wassers. Dabei berufen sich die Fleischgegner in aller Regel auf

eine Studie von Mesfin Mergia Mekonnen von der Universität von Nebraska und Arjen Hoekstra von der Universität Twente in den Niederlanden aus dem Jahre 2010. Darin heißt es, die Produktion von einem Kilogramm Rindfleisch erfordere insgesamt 15.415 Liter Wasser. Das ist jedoch nur „virtuelles Wasser“, welches nicht auf Nimmerwiedersehen aus dem Kreislauf der Natur verschwindet.

Beispielsweise ging in die Berechnungen von Mekonnen und Hoekstra auch das viele Nass ein, das die Wiesen zum Wachsen bringt, auf denen Rinder weiden. Daher könnte man dem Gras ebenso wie der Kuh vorwerfen, es würde Wasser

„verbrauchen“. Denn Gras wächst bekanntlich auch dort, wo keine Nutztiere stehen. Oder anders ausgedrückt: Selbst Wälder und Naturschutzgebiete benötigen Wasser – nur dass bislang noch niemand auf die absurde Idee gekommen ist, diese abzuschaffen, um den Planeten zu retten. Realistisch gerechnet erfordert die Produktion von einem Kilogramm Rindfleisch lediglich rund 450 Liter Wasser, beispielsweise für Reinigungszwecke.

Und dann wäre da noch der Mythos Nummer Drei, dem zufolge der Fleischverzehr der Gesundheit schade. Eine im „International Journal of General Medicine“ veröffentlichte aktuelle Studie von

fünf Wissenschaftlern aus Australien, Polen, Italien und der Schweiz um Wengpeng You und Renata Henneberg auf der Grundlage von Daten aus 172 Ländern zeigt sehr eindeutige statistische Zusammenhänge zwischen hohem Fleischkonsum und hoher Lebenserwartung, während die bevorzugte Aufnahme von Kohlehydraten das Leben offenbar geringfügig verkürzt. So liegt etwa Hongkong bei der durchschnittlichen Lebenserwartung mit 85,5 Jahren global an erster Stelle. Gleichzeitig vertilgen die Einwohner der Stadt bemerkenswerte 356 Gramm Fleisch pro Kopf und Tag, was ebenfalls Weltspitze ist.

Wolfgang Kaufmann



OSTSEEBÄDER

Sommer-Chaos in Cranz

Hitze, Staus, überfüllte Strände und Wasserknappheit – Urlauberrekord im nördlichen Ostpreußen führt zu massiven Problemen

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Die Tourismusbranche im nördlichen Ostpreußen erlebt in diesem Jahr einen beispiellosen Aufschwung. Die Zahl der Urlauber ist im Vergleich zum letzten Jahr um fast 30 Prozent gestiegen. Im Ergebnis werden dieses Jahres mehr als zwei Millionen Touristen erwartet, was einen absoluten Rekord für den gesamten postsowjetischen Zeitraum darstellt. Die Einnahmen des Gastgewerbes in der Region sind im Durchschnitt um fast 20 Prozent gestiegen.

Woher kommt der Touristenrummel, der jetzt in den Ferienorten der Ostseeküste zu beobachten ist?

In diesem Jahr hat Cranz dem Kurort Rauschen endgültig den Rang als attraktivster Ferienort der Region abgelaufen. Und das liegt nicht nur daran, dass Cranz seine Infrastruktur aktiv ausbaut, sondern auch daran, dass Rauschen in diesem Jahr seine Strände fast vollständig verloren hat. Der Zugang zu ihnen wurde wegen des Weiterbaus der Promenade gesperrt. Deshalb waren in der Hauptsaison die Strände von Cranz buchstäblich mit den Körpern der Urlauber bedeckt. Wer in den morgendlichen Zügen nach Cranz fuhr, fand schon keinen Platz mehr am Strand.

Schon vormittags sind die Plätze am Wasser überfüllt, und man konnte nur noch im Stehen ein Sonnenbad genießen. An den zentralen Badeorten der Ostseeküste herrschte überall Chaos.

Staus auf dem Weg zum Meer im Sommer sind den Königsbergern bereits vertraut, aber was sich in diesem Jahr abspielte, übertraf alles bisher Dagewesene. Die Situation auf den Straßen zu den Badeorten wurde durch Verkehrsunfälle noch verschärft. Fast alle Fahrten ans Meer erstarren im Stau. Der Abschnitt zwischen den Ausfahrten nach Neuhausen [Gurjewsk] und Fischhausen [Pri-



Szenen wie an den Stränden Mallorcas: Cranz war im Hochsommer völlig überfüllt

Foto: J.T.

morsk] wurden stillgelegt. Staus blockierten zwei Zufahrten nach Cranz aus den Siedlungen Biothen [Malinowka] und Kaveling [Sosnowka].

Kampf um den Platz am Wasser

Es war auch besonders schwierig, mit dem Auto auf die Kurische Nehrung zu gelangen. An Wochenenden erstreckte sich der Stau bis zum Kontrollpunkt des Nationalparks über fünf Kilometer. Ebenso kompliziert war es, nach Pillau zu gelangen. Der Stau in der Nähe des Dorfes Groß Heydekrug [Wsmorje] war bis zu drei Kilometer lang.

Einfacher war es hingegen, mit dem Zug zum und vom Meer weg zu fahren als mit dem Bus oder dem Pkw. Allerdings ist der Komfort im Zugverkehr sehr gering. Schon die Anreise nach Cranz ist schwierig, die Rückreise umso mehr. Die Waggonen waren im Hochsommer selbst an Arbeitstagen völlig überfüllt. In den Vorortbahnen sind keine Stehplätze vorgesehen, sodass man sich nirgends festhalten kann. Dazu stellen viele Fahrgäste die Gänge mit Kinderwagen, Rollern und Fahrrädern zu.

Für die Einwohner von Cranz kam es neben dem kaum zu bewältigenden Zu-

strom von Urlaubern noch zu einem weiteren Problem – die Wasserversorgung. Unterbrechungen der Wasserversorgung wurden vor allem in Vorkriegshäusern im Zentrum des Kurorts beobachtet. Während der heißen Sommertage ließ der Wasserdruck in den alten Häusern nach oder verschwand gänzlich. Die Einwohner beschwerten sich wiederholt bei der Verwaltung von Cranz und der Gebietsregierung, was aber zu keinen positiven Veränderungen geführt hat.

Die Kurverwaltung führte das Problem auf den fast ununterbrochenen Wasserverbrauch bei heißem Wetter durch

Einwohner, Touristen und Ausflügler aus den umliegenden Dörfern zurück. Zudem wurde die Situation durch die Frühjahrs-trockenheit beeinträchtigt, durch welche die unterirdischen Quellen merklich erschöpft waren. Viele Bürger glauben jedoch, dass die Wasserknappheit vielmehr mit dem anhaltenden Massenbau neuer Wohnhäuser zusammenhängt, die an die alten Wassernetze angeschlossen werden, ohne dass neue gebaut werden. Infolgedessen sei die kommunale Infrastruktur von Cranz überfordert.

Leere Speicher wegen Trockenheit

In Anbetracht des zu erwartenden großen Zustroms von Touristen auch im kommenden Jahr plant die Region die Einführung einer Kurtaxe. Die Gebühr soll etwa einen Euro täglich ab dem zweiten Tag des Aufenthalts betragen. Für Einwohner der Region, Kinder, Mitglieder offizieller Sportdelegationen, Kulturprojekte und Begünstigte wird die Gebühr erlassen.

Neben den Touristen aus Russland, die derzeit keine Möglichkeit haben, ins westliche Ausland zu reisen, hatte das Königsberger Gebiet auch einige Besucher aus der Bundesrepublik. Autos mit deutschen Kennzeichen sind auf den Straßen der Städte der Region häufig anzutreffen. Bei den meisten von ihnen handelt es sich um Ostpreußen, die in der Bundesrepublik leben. Während der Sommerschulferien betrug die Wartezeit bei der Einreise vier bis fünf Stunden und bei der Ausreise bis zu 20 Stunden.

Seit dem 1. August haben nicht-russische Staatsbürger, darunter auch deutsche, wieder die Möglichkeit, ein russisches elektronisches Visum zu erhalten. Es kostet etwa 50 US-Dollar. Es sind keine Dokumente erforderlich. Man muss lediglich ein elektronisches Antragsformular ausfüllen und bis zu vier Arbeitstage auf eine Entscheidung über die Erteilung warten. Das Visum berechtigt zu einem Aufenthalt von bis zu 16 Tagen in Russland.

KÖNIGSBERG

„Bernsteintag“ im Dohnaturm

170 Jahre Dohnaturm: Präsentation einer touristischen Route „Auf den Spuren des Grafen zu Dohna“

Bernstein wird mit dem Königsberger Gebiet ebenso assoziiert wie Immanuel Kant. Deshalb wundert es nicht, dass die Veranstaltung „Bernsteintag“ im Kalender der Stadt zu einer festen Einrichtung geworden ist. Traditionell findet der Feiertag auf dem Gelände des Bernsteinmuseums in Königsberg statt. Auf dem Museumsgelände wurde ein Designer-Markt und ein Imbiss-Bereich eingerichtet, es gab Quiz-Wettbewerbe mit Geschenken für Kinder und Erwachsene, Ausflüge rund um die Ausstellung und das Gelände der Stadtmauer neben dem Dohnaturm.

Die jungen Besucher stellten mit ihren eigenen Händen Amulette aus Bernstein her. Im Museumssaal des Bernsteinmuseums wurde ein Vortrag über die Geschichte des Dohnaturms gehalten. Ein separater Veranstaltungsort für den Bernsteintag war der Bereich des Walls hinter dem Bernsteinmuseum. Dort fand ein Markt von Königsberger Kunsthandwerkern statt. Sie präsentierten Schmuck, Keramik und Designerkleidung. Für das

leibliche Wohl der Gäste sorgten die Imbiss-Stände. Außerdem gab es ein Konzert der Musikgruppe „Tangology Orchestra“.

Für Geschichtsinteressierte auf dem Gebiet des grünen Walls wurde eine Exkursion mit dem Titel „Wallring“ veran-

staltet, bei der die Gäste etwas über die Geschichte des Dohnaturms und der ihn umgebenden Befestigung erfuhren.

Von der Aussichtsplattform auf dem Dach des Dohnaturms hat man die Möglichkeit, einen herrlichen Blick auf den Oberteich und die Innenstadt zu genießen. Dort erreichten die diesjährigen Feierlichkeiten auch ihren Höhepunkt. Es gab ein Konzert, bei dem das Improvisationsduo „Ukhao-Milovao“ bei Sonnenuntergang eine elektronisch-akustische Musikpassage aufführte.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt der Dohnaturm in diesem Jahr – zum ersten Mal wurde ein „Tag des Dohnaturms“ organisiert. Vor genau 170 Jahren benannte der preußische König Friedrich Wilhelm IV. bei seinem Besuch in Königsberg den neuen Stadtverteidigungsturm nach Generalfeldmarschall Graf Friedrich Karl zu Dohna. An diesem Tag gab es eine Vortragspräsentation der neuen touristischen Route „Auf den Spuren des Grafen zu Dohna“.



Der Dohnaturm lädt ein: Festtag im Bernstein-Museum

Foto: J.T.

Königin Luise auf Russisch

Das vor 130 Jahren von Hans von der Mark geschriebene Buch „Königin Luise oder Der Frieden von Tilsit“ liegt nun zum ersten Mal in einer russischsprachigen Fassung vor. Die übersetzte Ausgabe wurde in einer Auflage von eintausend Exemplaren von dem in Moskau sitzenden Verlag „Autorenbuch“ veröffentlicht.

Die zweite Geburt des Stücks erfolgte dank der mäzenatischen Unterstützung von Boris Ignatenko, dem Gründer der Bogorodskaja-Konditorei und des Produktionszentrums „Zusammensein“, einem Mann, dem das historische Erbe der Region am Herzen liegt.

Die Übersetzung wurde von der Historikerin, Journalistin und Übersetzerin Svetlana Kolbanjowa angefertigt. Das Quellenmaterial lieferte der Autor und Militärgeschichtler Volker Schobeß. MRK





ZUM 104. GEBURTSTAG

Wunderlich, Hedwig, geb. Bagginski, aus Willuhnen, Kreis Neidenburg, am 14. September

ZUM 101. GEBURTSTAG

Gezek, Gertrud, aus Ortelsburg, am 8. September

ZUM 100. GEBURTSTAG

Witzke, Herta, geb. Hinz, aus Karlshof, Kreis Fischhausen, am 8. September

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kobbe, Ruth, geb. Ruppenstein, aus Noiken, Kreis Elchniederung, am 14. September
Münter, Ruth, geb. Naujokat, aus Lyck, am 11. September

PAZ wirkt!

ZUM 98. GEBURTSTAG

Brunswick, Bruno, aus Langheide, Kreis Lyck, am 11. September
Giercke, Ruth, geb. Möller, aus Moterau, Kreis Wehlau, am 9. September
Gorr, Hedwig, geb. Gazioch, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Wlost, Herta, aus Plötzendorf, Kreis Lyck, am 9. September

ZUM 96. GEBURTSTAG

Brandt, Gisela, geb. Böttcher, aus Mohrunen, am 9. September
Gläser, Marta, geb. Abromeit, aus Finkenhof, Kreis Elchniederung, am 9. September
Hobrack, Ilse, geb. Neumann, aus Reinmannswalde, Kreis Treuburg, am 10. September
Slaby, Annemarie, geb. Kastell, aus Rumeiken, Kreis Lyck, am 9. September

Wrage, Eva, geb. Jakubzig, aus Lyck, Bismarckstraße 19, am 11. September

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bleck, Hanna, aus Lyck, am 14. September
Dudda, Gert, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 14. September
Gritzka, Waldemar, aus Lyck, Bismarckstraße 15, am 12. September
Hempler, Heinz, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, am 8. September
Kensy, Artur, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, am 10. September
Kloß, Erich, aus Mulden, Kreis Lyck, am 8. September
Krauß, Hedwig, geb. Janzick, aus Lyck, am 10. September
Sawatzki, Adele, geb. Richter, aus Seebrücken, Kreis Lyck, am 13. September
Schütt, Paul, aus Ortelsburg, am 10. September

ZUM 94. GEBURTSTAG

Gad, Elli, geb. Hartfiel, aus Klein Kanten, Kreis Mohrunen, am 8. September
Kolberg, Alfred, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 10. September
Nielsen, Brunhilde, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 14. September
Poguntke, Irmgard, geb. Leliesch, aus Neidenburg, am 11. September
Salamon, Günter, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 12. September
Uhlich, Elisabeth, geb. Sender, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, am 14. September

ZUM 93. GEBURTSTAG

Bartsch, Siegmund, aus Danzig und Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 13. September
Holzwarth, Else, geb. Heise, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, am 10. September
Kollbau, Dr. Wolfgang, aus Likusen, Kreis Allenstein, am 2. September
Kubasch, Gerda, geb. Judka, aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. September

Müller, Anneliese, geb. Barwig, aus Saalfeld, Kreis Mohrunen, am 12. September
Plickat, Erwin, aus Ebenrode, am 14. September
Rößling, Gerda, geb. Marr, aus Leißenien, Kreis Wehlau, am 13. September
Sadlowski, Helmut, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 13. September

ZUM 92. GEBURTSTAG

Braun, Günter, aus Lötzen, am 13. September
Dopp, Brigitte, geb. Denzer, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 14. September
Eckerth, Gerda, geb. Kristandt, aus Kalaushöfen, Kreis Fischhausen, am 9. September
Elbe, Werner, aus Klemenswalde, Kreis Elchniederung, am 13. September
Hübner, Martin, aus Grüneberg, Kreis Elchniederung, am 10. September
Jacobi, Irmgard, geb. Peter, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. September
Kaschner, Lothar, aus Pregeleswalde, Kreis Wehlau, am 9. September
Kasperowitz, Ruth, geb. Waschk, aus Freiort, Kreis Lyck, am 14. September
Klein, Hubert, aus Liebenberg, Kreis Ortelsburg, am 8. September
Ledergerber, Elly, geb. Brenk, aus Leißenien, Kreis Wehlau, am 12. September
Mathiak, Hans-Lothar, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 13. September
Rogge, Annemarie, geb. Babrowski, aus Hansbruch, Kreis Lyck, am 13. September
Sembritzki, Margarete, geb. Lenzian, aus Schwentainen, Kreis Treuburg und aus Neuendorf, Kreis Lyck, am 8. September
Tatge, Gisela, geb. Foerster, aus Herzogshöhe-Neumühl, Kreis Treuburg, am 12. September

ZUM 91. GEBURTSTAG

Beling, Traute, geb. Crispin, aus Auerbach, Kreis Wehlau, am 9. September

Zusendungen für die Ausgabe 38/2023

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 38/2023 (Erstverkaufstag 22. September) bis spätestens Dienstag, den 12. September, an die Redaktion der PAZ: E-Mail: rinser@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch: Preußische Allgemeine Zeitung, Buchstraße 4, 22087 Hamburg

Glückwünsche an:

Angela Selke
Telefon (040) 4140080
E-Mail: selke@paz.de

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
E-Mail: info@ostpreussen.de

LO-Termine 2023

15. bis 17. September: **Geschichtsseminar** in Helmstedt
16. September: **Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern** in Anklam
9. bis 15. Oktober: **Werkwoche** in Helmstedt
7. und 8. Oktober: 14. **Deutsch-Polnischer Kommunalpolitischer Kongress** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Allenstein
10. November: **Arbeitstagung**

der Landesgruppenvorsitzenden (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal
11. und 12. November: **Ostpreußische Landesvertretung** (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

Auskünfte bei der Landmannschaft Ostpreußen-Bundesgeschäftsstelle, Buchstraße 4, 22087 Hamburg,
Telefon (040) 41400826,
E-Mail: info@ostpreussen.de



ANZEIGE

Ostpreußen

26. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern in Anklam

Sonntag, 16. September 2023 10 bis 17 Uhr

Mehrzweckhalle „Volkshaus“ 17389 Anklam, Baustraße 48–49

Alle ostpreußischen Heimatkreise sind an Extra-Tischen groß ausgeschildert. Für ein heimatliches ostpreußisches Kulturprogramm, das leibliche Wohl und genügend Parkplätze ist gesorgt. Bitte Ihre Verwandten und Freunde informieren und mitbringen. Schriftliche Auskunft gegen Rückporto bei:

**Landmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe MV
Manfred F. Schukat, Hirtenstr. 7a, 17389 Anklam
oder per Mail: M.F.Schukat@web.de**

Bluschke, Hubert, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 12. September
Brüggemann, Ursula, geb. Stobbe, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, am 13. September
Drensek, Günther, aus Groß Dankheim, Kreis Ortelsburg, am 11. September
Ekruth, Horst, aus Gerswalde, Kreis Mohrunen, am 14. September
Flügel, Anneliese, geb. Loeffler, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, am 9. September
Herrmann, Rudi, aus Königsberg/Ponath, Wiesenstraße 8, am 7. September
Kanak, Gerda, geb. Zirkel, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 10. September
Krutschinna, Günther, aus Herrnbach, Kreis Lyck, am 8. September
Kupczyk, Emmie, geb. Stadie, aus Dorschen, Kreis Lyck, am 13. September
Link, Erna, geb. Kalinski, aus Warendorf, Kreis Ortelsburg, am 12. September
Plotz, Waltraut, geb. Bogdan, aus Bartendorf, Kreis Lyck, am 13. September
Saunus, Werner, aus Schorningen, Kreis Elchniederung, am 13. September
Scheuer, Ingrid, geb. Erdmann, aus Trankwitz, Kreis Fischhausen, am 13. September
Sebode, Irmgard, geb. Przetak, aus Mohrunen, am 9. September
Willamowski, Klaus, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 14. September

ZUM 90. GEBURTSTAG

Barthlomazyk, Irmgard, geb. Pfaff, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 9. September
Bergner, Helga, geb. Hancke, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 10. September
Dathe, Margarethe, geb. Rahn, aus Stobbenort, Kreis Treuburg, am 8. September
Frankiewicz, Helga, geb. Rogalski, aus Rohrdorf, Kreis Ortelsburg, am 8. September

Hillebrand, Ruth, geb. Rohmann, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 13. September
Könnicke, Willi, aus Wachteldorf, Kreis Lyck, am 11. September
Kulschewski, Ursula, geb. Sakewitz, aus Milucken, Kreis Lyck, am 12. September
Pfeifer, Alice, geb. Rennmann, aus Stucken, Kreis Elchniederung, am 10. September
Schaak, Hans, aus Rotwalde, Kreis Lyck, am 28. August
Wilhelm, Margot, geb. Fritz, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 8. September

ZUM 85. GEBURTSTAG

Albou, Erika, geb. Lohrenz, aus Lyck, am 10. September
Barczewski, Klaus, aus Lyck, am 12. September
Czekay, Manfred, aus Lötzen, am 8. September
Diekmann, Erika, geb. Schütz, aus Petersgrund, Kreis Lyck, am 12. September
Glitzka, Gisela, geb. Taxacher, aus Magdalenz, Kreis Neidenburg, am 10. September
Gugath, Iris, geb. Sprockhoff, aus Zöpel, Kreis Mohrunen, am 10. September
Hansen, Gisela, geb. Golembiewski, aus Maschen, Kreis Lyck, am 12. September
Pelz, Klaus, aus Preußisch Mark, Kreis Mohrunen, am 10. September
Poppe, Waltraut, geb. Jorzick, aus Scharfenrade, Kreis Lyck, am 10. September
Purwin, Flora, geb. Richter, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 14. September
Quaas, Elfriede, geb. Joswig, aus Wilhelmshof, Kreis Ortelsburg, am 10. September
Rackur, Edith, geb. Jakubski, aus Sareiken, Kreis Lyck, am 10. September
Saathoff, Waltraud, geb. Chudaska, aus Ortelsburg, am 12. September
Schmeißer, Irmgard, geb. Schemien, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 8. September

Schulz, Dr. Harald, aus Preußisch Holland, Kreis Fischhausen, am 10. September
Schwarz, Maria, geb. Kays, aus Wallendorf, Kreis Neidenburg, am 14. September
Schwarzenberg, Käthe, geb. Wanda, aus Lyck, am 9. September
Vohs-Menzel, Elke, geb. Menzel, aus Friedrichsdorf, Kreis Wehlau, am 9. September
Wengenroth, Renate, geb. Kalex, aus Canditten, Kreis Preußisch Eylau, am 8. September
Willemer, Katharina, aus Breitenstein, Kreis Tilsit-Ragnit, am 12. September

ZUM 80. GEBURTSTAG

Behrendt, Brigitte, geb. Brdoch, aus Rogallen, Kreis Lyck, am 12. September
Bettinger, Helga, geb. Niedzwetzki, aus Plöwken, Kreis Treuburg, am 9. September
Pleikies, Wolfgang, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 11. September
Sander, Ursula, geb. Tregel, aus Rotbach, Kreis Lyck, am 12. September
Waschko, Siegfried, aus Suleiken, Kreis Treuburg, am 11. September
Wichert, Wolfram, aus Magotten, Kreis Wehlau, am 11. September

ZUM 75. GEBURTSTAG

Kosinska, Izabella, geb. Domitz, aus Treuburg, am 9. September



Dittchenbühne

Elmshorn – Wer auf den Brettern, die die Welt bedeuten, einmal stehen möchte, kann sich im Büro der Dittchenbühne melden per Telefon unter (04121) 89710 oder per E-Mail: bue-ro@dittchenbuehne.de. Alles Weitere wird im persönlichen Gespräch geklärt.

Aus den Landesgruppen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Neu gewählt: Das Präsidium des Bunds der Vertriebenen mit Bernd Fabritius (Mitte, vorne) in seiner fünften Amtszeit als Präsident
Foto: Pressestelle BdV



Neues Präsidium

Berlin – Am 25. August wurde auf der Bundesversammlung ein neues Präsidium gewählt. Präsident bleibt Dr. Bernd Fabritius, dem die Delegierten mit 94 Prozent Zustimmung ihr Vertrauen schenken. Fabritius, der aus Siebenbürgen stammt und ehemaliger Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten ist, startet somit mit einem erneut starken Mandat der Mitgliedsverbände in seine nunmehr fünfte Amtszeit. Zu Vizepräsidenten wurden gewählt: Stephan Grigat, Raimund Haser MdL, Stefan Hörntler, Stephan Mayer, Egon Primas und Johann Thießen. Zu weiteren Mitgliedern des Präsidiums wurden gewählt: Rita Hagl-Kehl MdB, Milan Horáček, Siegbert Ortman, Stephan Rauhut, Brunhilde Reitmeier-Zwick und Heiko Schmelzle. Die Präsidentin des Frauenverbandes im BdV, Dr. Maria Werthan, gehört kraft Amtes dem Präsidium an. **PM**

Baden-Württemberg

Vorsitzende: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Tel.: 0711 - 85 40 93, uta.luetlich@web.de
Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, 2. Stock, Zimmer 219,
Internet: www.low-bw.de

Landesdelegiertentagung

Stuttgart – Sonnabend, 16. September, 10 Uhr, Haus der Heimat: Landesdelegiertentagung der Landesgruppe mit den Tagesordnungspunkten: Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Totenehrung, Genehmigung des Protokolls vom 17. September 2022, Jahresberichte, Kassenbericht, Bericht der Kassenprüfer, Entlastung des Landesvorstands, Anträge - Einreichung bis 11. September möglich, Termine und Verschiedenes, Ende gegen 12.30 Uhr.

Landeskulturtagung

Stuttgart – Sonnabend, 16. September, 14.30 Uhr, Haus der Heimat: Landeskulturtagung mit den

Vorträgen. 14.30 Uhr, Wolfgang Freyberg „Auf den Spuren des Deutschen Ordens in Deutschland und Europa“; 16 Uhr, Uwe Jurgsties „Memel und das Memelland – neueste Entwicklungen und Aktivitäten der AdM im Memelgebiet“.

Landesfrauentagung

Stuttgart – Sonntag, 17. September, 9.30 Uhr, Haus der Heimat: Landesfrauentagung. Nach der Begrüßung und dem „Wort zum Sonntag“ nehmen wir um 11 Uhr an der Kranzniederlegung am Mahmal für die Opfer von Flucht und Vertreibung in Stuttgart-Bad Cannstatt, Kurpark am Kursaal, teil. Verantwortlich ist die LM der Banater Schwaben in Baden-Württemberg, Leitung Richard Jäger. Dr. Frank Nopper, Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Stuttgart spricht ein Grußwort.

Tag der Heimat

Stuttgart – Sonntag, 17. September, 14 Uhr, Liederhalle, Hegelsaal: Festveranstaltung in der Landeshauptstadt Stuttgart zum Tag der Heimat, die Festansprache hält Thorsten Frei MdB, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU Bundestagsfraktion.

Bayern

Vorsitzender: Christoph Stabe, Ringstraße 51a, App. 315, 85540 Haar, Tel.: (089) 23147021 stabe@low-bayern.de, www.low-bayern.de

Sausenhofener Musiktag

Altmühlfranken – Wer am vergangenen Sonntag im mittelfränkischen Sausenhofen die sonnenbestrahlte, ja hitzeblühende Dorfstraße entlang ging, hatte gleich zweifachen Grund seinen Augen und Ohren nicht zu trauen. Zum einen hing die Fahne Preußens an einem Fahnenmast. Jeder Geschichtskundige weiß, dass die Herrschaft Preußens in Franken 1806 endete, und trotzdem wehte diese deutlich und weithin sichtbar. Ein weiterer Grund für Verwunderung war, dass das weltberühmte und beliebte Adventslied: „Macht hoch die Tür, die Tor macht weit“ aus einem weit geöffneten Scheunentor zu vernehmen war. Sowohl für die preußische Fahne wie auch für das Adventslied gibt es eine einleuchtende Erklärung, denn die Kreisgruppe Altmühlfranken der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen lud zum 2. Sausenhofener Musiktag ein. Wie schon vor zwei Jahren wurden wieder Musikstücke dargestellt, die einen unmittelbaren Bezug zu Preußen haben.

Pünktlich begrüßte der Kreisvorsitzende der Landsmannschaft Dr. Jürgen Danowski alle in der Festscheune anwesenden Gäste und Ehrengäste unter denen sich unter anderen Bundesminister a.D. Carl-Dieter Spranger mit Ehefrau und der Bürgermeister der Gemeinde Dittenheim Günter Ströbel. Besonders dankte Danowski dem Bayerischen Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales ohne dessen Förderung das Konzert nicht in diesem Rahmen möglich gewesen wäre.

Begonnen wurde mit einer Sonate für Traversflöte und Cembalo von Johann Joachim Quantz (1697–1773). Quantz war Komponist und Flötenlehrer des Preußenkönigs Friedrich des Großen. Gefolgt wurde eine Sonate von Christoph Schaffrath (1709–1763). Schaffrath war, wie Carl Philipp Emanuel Bach (1714–1788) am Hofe König Friedrichs des Großen tätig. Als dritter Komponist wurde eine Sonate für Bassblockflöte und obligates Cembalo von Johann Sebastian Bachs berühmtesten Sohn Carl Philipp Emanuel Bach (1714–1788) gespielt, dieser war Hofkomponist am Preußischen Königshof. Alle vorgenannten Komponisten kannten sich nicht nur, sondern musizierten gemeinsam und waren freundschaftlich miteinander verbunden.

Vor dem Gang in die Pause begrüßte der Hausherr Loos alle Anwesenden und erläuterte die Geschichte der Hofstelle, deren Ursprung bis in das Jahr 1581 zurückreicht. Hierbei wies Loos darauf hin, dass alle heute gespielten Komponisten, wären sie einst nach Sausenhofen gekommen, in dieser Hofstelle hätten einkehren können. So wenig wahrscheinlich das klingen mag, bei einem Komponisten, der zugleich König von Preußen war, wäre es durchaus möglich gewesen, nämlich bei Friedrich dem Großen, denn seine Schwester Friederike Luise lebte als Markgräfin von Brandenburg-Ansbach im nur 14 Kilometer entfernten Unterschwaningen.

Der zweite Abschnitt des Konzertes wurde mit einem Musikstück von Anna Amalia von Preußen (1723–1787), eine Schwester Friedrich des Großen, fortgeführt.

Hierauf folgte das eingangs erwähnte Adventslied. Der Königsberger Pfarrer Georg Weissel (1590–1635) komponierte anlässlich der Einweihung der neuerrichteten Altmühlfranken Kirche in Königsberg für den zweiten Advent 1623 „Macht hoch die Tür“ auf den 24. Psalm. Pfarrer Weissel studierte Theologie und Musik an der Albertus-Universität in Königsberg. Virtuos brachte Justus Willberg dieses Lied auf Sopranblockflöte mit eigens komponierten Variationen dar.

Die Musikdarbietungen endeten mit einem Komponisten, dessen Name wie kein anderer mit Preußen in Verbindung gebracht wird. Nämlich mit König Friedrich dem Großen (1712–1786). Dargeboten wurde seine Sonate IX in e-moll für Traversflöte und Basso continuo.

Laut offiziellem Programm sollte damit der Musiktageabend, jedoch forderte das Publikum eine Zugabe. Professor Waldner spielte ein weiteres Stück von Friedrich dem Großen, das dieser in einem ruhigen Moment nach der gewonnenen Schlacht gegen die Österreicher von Hohenfriedeberg 1745 komponierte. Dieses Musikstück ist heute als Hohenfriedberger Marsch bekannt. Es folgte ein Auszug aus Johann Sebastian Bachs Musikalischem Opfer. Die Musikwelt hat dieses wunderbare Werk dem historischen Zusammentreffen von Johann Sebastian Bach und Friedrich dem Großen 1747, nur wenige Jahre vor Bachs Tod, zu verdanken. Der König bat Bach, eine dreistimmige Variation zu einem Musikstück zu verfassen. Dem Musikgenie Bach gelang dieses auch unvermittelt; als jedoch Friedrich, er war wohl auch hin und wieder ein Schelm, Bach darum bat, eine sechsstimmige Variation zu verfassen, war auch dieser an seine Grenze gestoßen, versprach dem König jedoch, sich nach seiner Heimkehr in Sachsen, dieser Aufgabe anzunehmen.

Damit schloss der musikalische Nachmittag in der Sausenhofener Festscheune. **Ralf Loos**



Tag der Heimat Stephan Grigat, Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen (LO), legte am 26. August im Namen des LO-Bundesvorstandes an der Ewigen Flamme auf dem Theodor-Heuss-Platz in Berlin einen Kranz nieder. Die Festrede hielt Minister Peter Beuth MdL. Der diesjährige Tag der Heimat stand unter dem Leitwort „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“
Foto: Brigitte Stramm

Bremen

Vorsitzender: Heinrich Lohmann,
Geschäftsstelle: Parkstraße 4, 28209 Bremen, E-Mail: heinrichlohmann@gmx.de, Telefon (0421) 3469718

Ausstellung

Bremen – Bis Sonnabend, 30. September, montags bis sonnabends

von 11 bis 18 Uhr, WeserArt Galerie im Weserpark, Hans-Bredow-Straße 19, 28307 Bremen: Ausstellung „Bedeutende Ostpreußen jüdischen Glaubens“.

Begleitvortrag

Bremen – Donnerstag, 14. September, 18 Uhr, WeserArt Galerie: Dr. Bernd Moldenhauer spricht zum Thema: „Hannah Arendt – von Ostpreußen in die USA“.

Fortsetzung auf Seite 16



Gestalten den Sausenhofener Musiktag virtuos: Ralf Waldner am Cembalo und Justus Willberg spielt Traversflöte
Foto: Ralf Loos

ANZEIGE



4 Wochen gratis lesen

Testen Sie unverbindlich die PAZ

Kein Abo!



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder vertrieb@paz.de anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Landesgruppen und Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung von Seite 15

Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Teilfeld 8, 20459 Hamburg, Mobiltelefon (0178) 3272152

Tag der Heimat

Hamburg - Sonnabend, 16. September, 15 Uhr (Einlass ab 14.30 Uhr), Bach-Saal Gemeindehaus St. Michaelis, Krayenkamp 4, 20459 Hamburg: Tag der Heimat unter dem Leitwort „Krieg und Vertreibung - Geißeln der Menschheit“, veranstaltet vom Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg e. V. Dr. Otto Horst, Vorsitzender Landsmannschaft der Deutschen aus Russland Landesgruppe Hamburg moderiert durch das Programm: Gesangsgruppe „Im Herzen jung“ geleitet von Viktor Diehl, Eröffnung und Begrüßung: Helga Seeger, Vorsitzende Verband der Siebenbürger Sachsen Landesgruppe Hamburg und Schleswig-Holstein, Fahnenruß: Hartmut Klingbeutel, Stellvertretender Vorsitzender Landesverband der vertriebenen Deutschen in Hamburg, Totengedenken: Peter Voss, Pastor i. R., Chor „Abendklang 2001“ geleitet von Lilia Berschin, Festrede: Christoph Ploss, Mitglied des Bundestages, CDU, Volkstanzkreis „Rega“ geleitet von Susi Döhle, Schlusswort: Renate Reetz, Vorsitzende der Donauschwaben in Hamburg, Nationalhymne.

Hessen

Vorsitzender: Ulrich Bonk Stellv. Vorsitzender: Gerd-Helmut Schäfer, Rosenweg 28, 61381 Friedrichsdorf, Telefon (0170) 3086700

Ende der Sommerpause

Darmstadt/Dieburg - Sonnabend, 9. September, 11.30 Uhr, Bürgermeister-Pohl-Haus, Appensee 26, 64291 Darmstadt-Wixhausen: Treffen nach der Sommerpause.

Filmvortrag

Wetzlar - Dienstag, 19. September, 11 Uhr, Gaststätte Matchball beim Tennisplatz, Bodenfeld, 35576 Wetzlar, Telefon (06441) 45439: „Der Segen vom Altenberg“, Erinnerungen an das Königsberger Diakonissenmutterhaus.

Mecklenburg-Vorpommern

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7a, 17389 Anklam, Tel.: (03971) 245688

Landestreffen

Anklam - Sonnabend, 16. September, 10 bis 17 Uhr, Mehrzweckhalle „Volkshaus“, Baustraße 48-49: Landestreffen.

Alle 40 ostpreußischen Heimatkreise sind wie immer an Extra-Tischen ausgeschildert. Eigene Tische gibt es auch für Westpreu-

ßen, Pommern, Schlesien und das Sudetenland. Für die Besucher ist ein reiches Informations- und Kulturprogramm vorbereitet mit Chören, einem Blasorchester und einer Volkstanzgruppe. Für das leibliche Wohl, eine große Auswahl Heimatliteratur und genügend Parkplätze ist gesorgt. Manfred Schukat

Nordrhein-Westfalen

Erster Vorsitzender: Klaus-Arno Lemke, Stellv. Vorsitzende: Dr. Bärbel Beutner, Arnold Schumacher Schriftführerin: Elke Ruhke, Geschäftsstelle: Buchenring 21, 59929 Brilon, Telefon (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaef@ostpreussen-NRW.de, Internet: Ostpreussen-NRW.de

Ökumenischer Gottesdienst

Bonn - Sonnabend, 16. September, 10.30 Uhr, Münster: Ökumenischer Gottesdienst am Sonnabend zum Tag der Heimat mit Stadtdechant Dr. Picken, unter Beteiligung von Weihbischof Hauke aus Erfurt und dem evangelischen Weihbischof Wollenweber.

Ostdeutscher Markttag

Bonn - Sonntag, 17. September, 10 bis 17 Uhr, Münsterplatz: Ostdeutscher Markttag, Veranstaltung des BdV Kreisverbands Bonn. Vermittlung und Präsentation ostdeutschen Kulturguts im öffentlichen Raum durch die Landsmannschaften der ehemaligen deutschen Ostprovinzen und Siedlungsgebiete.

Angerburg

Kreisvertreter: Wolfgang Schiemann, GSt.: Meike Dreyer, Landkreis Rotenburg (Wümme), Postfach 1440, 27344 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 9833100, Fax (04261) 9833101

Mitgliederversammlung

Rotenburg (Wümme) - Freitag, 8. September, 19 Uhr, Restaurant Harmonie, Am Pferdemarkt 3, und Sonnabend, 9. September, 10.30 Uhr, Kreishaus, Hopfengarten 2: 69. Angerburger Tage. Nach dem Begrüßungsabend am Freitag, startet das Treffen um 10.30 Uhr mit einem Gedenken am Patenschaftsstein bei der Angerburger Eiche, Amtshofpark am Kreishaus, Hopfengarten 2. 11 Uhr, Kreishaus Rotenburg: Sitzung des Kreistags, Mitgliederversammlung. Die Tagesordnung ist dem Angerburger Heimatbrief 169 zu entnehmen. Nach einer Mittagspause wird um 14 Uhr ein Film gezeigt, danach gibt es eine Nachmittagstafel. Das

Dittchenbühne

Elmshorn - Film und Diskussion über „Superhafen Mukran“ fällt aus. Die Veranstaltung am Dienstag, 12. September, kann aufgrund von mangelnden Anmeldungen nicht stattfinden.

Angerburger Archiv mit der Heimatsammlung ist am Sonnabend von 13 bis 15 Uhr geöffnet. Eine Anmeldung war erforderlich.

Elchniederung

Kreisvertreter: James-Herbert Lundszen, Fritz-Reuter-Straße 24, 24601 Wankendorf, Telefon (04326) 2195, GF: Barbara Dawideit, Am Ring 9, 04442 Zwenkau, Telefon/Fax (034203) 33567

Mitglieder- und Delegiertenversammlung

Bad Nenndorf - Von Freitag, 8. September, bis Sonntag, 10. September, Hotel Esplanade, Bad Nenndorf: Mitglieder- und Delegiertenversammlung/Kreistags-sitzung. Die Delegierten treffen sich schon am Freitag, 8. September zur Kreistags-sitzung/Delegiertenversammlung.

Am Sonnabend, 9. September, öffnet das Tagungsbüro und die Besucherinnen und Besucher haben Gelegenheit, Bildvorträge aus der Heimat zu sehen und einen Vortrag zu hören. Um 12 Uhr beginnt das Mittagessen im Restaurant und um 14 Uhr ist Eröffnung der Mitgliederversammlung durch den Vorsitzenden mit Totenehrung. Es folgen die Verlesung geistlicher Worte und des Grußwortes des Landrats der Partnerstadt Nordhorn Uwe Fietzek. Danach werden Ehrungen vorgenommen und Rechenschaftsberichte sowie Wirtschafts- und Ertragsplan

durch den Versammlungsleiter vorgetragen. Außerdem berichten die Kirchspielvertreter über Altes und Neues aus den jeweiligen Kirchspielen. Ferner stehen auch Wahlen auf der Tagesordnung. Anschließend kann ausgiebig „planchandert“ werden.

Am Sonntag, 10. September: Gottesdienst in der Kirche Steinhude. James-Herbert Lundszen

Goldap

Kreisvertreter: Stephan Grigat, Telefon (05232)-3232, Heidentalstraße 83, 32760 Detmold. GSt.: Annelies Trucewitz, Hohenfelde 37, 21720 Mittelnkirchen, Telefon (04142) 3552, Fax (04142) 812065, E-Mail: museum@goldap.de, www.goldap.de

Goldaper Heimattreffen

Stade - Freitag, 8., bis Sonntag, 10. September: Heimattreffen mit folgendem Programm:

Freitag, 8. September, 11.30 bis 17.30 Uhr, Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen, Harsefelder Straße 44a: Patenschaftsmuseum öffnet, ab 19 Uhr: Vorabendtreffen für Angehörige der Kreisgemeinschaft.

Sonnabend, 9. September, 10 Uhr, Dorfgemeinschaftshaus Elbinsel Krautsand, Krautsand 72, 21706 Drochtersen: Kreistags-sitzung nur für Mitglieder des Kreistages und gewählte Ortsvertreter, 11.30 Uhr, Kreisversammlung (Mitgliederversammlung) der Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V., nur für Mitglieder der Kreis-

Rätsel

Large crossword puzzle grid with clues in German. Includes a small 4x4 grid at the top left and a 10x10 grid at the bottom left.

Sudoku

9x9 Sudoku grid with numbers 2, 4, 5, 8, 6, 7, 3, 1, 2, 8, 3, 4, 5, 7, 1, 9, 6, 1, 3, 7, 8, 4, 6, 4, 9, 6, 5.

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

6x6 Diagonal puzzle grid with numbers 1-6 and arrows indicating word directions.

Diagonalrätsel

Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Finanzbegriffe.

- 1 altägyptischer Gott
2 Götze, Idol
3 Froschlurch
4 heftig weinen
5 schlechter Leumund
6 verwirrt, ungeschlüsselt

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Art von Handgepäck.

- 1 altgriechische Orakelstätte, 2 Herausgeber, 3 Prachteingang, 4 griechische Sängerin (Maria), 5 Gurgel, Schlund

Diagram for 'Kreiskette' showing a circular path of 11 numbered fields with arrows indicating the direction of words.

Heimatkreisgemeinschaften

gemeinschaft, anschließend Mittagssnack, 15 bis etwa 18 Uhr: Schifffahrt auf dem „Tiedenkicker“, Abfahrt vom Anleger Krautsand, 19 Uhr: gemeinsames Abendessen im Hotel „Zur Einkehr“, Freiburger Straße 82, 21682 Stade.

Sonntag, 10. September, 10.30 bis 17 Uhr, Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen: Patenschaftsmuseum öffnet, 10 Uhr: Andacht in der evangelisch-lutherischen Kirche St. Wilhadi mit Superintendent Dr. Marc Wischnowsky, 11.30 Uhr: Feierstunde am Mahmal in den Wallanlagen in Stade mit Festansprache 75 Jahre Kreisgemeinschaft Goldap Ostpreußen e.V. von Prof. Dr. Manfred Kittel, Gründungsdirektor der Stiftung Flucht Vertreibung Versöhnung, Berlin. 13 Uhr, Patenschaftsmuseum Goldap in Ostpreußen: Hauptkrestreffen und gemütliches Beisammensein mit Imbiss, Kaffee und hausgebackenem Mohnkuchen, Spenden sind willkommen.

Heiligenbeil

Kreisvertreterin: Viola Reyentanz, Großenhainer Straße 5, 04932 Hirschfeld, Telefon (035343) 433, reyvio@web.de. **1. Stellvertreterin:** Brunhilde Schulz, Zum Rothenstein 22, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4408, brschulz@domkom.net; **2. Stellvertreterin:** Heidi Pomowski, Heinegras 42, 31840 Hess. Oldendorf, Telefon (05158) 2841, heidi.pomowski@t-online.de; **Kassenwart:** Arnold Hesse, Amselstraße 6, 26847 Detern, Telefon (04957) 575, Arnold.Hesse@ewetel.net; Internet: www.kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

Kreistreffen

Burgdorf – Freitag, 8., bis Sonntag, 10. September, Hotel und Gasthaus Haase, Lehrter Straße 12, 31303 Burgdorf: Kreistreffen.

Freitag, 8. September: Matjesessen (Selbstzahler). Wir bitten dafür um Anmeldung bei der Kreisvertreterin Viola Reyentanz.

Sonnabend und Sonntag öffnet der Veranstaltungssaal ab 9 Uhr. Beide Tage sind mit einem bunten Programm gefüllt. Für diese Tage ist keine Voranmeldung nötig.

Sonnabend, 9. September, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales, 11.30 Uhr: Gedenkmi-

nute und Niederlegung von Blumen am Gedenkstein im Park – ab 11.15 Uhr fährt ein Bus vom Hotel hin und zurück –, 14 Uhr: nicht-öffentliche Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Heiligenbeil, 16 Uhr: gemütliches Beisammensein mit Programm.

Sonntag, 10. September, 9 Uhr: Öffnung des Veranstaltungssaales, ab 10 Uhr: Platzkonzert der Schützenkapelle „Gehrden“, 11 Uhr: Feierstunde, Begrüßung durch die Kreisvertreterin Viola Reyentanz, Ostpreußenlied, Totenehrung (Arnold Hesse, Mitglied des Vorstandes), Choral von Leuthen (Nun danket alle Gott...), Grußworte, Ostpreußisches Intermezzo, Instrumentalstück, Schlusswort der Kreisvertreterin, Deutschlandlied 3. Strophe, 15 Uhr: offizielles Ende des Hauptkrestreffens. Änderungen des Programms vorbehalten.

Johannisburg

Kreisvertreter: Klaus Downar, An der Grubenbahn 21, 01662 Meißen, Telefon (03521) 4592901, www.kreisgemeinschaft-johannisburg.de; kodo48@aol.com; **Kassenverwalter:** Günter Woyzechowski, Röntgenstraße 14, 31157 Sarstedt, Telefon (05066) 63438, g.awoy@htp-tel.de

Kreistags- und Beiratssitzung Dortmund – Sonnabend, 9. September, 10 bis 17 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle: Kreistags- und Beiratssitzung.

Hauptkrestreffen

Dortmund – Sonntag, 10. September, ab 9 Uhr, Kongresszentrum Westfalenhalle: Hauptkrestreffen

Labiau

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdamm/Holstein, Telefon (04853) 562, info@strammverlag.de, www.labiau.de

Kreistreffen

Otterndorf – Freitag, bis 10. September, Stadtscheune, Sackstraße 4, 21762 Otterndorf/Niederelbe: Kreistreffen.

Freitag, 8. September, 19 Uhr: Begrüßungsabend.

Sonnabend, 9. September, 9.30 Uhr: Gedenkfeier am Labiauer Stein, Am Großen Specken, 10 Uhr: offizielle Eröffnung des Kreistreffens in der Stadtscheune, 11 Uhr: Feierstunde, 15 Uhr: Überraschungen, 19 Uhr: gemütlicher Abend bis 21 Uhr mit Familienforschungsinformationen und zugänglichem Torhaus und Archiv. Die Bildausstellung „Labiau – Stadt und Land – wie es einmal war“ wird am Freitagabend und Sonnabend in der Galerie in der Stadtscheune gezeigt. Informationsstand der Geschäftsstelle mit Verkauf von Postkarten, Heimatbrief, Bücherstand, Marzipan, Labiauer Korporal, Meschkinnos und viel mehr. Für das leibliche Wohl ist wieder gut gesorgt: Mittag- und Abendessen, nachmittags Kaffee und Kuchen.

Sonntag, 10. September, 10 Uhr: Mitgliederversammlung des eingetragenen Vereins in der Stadtscheune, anschließend Ausklang am Torhaus mit allen in Otterndorf Verbliebenen.

Lötzen

Kreisvertreter: Dieter Arno Milewski, Am Forstgarten 16, 49214 Bad Rothenfelde, Telefon (05424) 4553; E-Mail: kgl.milewski@osnarnet.de **Stellvertreterin:** Petra-Kathrin Karpowski, 22880 Wedel **Geschäftsstelle und Heimatmuseum:** Gudrun Marlies Christians, Sudetenlandstraße 18 H, 24537 Neumünster, Telefon: +49 152 2903 2268, E-Mail: KGL-info@web.de **Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:** Montag von 9 bis 12 Uhr sowie Donnerstag und Freitag von 14 bis 17 Uhr. Während der Öffnungszeiten der Geschäftsstelle sind die Museumsräume geöffnet.

Mitgliedertreffen

Anklam – Sonnabend, 16. September, Mehrzweckhalle Volkshaus: Anlässlich des Landestreffens in Mecklenburg-Vorpommern, werden wir uns am Tisch der Lötzener treffen. Besonders gut wird es sein, dass unsere Brüder mit dem Chor „Stimme der Heimat“ aus Lötzen auch mit uns am Tisch Platz haben werden. Es werden sicherlich interessante und wiedersehensfreudige Gespräche sein. Wir freuen uns auf Sie. Weitere Informationen: Siehe Anzeige, Seite 14.

Ortelsburg

Kreisvertreter: Marc Plessa, Hochstraße 1, 56357 Hainau, Telefon (06772) 9699799, E-Mail: kontakt@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Geschäftsführerin:** Karola Kalinski, Meisenstraße 13, 45698 Gladbeck, Telefon (02043) 9824112, E-Mail: k.kalinski@kreisgemeinschaft-ortelsburg.de, **Internet:** www.kreisgemeinschaft-ortelsburg.de

75 Jahre Kreisgemeinschaft

Herne – Sonntag, 17. September, 9 Uhr (Saalöffnung), 11.30 Uhr (Beginn), Willi-Pohlmann-Platz 1: Hauptkrestreffen mit Jubiläum. Wir freuen uns auf zahlreiche Besucher. Für die Festrede konnte Herbert Somplatzki gewonnen

werden. Den musikalischen Part übernimmt, wie in den vergangenen Jahren, der Posaunenchor der evangelischen Kirchengemeinde Gelsenkirchen Resse.

Osterode

Kreisvertreter: Burghard Gieseler, Elritzenweg 35, 26127 Oldenburg, Telefon (0441) 6001736. **Geschäftsstelle:** Bergstraße 10, 37520 Osterode am Harz, Tel.: (05522) 919870. E-Mail: kgoev@t-online.de; **Sprechstunde:** Do. 14 bis 17 Uhr

Jahrestreffen

Lüneburg – Freitag, 15., bis Sonnabend, 16. September, Hotel Bergström, Bei der Lünner Mühle: Jahrestreffen mit folgendem Programm:

Freitag, 15. September, 15.30 Uhr, Raum „Daimler“: Mitgliederversammlung der KGO, 18.30 Uhr, Raum „Lindbergh“: Begrüßungsabend

Sonnabend, 16. September, 10.30 Uhr: Einlass Raum „Lagerfeld“, 11.15 Uhr: Beginn der Feierstunde mit Glockengeläut aus der Evangelischen Stadtkirche in Osterode Ostpreußen, 11.20 Uhr: Begrüßung der Teilnehmer durch den Kreisvertreter, 11.25 Uhr: Totenehrung, 11.30 Uhr: Ansprache des Kreisvertreters, anschließend Musikbeitrag, 11.50 Uhr: Grußwort des stellvertretenden Landrates des Landkreises Göttingen Sebastian Bornmann, anschließend Musikbeitrag, 12.10 Uhr: Lena Hammann: „Deine Heimat verstehen und für mich neu entdecken – Mein Weg zu Ostpreußen“, anschließend Musikbeitrag, 12.45 Uhr: Schlusswort des Kreisvertreters, 12.50 Uhr: Ostpreußenlied und Nationalhymne, 12.55 Uhr: Ende der Feierstunde, 13 Uhr: gemeinsames Mittagessen, anschließend gemütliches Zusammensein.

Preußisch Eylau

Kreisvertreterin: Evelyn v. Borries, Tucherweg 80, 40724 Hilden, Telefon (02103) 64759, Fax: (02103) 23068, E-Mail: evborries@gmx.net. **Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer-Heimatmuseum** im Kreishaus Verden/Aller Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller, E-Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de, Internet: www.preussisch-eylau.de. Unser Büro in Verden ist nur noch unregelmäßig besetzt. Bitte wenden Sie sich direkt an die Kreisvertreterin Evelyn v. Borries

Kreistreffen

Verden – Freitag, 22., bis Sonntag, 24. September: Kreistreffen mit folgendem Programm:

Freitag, 22. September: jährliche Gesamt-Vorstandssitzung. Die Tagesordnung ist den Mitgliedern des gesamten Vorstandes zwischenzeitlich übermittelt worden. Von 9.30 bis 11 Uhr, Landkreis Verden, Eingang Ost, Kreishaus, Lindhooper Straße 67, 27283 Verden/Aller: Heimatmuseum ist für die Delegation aus Ostpreußen und Besucher des Kreistreffens geöffnet. Für einen Besuch des Archivs bitten wir um Anmeldungen bei Christiane Bilke-Krause per E-

ANZEIGE



Nachruf

Frau

Elfriede Rick

Seit 1992 organisierte Frau Elfriede Rick mit der Gemeinschaft evangelischer Ostpreußen alle 2 Jahre den Ostpreußischen Kirchentag in Dresden. Im Jahr 2013 hat Frau Rick diesen Kirchentag stellvertretend in die Hände von Alexander Schulz von der Landsmannschaft Ost- und Westpreußen Freistaat Sachsen e.V. gelegt.

Am 26. November 2014 wurde Frau Rick mit dem Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland (Bundesverdienstkreuz) geehrt.

Nun ist Frau Elfriede Rick mit 91 Jahren am 23. Juli 2023 von uns gegangen.

Wir, die Landesgruppe, werden in Ehren ihrer gedenken.

Der Lebensspruch von Frau Rick war Hiob 19,25:
Ich weiß, dass mein Erlöser lebt.

Der Vorstand der Landesgruppe Sachsen

Mail: preussisch-eylau@landkreis-verden.de. Die Anmeldungen müssen bis zum 15. September vorliegen.

Sonnabend, 23. September, „Landhotel zur Linde“, Thedinghauser Straße 16, 9.30 Uhr: Abfahrt Shuttlebus am Landhotel, „Zur Linde“, 10 Uhr: Kranzniederlegung im Bürgerpark und Ansprache von Pfarrer Herrmann, 11 Uhr: offizieller Empfang und Feierstunde der Stadt Verden (Aller) und des Landkreises Verden im Landhotel, Ansprachen der offiziellen Vertreter, der Partner und der Kreisvertreterin, Umtrunk mit original Ostpreußischem Pillkaler und der Möglichkeit zur Unterhaltung mit den Gästen und den Partnern, 13.30 Uhr: Mitgliederversammlung der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau mit Vorstandswahlen in dem reservierten Raum im Landhotel mit folgender Tagesordnung:

Begrüßung und Eröffnung durch die Vorsitzende, Totengedenken, Feststellung der satzungsgemäßen Einberufung der Mitgliederversammlung, Feststellung der Beschlussfähigkeit, Genehmigung der Tagesordnung, Genehmigung des Protokolls der Mitgliederversammlung vom 24. September 2022, veröffentlicht im Kreisblatt Nr. 114, Jahresbericht der Kreisvertreterin, Evelyn v. Borries, Jahresbericht der stellvertretenden Kreisvertreterin und Beauftragten des Archivs, Christine Bilke-Krause, Bericht der Schatzmeisterin, Erika Zschiesche und Genehmigung des Haushaltes für 2024, Bericht der Kassenprüfer und Antrag auf Entlastung des geschäftsführenden Vorstandes für das Geschäftsjahr 2023 und 2024, Deutsche Gesellschaft Natangen und deren Tätigkeit in Landsberg und Zusammenarbeit mit der Vereinigung der Deutschen Minderheiten in Ostpreußen, Neuwahl des Vorstandes, Konstituierung des neuen Vorstandes durch den Wahlleiter, Verschiedenes.

16 Uhr: gemeinsames Kaffeetrinken. Der Beauftragte der Kreisgemeinschaft beantwortet Fragen zur Familienforschung und gibt Tipps und Anregungen, gemeinsames Abendessen mit allen Teilnehmenden, 19.30 Uhr: Heimatabend.

Sonntag, 24. September, 9.30 bis 11 Uhr: Heimatmuseum ist geöffnet, 10 Uhr: gemeinsames zwei-

tes Frühstück „Klein Mittag“ mit Austausch zum Beispiel über die Bildtafeln und Aushänge. Ein Bücherstand bietet Ostpreußenliteratur sowie Bücher der Kreisgemeinschaft zu folgenden Zeiten an: Am Sonnabend ab 13 Uhr und am Sonntag ab 10 Uhr. Außerdem werden Spezialitäten aus Ostpreußen wie Schwermer-Marzipan und Spirituosen angeboten.

Evelyn v. Borries



Preußisch Holland

Kreisvertreter: Monika Hinz, Matthiasstraße 38, 50354 Hürth, Telefon (02233) 9493322, E-Mail: KreisPrHolland@t-online.de

Kreistreffen

Itzehoe – Sonnabend, 9., und Sonntag, 10. September, Café Schwarz: Kreis- und Jubiläumstreffen: 70 Jahre Patenschaft Itzehoe – Stadt Pr. Holland und Kreis Steinburg – Kreis Pr. Holland, 60 Jahre Krempe und Reichenbach.

Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus

Düsseldorf – Donnerstag, 14. September bis 29. Oktober, Foyer der Universitäts- und Landesbibliothek der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf (ULB), Universitätsstraße 1, Düsseldorf: Ausstellung „Verlorene Dörfer in Masuren“. Die Ausstellungseröffnung findet am Donnerstag, 14. September, 18 Uhr, Vortragsraum der Universitäts- und Landesbibliothek Düsseldorf mit Professor Christoph Nonn, Heinrich-Heine-Universität, und Sabine Grabowski, Gerhart-Hauptmann-Haus, statt. Die Ausstellung dokumentiert die gemeinsamen Arbeiten der Studenten bei der Suche nach Überresten, der Inventarisierung und der Dokumentation der über 500-jährigen Siedlungsgeschichte der masurischen Dörfer.

Ostpreußisches Landesmuseum

Erich Mendelsohn: Visionen für die Ewigkeit, Filmvorführung in der Reihe „Nordöstliche Spuren im Kino“, Mittwoch, 13. September, 19 Uhr, SCALA Programmkino, Apothekenstraße 17, 21335 Lüneburg, Eintritt: 12 Euro, mit einer Einführung von Jörn Barfod.

Erich Mendelsohn zählt zu den wichtigsten und prägendsten Architekten des 20. Jahrhunderts. Er wurde 1887 im ostpreußischen Allenstein in einer jüdischen Familie geboren. Nach seinem Architekturstudium in München brach der Erste Weltkrieg aus, und Mendelsohn musste an die Front. Um dem Grauen zu

entfliehen, zeichnete er dort Entwürfe von organischen Gebäuden und stellte philosophische Gedanken bildlich dar, die er an seine spätere Frau Luise schickte. Nach dem Krieg gründete er in Berlin ein Architekturbüro und wurde zu einem weltweit fragten Architekten und Wegbereiter der Moderne. Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten im Jahr 1933 musste er mit seiner Familie emigrieren. Er starb 1953 in San Francisco.

Der Regisseur Duke Dror erzählt sein Mendelsohn-Porträt als Liebesgeschichte, festgehalten in Briefen, Memoiren und in den Details berühmter Bauwerke.



OL.

ASTRONOMIE

Aus Dankbarkeit versetzt

Erasmus Reinhold verlegt 1551 den Nullmeridian von Wittenberg nach Königsberg

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der griechische Astronom Hipparchos von Nicäa entwickelte zur Mitte des 2. Jahrhunderts vor Christi die bahnbrechende Idee, Positionen auf der Erdoberfläche mit Hilfe der geographischen Breite und Länge zu beschreiben. Dazu musste er einen Nullmeridian festlegen, von dem aus die Längengrade nach Osten und Westen gezählt werden. Für Hipparchos war es logisch, dass dieser Nullmeridian über die Insel Rhodos führte, wo sein Hauptbeobachtungsort lag. Doch damit konnte er sich nicht durchsetzen: Etwa 300 Jahre nach ihm verschob das Universalgenie Claudius Ptolemäus den Nullmeridian an die westlichste Grenze der bekannten Welt. Das war damals die kanarische Insel El Hierro beziehungsweise Ferro. Ptolemäus' Ferro-Meridian bekam allerdings später Konkurrenz, als die Araber den Nullmeridian im Jahre 1075 durch einen Landstreifen in der Nähe Bagdads legten und Kolumbus 1492 von den Kanaren aus nach Amerika segelte.

Im Jahre 1551 wiederum erschienen dann im Tübinger Verlag des Ulrich Morhard die „Prutenicae Tabulae Coelestium Motuum“ (Preußischen Tafeln der Himmelsbewegungen), deren Verfasser Erasmus Reinhold es für angebracht hielt, dass der Nullmeridian genau durch Königsberg geht. Reinholds Tafeln waren ein astronomisches Tabellenwerk zur Vorherberechnung der Standorte von Sonne und Mond sowie aller damals bekannten Planeten. Sie lösten die Alfonsinischen Tafeln ab, die bereits zwischen 1252 und 1270 auf Befehl von König Alfons X. von Kastilien und León von den jüdischen Gelehrten Jehuda Ben Mose und Isaak Ben Sid in Toledo zusammengestellt worden waren und im Laufe der Jahre immer ungenauere Werte lieferten. Dass der Magister der sieben Freien Künste und Professor für höhere Mathematik an der Universität Witten-



Mehrfach verlegt: Seit 1884 verläuft der Nullmeridian nach der Internationalen Meridian-Konferenz durch das Royal Greenwich Observatorium in London

Foto: shutterstock

berg Reinhold hier präzisere Angaben machen konnte, resultierte maßgeblich aus seiner Hinwendung zum Kopernikanischen Weltbild, in dem nicht mehr – wie bei Ptolemäus – die Sonne um die Erde kreist, sondern alle Planeten einschließlich des unsrigen sich auf Bahnen um die Sonne bewegen.

1970 fand der kürzlich verstorbene US-amerikanische Wissenschaftshistoriker Owen Gingerich ein Exemplar des Erstdruckes der Kopernikus-Schrift „De revolutionibus orbium coelestium“ (Über die Umlaufbahnen der Himmelsphären) aus dem Jahre 1543, das ganz offensichtlich Reinhold gehörte und zahlreiche Randbemerkungen in seiner Handschrift aufweist. Auf der Grundlage der Aussagen des Arztes, Astronomen und Domherrn des Fürstbistums Ermland Kopernikus berechnete Reinhold zwischen 1544 und

1549 die Bahnelemente der Himmelskörper neu. Dabei legte er in seinem 1550 erschienenen Tabellenwerk „Ephemerides duorum annorum 50. et 51.“ (Ephemeriden für die zwei Jahre 1550 und 1551) noch einen Nullmeridian durch Wittenberg zugrunde. Danach trat dann Herzog Albrecht in Preußen als Gönner und Sponsor des Forschers auf den Plan.

Der Angehörige der fränkischen Linie der Hohenzollern hatte ab 1511 als 37. Hochmeister des Deutschen Ordens in Preußen fungiert und war dann 1525 zum reformierten Glauben übergetreten. Danach wandelte er mit dem polnischen König den Deutschordensstaat in ein erbliches Herzogtum um. Albrecht förderte das Schulwesen und die Wissenschaften, wozu nicht zuletzt die Gründung der nach ihm benannten Universität in Königsberg gehörte. Außerdem stellte er auch das

Geld für die Herausgabe der neuen astronomischen Tafeln des Wittenberger Gelehrten Reinhold bereit. Daher zog dieser den Nullmeridian in seinem Tabellenwerk aus Dankbarkeit gegenüber Albrecht durch Königsberg und wählte darüber hinaus den Titel „Preußische Tafeln“.

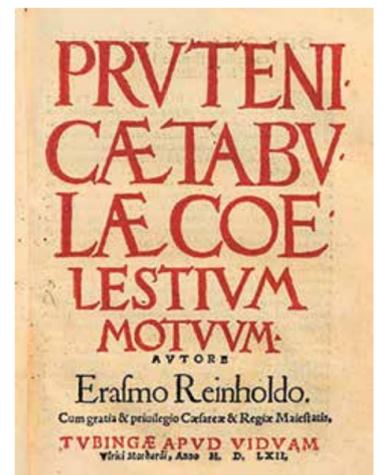
Albrecht in Preußen als Gönner

Allerdings trübte sich das Verhältnis zwischen dem Herzog und dem Astronomen nach 1551 sehr schnell ein, weil es unerquickliche Auseinandersetzungen über finanzielle Fragen gab. Diese endeten, als Reinhold im Februar 1553 an der Schwindsucht starb. Seine Tafeln gerieten deswegen aber nicht in Vergessenheit, was auch aus drei Nachdrucken in den Jahren 1562, 1571 und 1585 resultierte.

Der von Reinhold ins Spiel gebrachte Nullmeridian durch Königsberg blieb so

lange in der Wissenschaft gebräuchlich, wie die „Preußischen Tafeln“ Geltung hatten, also bis 1627. Dann wurden sie durch die noch genaueren „Tabulae Rudolphinae“ von Johannes Kepler und Tycho Brahe ersetzt, die auf Anweisung von Kaiser Rudolf II. entstanden waren. Nunmehr ging der Nullmeridian durch Rom. Aber auch diese Festlegung sollte keine endgültige sein.

Bereits 1634 dekretierte der französische König Ludwig XIII. die neuerliche Verlegung nach Ferro. Angesichts der dadurch erzeugten Verwirrung empfahl der Geograph und Universalgelehrte Johann Gottfried Gregorii alias Melissantes 1708 eine weltweite Vereinheitlichung des Nullmeridians. Das hierzu nötige Abkommen wurde jedoch erst am 13. Oktober 1884 auf der Internationalen Meridian-Konferenz in Washington geschlossen. Seither führt der Nullmeridian mitten durch das Royal Greenwich Observatory im Südosten der britischen Hauptstadt London.



Reinholds Tafeln hatten bis 1627 Geltung: Hier das Titelbild eines Nachdrucks aus dem Jahr 1562

Foto: wikimedia

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Der Klassenfeind siegt – Friedensfahrt nun englisch

Die Neuauflage der „Tour des France des Ostens“ wird zur Politikshow

Die legendäre deutsch-polnisch-tschechische Friedensfahrt findet eine Neuauflage, nun allerdings ganz bedeutsam im anglistischen Gewand. Am Erscheinungstag dieser Zeitung, Freitag, den 8. September, startet der „European Peace Ride“ symbolschwanger an der Schnittstelle zwischen West- und Ost-Görlitz auf der Altstadtbrücke über die Lausitzer Neiße um 11 Uhr. Die Pate stehende, vor 70 Jahren ins Leben gerufene Friedensfahrt war zu ihrer Blütezeit die größte Amateurradsportveranstaltung des Ostblocks.

An der diesjährigen Neuausgabe nehmen rund 200 Radfahrer nicht allein aus den drei Republiken Deutschland, Polen und Tschechien teil – wie sollte es auch anders sein, wenn die Politik aktuell ihre Finger im Spiel hat? Wenn schon andere beim Getöse nicht mitmachen und alten Glanz suggerieren wollen, dann müssen eben auch Fahrer aus der Ukraine zum erhofften Fährschwenken am Straßenrand in die Pedale treten.

Die Fahrt ist in drei Etappen unterteilt: Von Görlitz über Lauban [Lubań] und Marklissa [Leśna] führt die Strecke weiter über den Grenzübergang Hartmannsdorf [Miłoszów]/Wünschendorf

[Srbaska] in die böhmische Autostadt Jungbunzlau [Mlada Boleslav], dem Sitz von Skoda. Am 9. September geht es weiter nach Pilsen [Plzeň]. Das Ziel ist Chemnitz, dort findet am 10. September die Abschlussveranstaltung im Rahmen des Festivals Sports United statt, denn die Fahrt ist eines der Hauptprojekte der Europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz 2025.

Das alles ist natürlich nur für die Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* übersetzt, denn die offizielle Pressemitteilung weist – unter Einschluss von Görlitz – die Ortsnamen allein auf Polnisch und Tschechisch aus. Dabei wird eigentlich bekundet, dass die namentlich geänderte Neuauflage auch ein kulturelles Ereignis werden solle, bei dem rund um die Fahrt Kulturveranstaltungen wie Konzerte oder Lesungen geplant sind, „die Geschichte und kulturelles Erbe der Städte und Regionen entlang der Strecke beleuchten“.

Man darf auf dieses Erbe gespannt sein, wenn schon der kulturhistorisch deutsche Aspekt dieser Landschaften gleich im Ansatz erstickt ist. Schon die DDR hatte letztlich nur acht Jahre nach Kriegsende und Vertreibung ihren Kotau vollzogen und mit der Friedensfahrt quasi die erste Integrationsveranstaltung für



Steht wieder Spalier für die Ukraine: Bürgermeister Rafał Gronicz auf der Görlitzer Altstadtbrücke

Foto: Scholtz-Knobloch

die nun polnisch verwalteten deutschen Ostgebiete unter Negierung ihrer Vergangenheit vollzogen. Eine neue Tradition

für ein Land ohne eigene polnische sowie wenig tschechische Tradition im Sudetenland musste her. Als besonderer Höhe-

punkt wird die Teilnahme von Schriftsteller Lothar Quinkenstein angesprochen, der auch Nobelpreisträgerin Olga Tokarczuk ins Deutsche übersetzte. Diese hatte sich zuletzt stets „auf der richtigen Seite stehend“ in Szene gesetzt.

Das Startsignal gibt am 8. September Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer mit dem Chemnitzer Oberbürgermeister Sven Schulze sowie den beiden Görlitzer Stadtoberhäuptern Octavian Ursu (West) und Rafał Gronicz (Ost). Eine begleitende Unternehmerdelegation reise „im Rahmen einer umweltfreundlichen Aktion in Kooperation mit der Erzgebirgsbahn mit einem Sonderzug nach Görlitz an“. Deindustrialisierung hin oder her – auch aus der Wirtschaft finden sich immer noch Vertreter, die sich ankuhseln und gute Miene zu bösem Wirtschaftsspiel machen.

Mit dem Zielort Kulturhauptstadt Chemnitz ist die wohl wichtigste durchsichtige PR-Aufgabe angesprochen. Die Stadt, der nach den Ausschreitungen von 2018 medial der rechtsradikale „Dumme-Ossi-Stempel“ aufgedrückt wurde, muss nun mit mutmaßlich „wokem“ Gegenprogramm die traurige Rolle spielen, sich geläutert zu sehen. Till Scholtz-Knobloch

SCHWIMMENDES DENKMAL

Seit 90 Jahren unter Dampf

Bei den Hamburger Cruise Days im Einsatz – Der Dampfeisbrecher „Stettin“ schrieb Geschichte

VON BRIGITTE STRAMM

Die Cruise Days in Hamburg, der Hamburger Hafen – das „Tor zur Welt“, ist vom 8. bis 10. September das Ziel von acht Kreuzfahrtschiffen. Die uns bekannte „MS Sans Souci“, die oft in pommerschen Gewässern unterwegs ist, ist auch dabei. Es ist ein Ereignis, das viele Interessierte und Schaulustige anziehen wird. Noch bis zum 10. September wird übrigens ein einzigartiges Lichtkunstwerk geboten, das den Hamburger Hafen und die Hafencity in ein spacig-blaues magisches Licht hüllt.

Dem aufmerksamen Besucher des Ereignisses wird mit Sicherheit ein deutlich kleineres, aber sehr kraftvolles Schiff auffallen. Das ist der Dampfeisbrecher „Stettin“, der gerade sein 90. Jubiläum begeht. Wer mag ahnen, welche interessante Historie dahintersteckt.

Am 3. September begannen die Feiern zum 90. Geburtstag des Dampfeisbrechers „Stettin“. Dafür hat sich das Schiff im Winter einer umfangreichen „Schönheitskur“ unterzogen. So herausgeputzt ist sie dann in die diesjährige Fahrperiode gestartet. Übrigens bereits die 42. als anerkanntes Museumsschiff. Also fast die Hälfte ihres Lebens wurde die „Stettin“ von den Mitgliedern des Vereins für die Nachwelt über Wasser gehalten. Sie ist damit das größte noch mit Hand befeuerte Kohle-Dampfschiff weltweit, und schon daher einen Besuch wert.

Dampfeisbrecher „Stettin“

Spannend ist die Technik, denn obwohl Dieselmotoren in den 1930er-Jahren längst bekannt waren, wurde die „Stettin“ bewusst noch mit einer kohlebefeuernden Dampfmaschine ausgestattet. Auf diese Weise war es möglich, das Schiff innerhalb von nur drei Sekunden von Vorwärts- auf Rückwärtsfahrt umzusteuern, was eine bessere Manövrierfähigkeit gewährleistet. Das ist wichtig, um im Eis feststehende Schiffe freizubringen.

Als erstes deutsches Schiff wurde die „Stettin“ außerdem mit einem sogenannten Runeberg-Steven ausgestattet. Statt sich mit dem Rumpf auf das Eis zu schieben und es so nur durch das Gewicht zu zerdrücken wie bei den früher gebauten



Ein Kraftpaket ist unterwegs: Angetrieben von einer Dreifach-Expansions-Kolbendampfmaschine mit 2200 PS

Eisbrechern mit Löffelbug, zerteilt der Runeberg-Steven das Eis mit einer Schneidspante, sodass es seitwärts abbricht.

Das Schiff ist 1933 bei den Stettiner Oderwerken vom Stapel gelaufen und in Dienst gestellt worden, um Oder und Oderhaff für die Schifffahrt eisfrei zu halten. In Pommerns Hauptstadt Stettin betrieb die Industrie- und Handelskammer eine eigene Eisbrecherverwaltung, zu der insgesamt fünf Schiffe gehörten: die „Preussen“, „Pommern“, „Berlin“, „Swinemünde“ und die „Stettin“. Damals gebaut von den Oderwerken, wurde die „Stettin“ am 16. November 1933 als bis dahin größter Eisbrecher unter deutscher Flagge in Dienst gestellt. Im strengen Winter 1942 war sie auf der Ostsee zwischen Kiel und Riga eingesetzt.

Als Flüchtlingschiff unterwegs

1945 erfüllte sie noch eine traurige Aufgabe, sie brachte 500 Flüchtlinge, die ihre Heimat verlassen mussten, und dazu die manövrierunfähige „Preussen“ im

Schlepp nach Kiel. Am 11. Mai 1945 traf sie dort ein, die Menschen waren endlich in Sicherheit.

Das Schiff wurde nicht als Kriegsbeute beschlagnahmt, sondern tat seinen Dienst jetzt auf der Elbe, im Nord-Ostsee-Kanal und der Kieler Bucht. Nach der Außerdienststellung drohte die Abwrackung, dieses wurde von dem Landeskonservator von Schleswig-Holstein verhindert, der die „Stettin“ am 31. Juli 1981 zum Kulturdenkmal erklärt hat. Schon im August des Jahres gründete sich der Förderverein, der am 6. Dezember 1982 das Schiff erwarb. Durch diese wunderbare Initiative ist es möglich geworden, die „Stettin“ als kulturhistorisches technisches Denkmal fahrtüchtig zu erhalten. Im Sommer finden Fahrten mit dem schwimmenden Denkmal statt, die den Besucher in eine interessante Technik aus der Vergangenheit hineinschnuppeln lassen.

So ein Jubiläum wirft seine Schatten voraus. Schon im Frühjahr dieses Jahres hatten sich nun einige der ehrenamtlichen Mitglieder mit den Gedanken be-

fasst, wie man den 90. Geburtstag am besten gestalten kann. Herausgekommen ist dabei ein umfangreiches Programm. Am 3. September konnte man das Schiff ausgiebig besichtigen, dazu gab es ein buntes Programm.

Die Jubiläumsfahrt findet dann im Rahmen der Hamburger Cruise Days am 10. September von 13 bis 16 Uhr statt, wobei natürlich auch an den anderen Tagen anlässlich der Cruise Days die beliebten Hafen/Elbefahrten stattfinden. Die Erhaltung der „Stettin“ erfolgt ausschließlich durch die Arbeit der ehrenamtlichen Mitglieder sowie durch Spenden.

Nach einer Kollision im Jahr 2017 darf das Schiff, dessen Rumpf mit 91.000 Nieten zusammengehalten wird, jedoch nur maximal drei Seemeilen von der Küste entfernt fahren. Wir gratulieren und wünschen der „Stettin“ stets eine gute Fahrt und immer eine Handbreit Wasser unter dem Kiel – den Vereinsmitgliedern einen nie versiegenden Enthusiasmus.

• www.dampf-eisbrecher-Stettin.de

MITTELALTERLICHE MUSIK

Älteste Musikwerke aus dem pommerschen Raum

Minnelieder Wizlaws III. – In Jenaer Liederhandschrift überliefert, in der Philharmonie in Stettin präsentiert

Wizlaw III. von Rügen lebte von 1265 bis 1325. Er war der letzte slawische Fürst von Rügen. Doch heute wollen wir uns nicht dem Landesherrn widmen mit den damals schwierigen Verhältnissen – zum Beispiel fällt der Rügensch Erbfolgekrieg in diese Zeit –, sondern der Musik. Von ihm stammen Minnelieder und Sprüche.

Wizlaw hinterließ uns 14 Lieder und 13 Sprüche, die als Nachtrag in der Jenaer Liederhandschrift auf den Blättern 72vb – 80vb enthalten sind. Dazu liest man: „Sein Werk ist erstaunlich vielseitig, Sangsprüche zu moralischen Fragen, Minnelieder im Sinne der alten Meister, geistliche Gesänge, ein Rätsel, ein Tagelied, ein Lobspruch und immer wieder auch deutliche erotische Anspielungen. Auch musikalisch ist Wizlaw sehr experimentierfreudig: Man findet hochkomplexe melismatische Melodien genauso wie zupa-

ckende Gassenhauer, eine Komposition in reiner Pentatonik und sogar orientalische Anklänge. Sein bekanntestes Lied ist das Herbstlied ‚Loibere risen‘, das sich auch heute noch im Repertoire vieler Mittelaltergruppen findet und sogar von Angelo Branduardi interpretiert wurde.“

In der Jenaer Liederhandschrift sind jedoch nicht alle seine Werke enthalten, da nachweislich drei Blätter verloren gegangen sind. Die Zuordnung eines Autorennamens zu den Texten konnte nur erfolgen, da ein Wizlaw sich in drei verschiedenen Liedern selbst nennt. Drei der Lieder sind infolge der abhandengekommenen Seiten nur unvollständig erhalten. Sämtliche Minnelieder und Sprüche enthalten auch die Melodien in Quadratnotation, mehrere Sprüche werden, wie bei Sangspruchdichtern üblich, „im selben Ton“ gesungen.



Aus der Jenaer Liederhandschrift

In der Villa Lenz in Stettin kann man diese Musik erleben. Dort können Besucher in die faszinierende Welt des pommerschen Erbes eintauchen, um die ältesten überlieferten Musikwerke aus dieser Region zu erkunden. Der Komponist und Arrangeur Jakob Kraszewski und der Musikprofessor Pawel Pieńkowski haben sich der Melodien und Texte des Wizlaw angenommen. Sie schufen neue Bearbeitungen der Lieder, allerdings in polnischer Sprache, begleitet von einer außergewöhnlichen Orchesterbesetzung.

Die Veranstaltung findet am 8. September in der Philharmonie in in der Philharmonie Stettin statt. Auf YouTube findet man außerdem 17 verschiedene sehr ungewöhnlich anzuhörende Lieder des Wizlaw.

B. Stramm

• www.wizlaw.de

• MELDUNGEN

Gotteshaus, Seeadler und Tag der Heimat

Stettin – Noch bis 30. September lädt die Villa von August Lenz zur Sonderausstellung „Villa Lenz, Geschichte neu geschrieben“ und zu „Stütz-Mensch I Raum“ von dem Fotografen Timm Stütz (AFIAP) ein. Individuelle Besichtigungen sind vom 13. bis 16. sowie am 21., 22. und 29. September um 14 Uhr möglich. TS

Klempenow – Das 1690 errichtete Gotteshaus hatte ein Problem: Der Baugrund war instabil und sackte ab. Nachdem Mikropfähle von acht bis zehn Metern Länge diesen stabilisierten, muss nun das schiefe Fachwerk wieder gerichtet werden. Der erste Gottesdienst soll am 10. Oktober um 10 Uhr stattfinden. TS

Swinemünde – Wie in der vergangenen Woche bekannt wurde, haben in den zurückliegenden zwei Monaten bereits eine Million Fahrzeuge den neuen Swine-Tunnel genutzt. Täglich durchfahren den zirka 1,5 Kilometer langen Tunnel, der die pommerschen Inseln Usedom und Wollin verbindet, damit etwa bis zu 16.000 Autos. TS

Belgard – In den Wäldern der Oberförsterei Belgard haben sich Seeadler angesiedelt. Wie Hubert Kornacki von der Forstwache annimmt, könnte das mit den im Umfeld befindlichen Flüssen und Seen zusammenhängen, da sich die Vögel von Fischen ernähren. Zu Nestern sind etwa 200 Meter Abstand zu halten. TS

Rummelsburg – Das Erntedankfest des Bezirkes Bütow fand in diesem Jahr in Rummelsburg statt: Die Feierlichkeiten begannen am Sonntag, 3. September, um 15 Uhr mit der Übergabe des Erntedankbrotens. In Vor- und Hinterpommern gilt die diesjährige Ernte als schwierig: erst viel Sonne, dann heftige Regenfälle. TS

Wolgast – Bis zum 21. Oktober ist die Ausstellung „Zwei Künstler – eine Heimat“ im Wolgaster Rungehaus noch zu sehen. Gezeigt werden originale Zeichnungen und Radierungen der Künstler Bruno Müller-Linow und Paul Holz. Sie stammen aus dem Pasewaler Museum. Die Ausstellung wurde von Anke Holstein konzipiert. TS

Berlin – Anlässlich des „Tags der Heimat“ des BdV am 25. und 26. August, der unter dem Motto: „Krieg und Vertreibung – Geißeln der Menschheit“ stattfand, erfolgte traditionsgemäß die Kranzniederlegung der Landsmannschaften, Bundesländer und weiterer Institutionen am zentralen Mahmal der Deutschen Vertriebenen auf dem Theodor-Heuss-Platz mit der Ewigen Flamme. BS



Der Kranz der Pommerschen Landsmannschaft Foto: Stramm

„Ideologie, Ignoranz, Inkompetenz“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben



„Ein geradezu ausgezeichnete Artikel. Nicht nur klug, sondern auch weise. Phänomenal.“

Axel Schröder, Pärnäs/Finland
zum Thema: Die stillen Reserven im eigenen Land (Nr. 10)



Ausgabe Nr. 34

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

COURAGIERTE PUBLIZISTEN
ZU: „DIESES LAND HAT SICH VON DER REALITÄT VERABSCHIEDET“ (NR. 34)

Schon die Überschrift sagt zutreffenderweise alles aus, was hierzulande momentan schief läuft. Couragierte Publizisten wie Henryk M. Broder und Reinhard Mohr, welche heute politische und gesellschaftliche Absurditäten aufs Korn nehmen, werden von den Mainstream-Medien zunehmend nach „rechts“ geschoben und gescholten.

Galt Kritik am Herrschaftsgeist noch vor 30 Jahren als „links“, so sind es heute die „Revoluzzer“ von gestern, die jede Kritik an ihrem Politikstil ablehnen und sogar fürchten. Die Satire im „Staatsfunk“ ist (leider) zu einem Sprachrohr des „grünen“ Zeitgeists geworden, um oppositionelle und konservative Standpunkte als lächerlich darzustellen. Broder und Mohr aber sind immun gegenüber dem Konformismus der Neuzeit. Sie prangern die Zustände und Verantwortlichen an, und nehmen kein Blatt vor den Mund.

Schon lange hat sich die jeweilige Regierung mit kreativen Umdeutungen (Sondervermögen = Schulden) eine gute PR verschafft, wobei auch die Hofberichterstattung der meisten Medien dem beitrug. Anhand einfacher Beispiele wie dieser erreichen Broders und Mohrs Kritik am Zeitgeist auch den einfachen Bürger, ohne dabei jedoch auf das Niveau der Boulevard-Presse sinken zu müssen.

Selbst wenn heute eine „rechte“ Regierung im Amt wäre, so würden diese beiden anecken. Denn diese vertreten keine Partei oder Ideologie, sondern sie sprechen das aus, was der gesellschaftliche und politische Widerspruch ist.

Marcel Jacobs, Berlin

UNWÜRDIGES THEATER
ZUM WOCHENRÜCKBLICK:
IN DER SUHLE (NR. 35)

Wer den Schaden hat, spottet jeder Beschreibung. Das wird sich vielleicht jetzt

Hubert Aiwanger, oft auch Hubschi genannt, denken. Aber das hat er sich selbst zuzuschreiben. Wer auf der braunen Fäkalienspur so ekelhaft ausrutscht wie Hubschi, hat in der Politik nichts mehr zu suchen. Zu dieser Erkenntnis sollte Aiwanger schnellstmöglich kommen und die Bühne der bayerischen Landespolitik verlassen. Es würde der Demokratie nur guttun.

Enttäuscht hat aber auch wieder einmal sein Kabinettschef Markus Söder. Der Ministerpräsident und CSU-Vorsitzende war ja erst vor kurzer Zeit selbst durch die Hoffotografenaffäre mit seinen Bildern für rund 180.000 Euro pro Jahr in den Negativschlagzeilen.

Und was passiert jetzt? Söder windet sich fast noch mehr als Hubschi. Er versucht wortreich und mit viel Aktionismus über die nahenden Landtagswahlen zu kommen, um seine Wahlchancen nicht zu schmälern. Das ist zwar typisch für wandlungsfähige Politiker mit einer großen schauspielerischen Fähigkeit zur Selbstdarstellung, dient aber nur dem eigenen Machterhalt und nicht der Sache. So war auch der Fragenkatalog an Aiwanger nur eine Lachnummer. Die konnte Hubschi in Ruhe mit den besten Juristen beantworten und so sicherstellen, dass dabei garantiert nichts herauskam.

Fazit: Stoppt diese weiß-blaue Flugblattshow, die nur einen bösen Schatten auf Bayern wirft! Dieses unwürdige Aiwanger-Theater haben die Menschen nicht verdient. *Claus Reis, Schwabach*

SCHÄDLICHE SPRACHREFORM
ZU: „EIN VIERTELJAHRHUNDERT RECHTSCHREIBUNG GEGEN DAS VOLK“ (NR. 30)

Ergänzend zu Thomas Paulwitz' hervorragendem Artikel ist zu erwähnen: Bereits 1997, ein Jahr nach der Einführung der Reform in Rheinland-Pfalz, veröffentlichte Werner H. Veith von der Johannes-Gutenberg-Universität in Mainz eine detaillierte Untersuchung der neuen Regeln unter der Überschrift „Das wahre Gesicht der Reform“.

Sehr früh war also schon abzusehen, dass die Rechtschreibreform den Sprachbenutzern, wenn keine Rücknahme der Reform erfolgte, großen Schaden zufügen würde. Nicht nur das: Die Rechtschreibreform bereitete der knapp ein Jahrhundert (1901 bis 1996) geltenden leserefreundlichen Einheitlichkeit der Orthographie des deutschen Sprachraums ein jähes Ende.

Am faszinierendsten an der Rechtschreibreform ist aber womöglich folgendes: Wer das erste Jahrzehnt der Rechtschreibreform (1996 bis 2006) in die Zukunft extrapoliert und auf andere Felder der Politik übertragen hat, findet sich in der Bundesrepublik des Jahres 2023 wieder. Das ist das Land der fortgesetzten „Euro-Rettung“, der „Klima-Rettung“, der „Flüchtenden“-Rettung und – nunmehr – der Gender-Sprachpolitik.

Ideologie, Ignoranz, Inkompetenz, persönliche Vorteilmahme, all das war bereits für die Schreibreform kennzeichnend, heute ist all das allgegenwärtig. Der Hauptunterschied zu dem Jahrzehnt von 1996 bis 2006 besteht darin, dass heute die Politik Züge eines säkularen Messianismus aufweist, bei dem die Hohen Priester des heutigen Religionsersatzes zu manichäisch aufgeladenen Dogmen und Tabus greifen, um ihre Ziele durchzusetzen. Das war beim Durchdrücken der Rechtschreibreform eher nur in Ansätzen der Fall.

Otto Frhr. Hiller v. Gaertringen, Bitburg

EIN EXPERIMENTIERFELD
ZU: „EIN VIERTELJAHRHUNDERT RECHTSCHREIBUNG GEGEN DAS VOLK“ (NR. 30)

Im März 1998 waren für Beratung und Beschlussfassung über die künftige Rechtschreibung im Bundestag 30 Minuten vorgesehen. Von 672 Abgeordneten waren nur etwa an die 50 anwesend. Man darf daraus schließen, dass den allermeisten Volksvertretern das Kulturgut „Deutsche Sprache“ im Grunde „wurscht“ war, wie wir in Bayern sagen.

Von der gleichen Wurschtigkeit zeugt eine Begebenheit, die der Dichter Reiner Kunze in seiner Denkschrift „Die Aura der Wörter“ berichtet: „Ein Ministerpräsident, den ich nach seiner Meinung über die Rechtschreibreform fragte, sagte mit sympathischer Offenheit: ‚Herr Kunze, ich habe keine Ahnung, worum es da geht‘ ... Wenige Tage später ließ unser Gesprächspartner vor den Mikrofonen der Ministerpräsidentenkonferenz keinen Zweifel daran, dass die von den Kultusministern beschlossene Rechtschreibreform allen Einwänden standhalte.“

Weiter zitiert Kunze aus einer Rede vor dem Bundestag: „Nicht um die Neuregelung der Rechtschreibung geht es in Wahrheit. Es geht um die Frage, ob diese Gesellschaft veränderungsfähig und veränderungswillig ist ... Was soll erst geschehen, wenn es wirklich ernst wird mit Veränderungen in Deutschland?“

Auf den ersten Blick könnte man glauben, diese Sätze stammten von der grünen Veränderungspostulant Katrin Göring-Eckardt. Irrtum! Sie stammen von Hans Joachim Meyer, seinerzeit CDU-Kultusminister in Sachsen. Er ließ damit die schwarze Katze aus dem Sack und erweckt so den Verdacht, dass die Rechtschreibreform auch als Experimentierfeld für spätere Ziele und Maßnahmen gedacht war.

Edelbert Breu, Sulzbach-Rosenberg

WAS BISMARCK GETAN HÄTTE
ZU: WIE HÄLTST DU'S MIT DEN BÜNDNISSEN? (PAZ-ONLINE 27.7.)

Wenn der AFD-Ehrenvorsitzende Alexander Gauland gesagt hat, Bismarck hätte sich für die NATO ausgesprochen, so kennt er anscheinend Bismarck nicht genügend: Bismarck hat ausdrücklich vor einem Krieg gegen Russland gewarnt und die Nähe zu Russland gesucht.

Gegenwärtig kann ich mir nicht vorstellen, dass die Machtelite der USA einem Austritt der Bundesrepublik aus der NATO oder der Umgestaltung der EU zustimmt. *Paul Emsheimer, Hamburg*

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis von z. Zt. 192 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____

Vorname: _____

Straße/Nr.: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde. Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____

Bank: _____

Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchstraße 4 – 22087 Hamburg

AZ-03-C



Abonnieren Sie die PAZ
und sichern Sie sich Ihre Prämie

40 Euro Prämie



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

GASTRONOMIE

Vergiss den Picknickkorb nicht

Eine Zwickmühle für Tagestouristen – Immer mehr Ausflugslokale machen wegen zu hoher Preise und Personalmangels dicht

VON STEPHANIE SIECKMANN

Immer häufiger stehen Tagestouristen und Urlauber vor verschlossenen Türen, wenn sie einen Ausflug unternehmen und in einem Gasthaus einkehren wollen. Immer mehr Gasthäuser schränken ihre Öffnungszeiten stark ein, öffnen zum Beispiel erst abends. Andere schließen vollständig. Als Grund wird dabei immer häufiger Personalmangel angegeben.

Ein Beispiel ist der Gasthof Victoria in Winnemark an der Schlei. Eine von Urlaubern stark frequentierte Touristenregion in Schleswig-Holstein. Das Gasthaus ist alteingesessen und bekannt. Mit seiner hübschen, weißen Fassade inmitten der Natur ist das Restaurant optisch ein Kleinod. Das Attribut einladend reicht kaum aus, die idyllische Szenerie zu beschreiben. Die Speisekarte hält ein Angebot bereit, das viele Menschen anspricht. Das Preis-Leistungs-Verhältnis ist sehr gut. Das Haus hat eine ideale Lage für Urlauber, die ein Ausflugslokal suchen, bei dem sie einkehren können.

Trotzdem hat Betreiber Stefan Moese entschieden, dass von Montag bis Mittwoch Ruhetag ist, Donnerstag und Freitag öffnet der Betrieb erst um 17,30 Uhr. Der Mittagstisch ist an diesen Tagen gestrichen worden. Sonnabend und Sonntag sind die Türen von 10 bis 14 Uhr geöffnet, danach erst wieder ab 17,30 Uhr. Mehr ist nicht drin. Grund ist auch hier, dass Personal fehlt.

Ein anderes Beispiel: das Gasthaus zum Kiekeberg, eine Institution im Süden von Hamburg. Einst beliebtes Ziel für Wanderer und Besucher des Freilichtmuseums mit der rekonstruierten Siedlung für Vertriebene an der „Königsberger Straße“, hat das Restaurant den Betrieb sogar ganz eingestellt. Die Betreiberfamilie hat umgebaut und bietet jetzt Ferienwohnungen an. Wer über die Veränderung nicht informiert ist und hier eine Pause einlegen möchte, um sich nach einer Wanderung in den Harburger Bergen be-



Solche Gemütlichkeit als Ausflugsziel ist immer seltener zu finden: Gastwirtschaft Wotschofska im Spreewald Foto: imago/Zoonar

ziehungsweise in Rosengarten zu stärken, steht vor verschlossenen Türen.

Das Tragische: Ersatz ist kaum zu finden. Im Gebiet der Harburger Berge haben in den vergangenen Jahren von neun zum Teil großen Ausflugslokale sechs den Betrieb eingestellt. Es gibt lediglich noch drei Anbieter und auch die bieten nur an einigen Tagen in der Woche und nur einige Stunden Speisen und Getränke an. Die Kärntner Hütte etwa öffnet ihre Türen nur sonnabends und sonntags.

36.000 Betriebe weniger seit Corona

Noch drastischer ist die Situation in Thüringen. In den letzten vier Jahren haben dort mehr als 900 Gasthäuser geschlossen. Besonders betroffen sind hier wie auch im Rest der Bundesrepublik kleine

Städte und ländliche Gebiete. Auf einigen Wanderstrecken in Thüringen gibt es inzwischen keine Möglichkeiten mehr einzukehren. Wer hier eine Wanderung plant, ist gut beraten, Vorräte an Speisen und Getränken in einen Rucksack zu packen und mit sich zu tragen. Besonders, wenn eine Tour mit Kindern geplant wird.

Doch auch wenn das Service- und Fachpersonal aktuell immer wieder als Grund für Schließungen und Einschränkungen von Gaststätten angeführt wird – der alleinige Grund für die desolate Situation ist der Mitarbeiter-Mangel nicht. Laut Statistik des Deutschen Hotel- und Gaststättenverbandes Dehoga sollen in den Corona-Jahren 2020 und 2021 rund 36.000 Betriebe ihre Arbeit eingestellt haben. Gasthöfe und Restaurants, welche

die Pandemie-Krise durchgestanden haben, sind 2022 durch die steigenden Preise für Lebensmittel und die höheren Betriebskosten in Mitleidenschaft gezogen worden. Kräftige Preiserhöhungen waren die Folge.

Doch längst nicht jeder Betrieb kann die Preise für Speisen und Getränke so weit erhöhen, wie es aufgrund der gestiegenen Kosten notwendig wäre. Besonders in Kleinstädten, auf dem Land und in strukturschwachen Gebieten können sich die zahlenden Gäste die höheren Preise einfach nicht mehr leisten und bleiben entsprechend aus.

Der Mix aus sinkenden Umsätzen, Preissteigerungen von mehr als 15 Prozent und weniger Personal beschwört eine drastische Entwicklung im Bereich der

Gastronomie herauf. Erst recht, wenn die Mehrwertsteuer wie geplant erhöht wird. Laut einer Dehoga-Umfrage wäre die Schließung von rund 12.000 weiteren Betrieben zu befürchten. So erklärt Dehoga-Präsident Guido Zölllick: „Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zum 1. Januar 2024 wäre eine Katastrophe mit fatalen Folgen für die Betriebe unserer Branche und ihre Beschäftigten, aber auch für die Gäste und die Tourismuswirtschaft in Deutschland.“ Und er fügt hinzu: „Es dürfen nicht noch mehr ‚öffentliche Wohnzimmer‘ verschwinden. Deshalb müssen die sieben Prozent bleiben.“

Aufbackbrötchen mitnehmen

Szenenwechsel: Wer als Urlauber und Tagesgast am Sonntag eine Tour plant und aufgrund von geschlossenen Restaurants und Gaststätten auf Bäckereien setzen möchte, in denen am Morgen Brötchen und Kuchen eingekauft werden können, trifft ebenfalls immer öfter auf verschlossene Türen.

Diese Entwicklung sorgt in diesem Sommer unter anderem auf Deutschlands Nordsee-Liebblingsinsel Nummer eins für schlechte Stimmung bei den Gästen. Wer auf Sylt Urlaub macht und kein Hotelzimmer mit Frühstück, sondern ein Appartement mit Selbstverpflegung gebucht hat, sollte beim Einkauf daran denken, Aufbackbrötchen mitzunehmen. So mancher Bäcker auf der Insel hat in diesem Jahr am Sonntag geschlossen.

Dort, wo sonst morgens eine lange Schlange an hungrigen Urlaubern zu sehen war, ist nun gähnende Leere. Der Grund lautet auch hier: Das Personal ist knapp. Wer noch Mitarbeiter hat, muss diese bei Laune halten. Das bedeutet: Es wird nicht sieben Tage in der Woche durchgearbeitet. Ein freier Tag in der Woche muss sein.

Der Umkehrschluss lautet: Picknick-Körbe und Rucksäcke werden wieder in Mode kommen. Und wer diese auch noch gefüllt anbietet, kann darauf hoffen, in der Zukunft gut gebucht zu sein.

SPRACHE

Die „Mutter“ wird einfach abgeschafft

Auf dem Weg zur Unverständlichkeit – Oxfam erweitert die Gendersprache mit einer Anleitung zur inklusiven Sprache für Mitarbeiter

Oxfam ist eine weltweit anerkannte Nothilfe- und Entwicklungsorganisation, die hohes Ansehen genießt und Gehör findet, wenn es um Themen wie Armutsbekämpfung, fairen Handel oder Katastrophenhilfe geht. Gegründet wurde das Oxford Committee for Famine Relief (Oxforder Komitee zur Linderung von Hungersnot) während des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1942, um Nothilfe in Griechenland während der deutschen Besatzungszeit zu leisten.

Seit den 1950er Jahren widmet sich die Wohltätigkeitsorganisation vor allem der Armutsbekämpfung in ehemaligen britischen Kolonien und anderen armen Ländern. Heute hat der internationale Verbund Oxfam mit 21 Mitgliedsorganisationen seine Hauptgeschäftsstelle in Kenias Hauptstadt Nairobi. Zu den erklärten Zielen von Oxfam gehört seit Jahrzehnten die Geschlechtergerechtigkeit, für viele Aktivisten zweifellos ein berechtigtes Anliegen. Mit diesem Anspruch und im Zuge der „Gender policy“ setzt sich die Hilfsorganisation heute laut Selbstauskunft „auf politischer Ebene gemeinsam mit lokalen Partnerorganisationen für die

Stärkung der Frauenrechte, Rechte von LGBTQIA+-Personen und Sexarbeiter*innen weltweit ein“.

Oxfams Eintreten für die Rechte von Minderheiten führte jüngst zu Anweisungen an seine Mitarbeiter für eine „inklusive Sprache“, um bei der Kommunikation mit den Menschen vor Ort durch bewusst

eingesetzte Wortwahl die Rechte und Gefühle von Minderheiten zu berücksichtigen, insbesondere, wie es heißt, da diese Personen sich oftmals durch ihr äußeres Erscheinungsbild oder Verhalten nicht zu erkennen geben.

Eine 92-seitige Broschüre mit dem Titel „Inclusive Language Guide“ (Anlei-

tung zur inklusiven Sprache) enthält neue sprachliche Regularien für die weltweit 5000 fest angestellten und 18.000 ehrenamtlichen Mitarbeiter. Die nur für den internen Gebrauch bestimmte Publikation wurde der BBC zugespielt und war kurzzeitig auf deren Internetseite einsehbar. Den Mitarbeitern von Oxfam wird darin unter anderem nahegelegt, im persönlichen Gespräch das Wort „Mutter“ möglichst nicht mehr zu verwenden, da Transgender-Eltern oft ein abweichendes Verständnis von dem damit verbundenen Rollenbild hätten. „Mutter“ soll daher möglichst durch das Wort „Elternteil“ ersetzt werden.

Angesichts der ursprünglichen Absicht, Frauen beziehungsweise das weibliche Geschlecht in der Alltagssprache explizit zu berücksichtigen, erscheint es umso widersinniger, dass nun beispielsweise auch die Organisation Pro Choice ausgerechnet die Worte „Frau“ und „Mutter“ aus ihren Veröffentlichungen eliminiert. „Frau“ schließe nämlich Menschen aus, die sich als Frau fühlen, aber im Körper eines Mannes leben, und ebenso Nichtbinäre, die sich keinem Geschlecht

zuordnen. Aus Frauen und Müttern wurden somit „birthing people“ oder „pregnant people“ und so weiter.

Kaum vorstellbar, dass kürzlich auch die Schweizer Ethikkommission vorgeschlagen hat, das Wort „Mutter“ in den Gesetzestexten sprachlich zu neutralisieren und durch die Formulierung „Person, die das Kind geboren hat“ zu ersetzen. Wem dient eigentlich eine derart sterilisierte Gender-Sprache, die paradoxerweise ausgerechnet das Geschlecht (Gender) der Menschen herausfiltert und durch gestellte Formulierungen ersetzt – dient sie noch Menschen oder nicht vielmehr einer Ideologie, die wie der Geist aus der Flasche ihr ureigenes Zerstörungswerk vollbringt?

Die Rechtfertigung der sprachlichen Sittenwächter für ihre sprudelnden Ideen lautet: Sprache schafft Wirklichkeit. Dann kann man nur noch hoffen, dass diese kranken Ersatzbezeichnungen für die eine Hälfte der Menschheit möglichst geringe Auswirkungen durch permanente Beeinflussung gerade jüngerer Menschen haben, bis hin zu medizinischen Eingriffen.

Dagmar Jestrzemski



Drinnen wird „gerecht“ gegendert: Oxfam-Filiale in Berlin Foto: imago/Reiner Zensen

● FÜR SIE GELESEN

Liebe in der Semperoper

Die Bürger Dresdens sind Anfang des Jahres 1841 hocheifrig. Endlich kann das neue Gebäude der Semperoper eingeweiht werden. Unter den Begeisterten befindet sich auch Elise Spielmann, die vorzüglich Violine spielt. Unterrichtet hat sie kein geringerer als ihr Vater, ein talentierter Berufsgeiger mit Ambitionen, in die Königliche Kapelle aufgenommen zu werden.

Leider ziemt es sich für eine junge Dame aus gutem Hause nicht, ein Instrument in die Hand zu nehmen. Ein Auftritt in einem Orchester wäre unvorstellbar. Elise ist sich im Klaren darüber, dass ihre Musikleidenschaft keine Zukunft haben wird, sobald sie den viel älteren Hofkompositeur Adam Jacobi geehelicht hat. Ihre Eltern haben diese Ehe arrangiert, und Jacobis Einfluss könnte dafür sorgen, dass der Vater die angestrebte Stelle in der Königlichen Kapelle bekommt. Jacobis Schwester, eine alte und bissige Jungfer, wird ebenfalls im Haushalt anwesend sein. Elise verdrängt lieber den Gedanken an ihre düstere Zukunft. Beim Besuch der Oper „Freischütz“ lernt sie den mittellosen Kulissenmaler Christian kennen. Er geht ihr nicht aus dem Kopf, und auch er kann nur noch an Elise denken.

Die Historikerin Anne Stern hat mit „Dunkel der Himmel, goldhell die Melodie“ einen Roman für Musikliebhaber und Menschen mit einem Faible für deutsche Geschichte geschrieben. Sie erzählt im Besonderen über die damaligen Geschlechterrollen, die Frauen aufgezwungen wurden. A. Selke



Anne Stern: „Dunkel der Himmel, goldhell die Melodie“, Rowohlt Verlag, Hamburg 2023, Taschenbuch, 379 Seiten, 17 Euro

Positive Denkanstöße

Der farbenfrohe Kalender „Luft nach oben 2024“ lässt sich wegen der kräftigen Aufstellpappe wunderbar auf einen Schreibtisch stellen. Er hat 52 Seiten, also für jede Woche und vor allem für jeden Sonntag ein Blatt, denn er heißt zusätzlich noch „Der Sonntagskalender 2024“. Zwölf Seiten sind als Postkarten auf härterem Papier im Längsformat gestaltet. Die Fotos und Bilder sind fröhlich und aufmunternd. Die Sprüche leicht und locker, aber manchmal auch schwer nachvollziehbar. Doch es sind auf jeden Fall positive Denkanstöße.

Matthias Lemme, Pastor in Hamburg-Ottensen, und Susanne Niemeyer schreiben, wie sie selber glauben: lebensnah und echt. Zusammen mit ausgewählten christlichen Texten und Bibelversen ergeben sich neue Perspektiven. Niemeyer, Jahrgang 1972, ebenfalls aus Hamburg-Ottensen, hat bereits zahlreiche Bücher veröffentlicht und schreibt Geschichten über Gott und die Welt. A.S.



Matthias Lemme/Susanne Niemeyer: „Luft nach oben. Kalender 2024“, edition chrismon, Tischkalender, Spiralbindung, 52 Seiten, 19,90 Euro

Wenn es piept, rauscht und pfeift

Was für die Einen ein Echo oder eine verschlüsselte Botschaft der Götter ist, bedeutet für die meisten Betroffenen einen großen Leidensdruck



FOTO: SHUTTERSTOCK

Unter einem Tinnitus kann die Lebensqualität stark sinken. Der Leitende Oberarzt der Abteilung Hörstörungen in Bad Neuheim möchte mit seinem Ratgeber „Tinnitus“ Betroffenen helfen, wieder Freude am Hören

zu empfinden. Nach einem Vorwort und einer effektiven Atemübung beschreibt er, was ein Tinnitus ist und was nicht, wie diese Ohrgeräusche behandelt werden können und was man für sich selbst tun kann. CRS



Marco Weller: „Tinnitus. Das Selbsthilfeprogramm bei quälenden Ohrgeräuschen“, Humboldt, Hannover 2022, gebunden, 145 Seiten, 20 Euro

LITERATUR

Der Deutschen Rückzug ins Private

Der Germanist Günter Scholdt betrachtet systemkritische belletristische Werke der Zeit des Nationalsozialismus und stellt Vergleiche an

VON WOLFGANG KAUFMANN

Immer, wenn die gesellschaftlichen Verhältnisse unerträglich werden, flüchten sich die Deutschen ins Private beziehungsweise in die Innere Emigration. So während der Restauration nach den Napoleonischen Kriegen, im Dritten Reich, zur Zeit des „real-existierenden Sozialismus“ in der DDR sowie ab 2015 auch in der Bundesrepublik. Typisch für diese Phasen war und ist die Entstehung spezifischer Kunstformen. Eine davon behandelt das Buch „Schlaglichter auf die ‚Innere Emigration‘“ von Günter Scholdt. Darin analysiert der Germanist und Literaturhistoriker die nichtnationalsozialistische Belletristik in Deutschland während der Jahre von 1933 bis 1945, für die Autoren wie Erich Kästner, Hans Fallada und Ricarda Huch standen.

Laut Scholdt wurden trotz der prekären Bedingungen der Inneren Emigration Meisterwerke voller Lebendigkeit und Vielfalt geschaffen. Allerdings seien diese Kulturleistungen nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes weitgehend in Vergessenheit geraten, was die Frage aufwerfe, ob es sich hier schon „um eine gezielte kulturhygienische Entsorgung“ und somit eine Frühform von „Cancel Culture“ gehandelt habe. Auf jeden Fall verwendet Scholdt viel Mühe darauf, die Bandbreite des Schaffens der Vertreter der Inneren Emigration und der kulturellen Verluste seit 1933 beziehungsweise 1945 sowie den „heute weithin unterschätzten widerständigen Mut“ der Autoren zu würdigen.

Dabei wählte er folgende konkrete Vorgehensweise: Einer Präsentation der Schlüsselwerke der Inneren Emigration auf den Gebieten der subversiven Epik, historischen Erzählung, Dramatik und Lyrik sowie der Essays und Tagebücher folgen Ausführungen über das Hervorbringen humoristischer Texte unter der Fuchtel der nationalsozialistischen Diktatur, deren Bandbreite vom heiter leichten Trost über den schwarzen Humor bis hin zur bitterbösen Groteske reichte. Danach geht es um Stile, Trends und Genres, die vor dem Hintergrund des permanent drohenden Vorwurfs, „entartete Kunst“ zu produzieren, entwickelt wurden.

Das Buch endet mit dem Abdruck eines trotzigsten Briefes von August Scholtis an die Herausgeber zweier regimetreuer Literaturzeitschriften, deren Rezensionen dem Autor mangelndes „Blut- und Rassebewusstsein“ attestierten. Darin hieß es unter anderem: „Die Nation wird ein stilles Lächeln haben für diese skandalösen Zustände“, und die Kritiker mögen sich doch bitte ihre „Finger in den Arsch stecken“.



Günter Scholdt: „Schlaglichter auf die ‚Innere Emigration‘. Nichtnationalsozialistische Belletristik in Deutschland 1933–1945“, Lepanto Verlag, Rückersdorf 2022, broschiert, 474 Seiten, 29,50 Euro

ZEITGESCHICHTE

Hitler in den Augen einer Amerikanerin

Vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten traf die Journalistin Dorothy Thompson im Jahr 1932 den künftigen Diktator in Berlin

VON MANUELA ROSENTHAL-KAPPI

Ein Jahr vor der Machtergreifung der Nationalsozialisten traf die US-amerikanische Star-Reporterin Dorothy Thompson Adolf Hitler im Hotel Kaiserhof in Berlin. Auf diese Möglichkeit hatte sie sieben Jahre lang warten müssen, da er Ausländern, zumal ausländischen Journalisten, zutiefst misstraute. „I saw Hitler!“ lautete der Titel ihres Interviews, das 1932 erstmals in „Hearst’s International – Cosmopolitan“ erschienen ist.

Thompson war vor dem Gespräch überzeugt, dass sie den künftigen Diktator Deutschlands treffen würde, doch „keine 50 Sekunden später war ich mir ziemlich sicher, dass dies nicht der Fall war. So lange dauerte es etwa, um die verblüffende Bedeutungslosigkeit dieses Mannes zu ermessen, der die Welt in Atem hielt.“ Das Interview verlief ziemlich schwierig, da Hitler so sprach, als wende er sich an die Massen. Er erschien der Journalistin gesichtslos, seine Miene gleich einer Karikatur. Er war redselig und wirkte unsicher auf sie. Dennoch entdeckte sie einen gewissen Charme. Sie sah in ihm einen Schauspieler, der sich nach Belieben verändern konnte, um „einschlägige Gefühle auszudrücken“.

Thompson versucht in ihrem Bericht, die Psychologie des Faschismus zu umreißen. Sie analysiert die Propaganda Hitlers, der es versteht, die Minderwertigkeitsgefühle des kleinen Mannes zu nutzen. Eine Mitschuld für den Aufstieg Hit-

lers gibt sie den Alliierten, „weil sie Deutschland ... einen törichten, unmenschlichen und nicht umsetzbaren Frieden aufzwingen, den keine Nation mit Selbstachtung auf dieser Welt länger hinnehmen würde, als es Zeit und Kraft braucht, ihn zu brechen“.

Als Thompson 1934 ein letztes Mal in Deutschland war, wurde sie als erste ausländische Journalistin ausgewiesen. Ihre Analyse hatte man ihr nicht verziehen. „Es ist beschämend und aufreizend, dass so dumme Frauenzimmer, deren Gehirn nur aus Stroh bestehen kann, das Recht haben, gegen eine geschichtliche Größe wie den Führer überhaupt das Wort zu ergreifen“, wütete Joseph Goebbels.

Die vorliegende deutsche Ausgabe von „I saw Hitler!“ wurde auf 130 Seiten erweitert und überarbeitet. Sie enthält zahlreiche Abbildungen, die in dieser Form 1932 bei Farrar & Rinehart in New York verlegt wurden. Sehr lesenswert ist auch das umfangreiche Nachwort des Herausgebers Oliver Lubrich, Professor an der Universität Bern. Darin beschreibt er unter anderem, wie Thompson für ihre Fehleinschätzung Hitlers zu Hause kritisiert wurde.



Dorothy Thompson: „Ich traf Hitler!“, DVB Verlag, Wien 2023, gebunden, 267 Seiten, 26 Euro

BERLIN

Ganz ohne ostdeutsche Kultur

Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung präsentierte sich in der Langen Nacht der Museen zeitgeistig

VON RALF LOOCK

Es klang für die Freunde der ostdeutschen Kultur nach einer großartigen Aktion, das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung nahm vergangenen Monat zum zweiten Mal an der langen Nacht der Museen in Berlin teil. 75 Häuser beteiligten sich an der Aktion, eines davon war das Dokumentationszentrum, das in besonderer Weise der ostdeutschen Kultur verpflichtet ist. Mitten in dieser lebendigen, quirligen Metropole würde man auch etwas zur schlesischen und ostpreußischen Kultur erfahren, so die Annahme vieler Vertriebener. So wie viele andere Museen auch, hatte das Dokumentationszentrum ein buntes Programm für die Museumsnacht vorbereitet – neben Lesungen und Führungen würde es auch besondere Speisen und Musik geben. Denn auch Esskultur und Volkslieder sind wichtige, geradezu zentrale Bestandteile der gelebten Volkskultur. Was würde die Besucher also an diesem Abend wohl im Dokumentationszentrum erwarten – vielleicht sudetendeutsche Blasmusik aus Böhmen, vielleicht ein pommerscher Fischerchor, vielleicht eine ostpreußische Singegemeinschaft, die „Ännchen von Tharau“ anstimmt? Und welche leckeren Speisen wird es wohl geben – vielleicht Stullen mit ostpreußischer Leberwurst, vielleicht pommersche Lungwurst, vielleicht „Porumbei cu mere și merișoare“ (Tauben mit Äpfeln und Preiselbeeren), eine Spezialität der Banater Schwaben?

Um 18 Uhr begann in allen Häusern die lange Nacht, auch beim Dokumentationszentrum in der Stresemannstraße erschienen die ersten Besucher. Zu den ersten Attraktionen des Abends gehört eine gemeinsame Lesung der beiden Autoren Andreas Kossert und Karolina Kuszyk, die beiden lasen aus einem Werk einer ukrainischen Schriftstellerin. Dabei war dies nur der erste Streich, im Rahmen der langen Nacht traten Kossert und Kuszyk insgesamt drei Mal auf; und jedes Mal präsentierten sie eine andere ukrainische Autorin. Da fragten sich einige Zuhörer leise, warum man denn nicht eine dieser Lesungen den Gebrüdern Hauptmann und ihrer niederschlesischen Heimat gewidmet hat? Oder warum man denn nicht in einer dieser Präsentationen den schlesischen Dramatiker und Barock-Dichter Andreas Gryphius vorgestellt hat? Eine solche lange Nacht ist doch auch eine tolle Gelegenheit an die vielen, zumeist unwissenden Besucher ein paar Fakten über ostdeutsche Literaten zu vermitteln. Unstrittig ist die Ukraine ein aktuelles Thema, aber ist das Land auch ein Kerngebiet der ostdeutschen Siedlungsgeschichte? Kossert ist ein bekannter Kenner der Geschichte Ostmitteleuropas, 2020 erschien sein Buch „Flucht. Eine Menschheitsgeschichte“ – ein Werk, das etlichen Vertriebenen so gar nicht gefallen hat.

Keine ostdeutsche Literatur

Die polnische Autorin Kuszyk, die in Berlin lebt und arbeitet, ist bekannt geworden durch ihre Studie „In den Häusern der anderen. Spuren deutscher Vergangenheit in Westpolen“, die seit 2020 auch in deutscher Übersetzung vorliegt und die sich inzwischen zu einem echten Bestseller entwickelt hat. Dabei ist ihre Haltung nicht unproblematisch, denn bei Lesungen hat sie gelegentlich ausgeführt, dass sie ihren Großeltern, die eben die Häuser der deutschen Familien „übernommen“ haben, keinen Vorwurf machen möchte. Die Vertreibung, die Übernahme fremder Häuser sind also kein moralisches Thema?



Erinnerte in der „Langen Nacht der Museen“ kaum an die deutschen Vertreibungsoffer: Das Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung in Berlin

Fotos (2): Loock

So schlenderten viele Zuhörer nach dieser ersten Lesung zu den Musikern – in der Hoffnung, dass beispielsweise der Eichendorf-Chor aus Ratibor in Oberschlesien einige erbauliche Volks- und Kirchenlieder anstimmen würde. Doch dieser trat nicht auf, er war überhaupt nicht eingeladen worden, auch keine vergleichbare Singegemeinschaft aus Pommern, Posen oder West- und Ostpreußen. Dafür waren jede Menge andere „Geflüchtete“ zu hören, die sich und ihre Musik präsentierten. Beispielsweise Rabon Aibo aus Afrin in Syrien. Er ist ein in Berlin lebender Künstler, der sich auf Sound, Visuals und Installationen konzentriert. Oder beispielsweise Nikita A. Trachtenberg Zuhkovskiy, nach der Einführung des Homosexuellengesetzes 2013 verließ er Moskau. Jetzt lebt er in Berlin als Medienkünstler und durfte sich im Dokzentrum an diesem Abend produzieren.

Keine ostdeutsche Musik

Verwirrt und enttäuscht ließen jene Besucher, die immer noch auf der Suche nach dem ostdeutschen Kulturteil waren, von dem Musik-Bereich ab und wollten sich der Ess-Kultur zuwenden. Wo gab es denn jetzt einen Teller Kartoffeln mit Königsberger Kloppen oder eine niederschlesische Rohwurst? Es gab überhaupt keine ostdeutschen Speisen. Dafür bot das syrische Restaurant „Kreuzberger Himmel“ an einem Stand orientalische Spezialitäten an. „Geflüchtete Menschen aus verschiedenen Ländern arbeiten hier und präsentieren köstliche Spezialitäten wie veganes Kibbeh, Linsenkebab und Sambousak“, heißt es in der Ankündigung des Dok-Zentrums. „Interkulturelle Gaumenfreuden“, so der Veranstalter, für die nächtlichen Wanderer.

„Meet the Director“

Also gingen die Freunde der ostdeutschen Lebensart ohne einen Bissen einer niederschlesischen Weißwurst direkt zu einem der nächsten Höhepunkte: „Meet the Director“ – eine Führung durch die Ständige Ausstellung mit Gundula Bavendamm. Seit dem 1. April 2016 ist sie Direktorin der Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Jetzt erfuhren die rund 40 Teilnehmer des Rundgangs etwas zum Kern des Anliegens, zur eigentlichen Bedeutung des Hauses. Für viele war dies offenbar Neuland, stumm und ohne weitere Fragen verfolgten die Zuhörer ihre Ausführungen.

Bemerkenswert war jene Stelle, an der sie die Vertreibungen als eine direkte Folge der NS-Kriegs- und Vernichtungspoli-

tik darstellte. Denn aus den Reihen der Zuhörer wurde daran erinnert, dass beispielsweise in den Provinzen Posen und Westpreußen sowie in Oberschlesien die deutschen Volksgruppen so stark vom wiedergegründeten Polen attackiert wurden, dass es eine starke Abwanderung bereits 1919/1921 gegeben hatte – also lange vor der NS-Politik. Manfred Kittel, der langjährige Gründungsdirektor der Bundesstiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung hatte ja einmal postuliert, dass man das Thema Vertreibung nicht auf die Zeitspanne 1939 bis 1945 begrenzen dürfe, sondern mit den von Polen organisierten Vertreibungen 1918/1921 beginnen müsse.

Der Unmut und der Hass etlicher Polen richtete sich nicht nur gegen die evangelischen Deutschen, sondern auch gegen die jüdischen Familien. So wurden in der Provinz Posen 1918/1921 Vertreter der evangelischen und der jüdischen Gemeinde von den polnischen Aufständischen verhaftet und in einem Kranz von rund 24 Konzentrationslagern interniert.

Dazu sagte Bavendamm während der Führung, dass der Einwurf von Kittel sicher zutreffend sei; denn Zwangsmigrationen seien „schon lange vor dem Zweiten Weltkrieg ein allgemein akzeptiertes Mittel nationalstaatlicher Politik“ gewe-

sen. Gesucht worden sei damals, also nach dem Ersten Weltkrieg, „nach dem idealen Nationalstaat, bei dem territoriale Grenzen in Deckung sind mit ethnischen Grenzen“.

Keine Rede von 1918/21

Beachtenswert ist in der Ausstellung jenes Kapitel, in der die Versprechungen der Parteien in den 1950er und 1960er Jahren vorgestellt werden – wie sich CDU/CSU und SPD als die wahren Interessensvertreter der deutschen Heimatvertriebenen präsentierten. Alles Aussagen, von denen heute keine Partei mehr etwas wissen möchte.

Doch es gibt in der Ausstellung etliche Schattenbereiche, es bleiben offene Fragen: So wird zwar darauf verwiesen, dass man in der SBZ/DDR die Oder-Neiße-Linie nicht in Frage stellen durfte – aber entsprechendes gilt ja auch für die drei Westzonen. Es darf ja nicht vergessen werden, dass Vertreibung und Oder-Neiße-Linie auf der Potsdamer Konferenz mit Zustimmung der USA und Großbritannien beschlossen wurden.

Schonung der Westalliierten

Hier erhoffen sich viele Besucher präzisere Informationen durch den angekündigten Ausstellungskatalog. Nach jahrelangen Arbeiten soll dieser nun im nächsten Frühjahr druckreif vorliegen, kündigte Bavendamm an. Und angesprochen auf das Fehlen von ostdeutscher Musik und Speisen sagte sie zu, dass man diesen Wunsch gerne im nächsten Jahr mit aufgreifen könne.

So endete für die Freunde der pommerschen, ostpreußischen, schlesischen und sudetendeutschen Kultur ihr Ausflug zur Langen Museumsnacht im Dokumentationszentrum Flucht, Vertreibung, Versöhnung. Tief enttäuscht kehrten sie heim, kein einziges ostdeutsches Lied war erklingen, kein ostdeutscher Schriftsteller wurde vorgestellt, keine einzige ostdeutsche Speise angeboten.

Und es geht so weiter

Dabei war das alles doch mal ganz anders geplant, im Februar 2016 wurde Bavendamm zur neuen Direktorin der Stiftung gewählt. Vor ihrem Amtsantritt beschrieb sie ihr neues Aufgabenfeld: „Für die Stiftungsarbeit ist die Vertreibung der Deutschen nur ein Schwerpunkt, aber in der Dauerausstellung ist sie der Schwerpunkt.“ Aber an diesem Abend war die ostdeutsche Kultur nicht ein Schwerpunkt neben anderen Themen – sie kam schlichtweg in diesem abendlichen Programm nicht vor, wenn man mal von der Dauerausstellung absieht. Dabei muss man staunend festhalten, dass der Publikumsstrom da war; auch um 22 und um 23 Uhr kamen wieder neue Gruppen in das Haus. Doch unklar bleibt, ob diese nächtlichen Wanderer überhaupt verstanden haben, wo sie sich aufhielten. Denn im eigentlichen Nachtprogramm tauchte die ostdeutsche Kultur überhaupt nicht auf.

Und so wurde im Dokumentationszentrum auch schon bei öffentlichen Vorträgen in den vergangenen Monaten verfahren – es ging stets um Flüchtlinge aus aller Herren Länder, aber nicht um Vertriebene aus Danzig und aus dem Sudetenland. Und so steht auch schon die nächste öffentliche Veranstaltung in dem Dokumentationszentrum an, am 13. September will man dort diskutieren. Nein, nicht über die Lage der deutschen Volksgruppe in der Republik Polen im Vorfeld der Sejm-Wahl im Oktober, sondern zum Thema „Beyond Borders. Afghan Resilience in Europe“. Mark Isaacs will mit zwei Geflüchteten aus Afghanistan sprechen.



Symptomatisch: Statt ostdeutscher Speisen gab es orientalische Spezialitäten

● AUFGESCHNAPPT

Während der Corona-Zeit galt Schweden als Gegenentwurf zu den Ländern, die auf strenge Regeln wie Lockdowns setzten. Das US-amerikanische Cato Institute hat nun die Übersterblichkeit während der Pandemie-Jahre 2020 bis 2023 in zahlreichen europäischen Ländern verglichen. Die Schweizer „Weltwoche“ hat die Zahlen veröffentlicht: Danach lag die Übersterblichkeit im europäischen Durchschnitt bei 11,1 Prozent. Deutschland schnitt mit 8,6 Prozent sogar etwas besser ab. Spitzenreiter mit der geringsten Übersterblichkeit in ganz Europa aber wurde – Schweden. Dort starben 4,4 Prozent mehr Menschen, als im langjährigen Vergleich zu erwarten gewesen wäre. Bei allen Zahlen ist zu bedenken, dass es sich beinahe durchweg um sehr alte oder stark vorerkrankte Menschen handelte. Dessen ungeachtet gibt der Vergleich mit Schweden vielleicht einen Hinweis darauf, warum die Verantwortlichen in Deutschland einer gründlichen Untersuchung der Wirksamkeit ihrer Corona-Maßnahmen so reserviert gegenüber stehen. H.H.



● STIMMEN ZUR ZEIT

Zur weiteren kräftigen Erhöhung des Bürgergelds schreibt Jan David Sutthoff auf „nius.de“ (30. August):

„Es sind genau diese toxischen Signale, die nicht nur in Deutschland falsche Begehrlichkeiten wecken, sondern zusätzlich weit über unsere Grenzen hinaus auch die Art der Migration bewirken, die weder vor Landesgrenzen noch vor den Grenzen des Sozialstaats endet. Die Ampel macht Politik für die Arbeitslosen. Sie bestraft die Leistungsträger. Gerechtigkeit wird im Kern verdreht. Wo soll das hinführen?“

Boris Reitschuster wirft in seinem Blog „reitschuster.de“ (31. August) den bürgerlichen Politikern einen grundfalschen Umgang mit linken Attacken vor, wie der Fall Aiwanger wieder beispielhaft zeige:

„Diese Selbstverzweigung und Selbstunterjochung der Bürgerlichen unter die linke Meinungshegemonie wird auch jetzt im Falle Aiwanger wieder deutlich ... Statt in die Offensive zu gehen und die Rufmörder zu attackieren, duckt sich Aiwanger von Anfang an weg. Lässt sich wie ein Schuljunge die 25 Fragen von Söder untertänigst aufzwingen.“

Trevor Neilson, Vorreiter der US-Klimabewegung und Gründer des „Climate Emergency Fund“ (aus dem er ausgestiegen ist), der Klimaaktivisten in aller Welt finanziert, äußert gegenüber der „Welt“ (31. August) Sorge über die Entwicklung der Bewegung:

„Klimaaktivismus darf nicht die Sache von tätowierten Typen mit pinkfarbenen Haaren und Nasenringen sein, die einen Tellerwäscher anschreien, der auf dem Weg zur Arbeit ist ... Hart arbeitende, normale Leute wollen vor allem für ihre Familie sorgen und ein produktiver Teil der Gesellschaft sein. So ist das in den USA, so ist das in Großbritannien und so ist das in Deutschland.“

Der Finanzexperte Folker Hellmeyer stellt Deutschland im Sender ntv (30. August) eine verheerende Diagnose:

„Deutschland steht vor der größten Krise seit 1949, weil es dramatische Standortnachteile in vielen Bereichen gibt. Dabei spielt die Energie eine hervorgehobene Rolle.“

Der Publizist Michael Klonovsky erklärt in seinem Internettagebuch „acta diurna“ (1. September) seine schwierige Position zum Ukrainekrieg:

„Ich will, dass beide verlieren, Nato-Biden samt seiner Marionette im T-Shirt und Putin, nur das ukrainische Volk soll siegen, das russische seinen Frieden finden, und die Grenzregionen mögen sich per Volksabstimmung auf die eine oder andere Seite schlagen.“

● WORT DER WOCHE

„Das Thema Kernkraft ist in Deutschland ein totes Pferd.“

Olaf Scholz, Bundeskanzler von der SPD, hält entgegen der ganzen Welt und ungeachtet der deutschen Energiekrise am Atomausstieg fest, wie er am 1. September im Deutschlandfunk bekräftigte

DER WOCHENRÜCKBLICK

Das Volk hat's vermässelt

Warum Aiwanger nicht gestürzt wurde, und was das für unser Land bedeuten könnte

VON HANS HECKEL

Das darf doch wohl nicht wahr sein! Die Moralrichter in Politik und Medien können und wollen ihre pure Fassungslosigkeit nicht verbergen. Sie haben Hubert Aiwanger nach allen Regeln ihrer dunklen Kunst abgeurteilt, doch das Urteil ist abgeprallt. Der Mann ist immer noch im Amt und erfreut sich einer Unterstützung im Volk, die größer und fester zu sein scheint denn je. Und zwar nicht nur in Bayern, aber im Freistaat ganz besonders.

Dabei war alles bestens vorbereitet und geschickt terminiert: Pünktlich zum Beginn der heißen Wahlkampfphase gräbt man eine unbewiesene Behauptung aus. Normalerweise reicht so etwas, um einen Menschen, der rechts der politischen Mitte verortet wird, gesellschaftlich zu eliminieren.

„Aiwanger ist am Ende“ titelte die „Süddeutsche Zeitung“ denn auch siegesgewiss schon am Donnerstag, den 31. August. Dass sich sein Bruder bereits als Autor des Flugblatts offenbart hatte, spielte überhaupt keine Rolle. In diesen besonderen Moraltribunalen entscheidet nämlich nicht ein neutraler Richter, der Beweise für die Schuld verlangt, sondern der Ankläger, der das Recht zur grenzenlosen Beschuldigung innehat. Sobald Letzterer gesprochen hat, ist die Sache durch.

Sollte sich der Anfangsvorwurf im Zuge der „Ermittlungen“ als gegenstandslos erweisen, macht das in solchen Moralprozessen gar nichts. Dann verlegt sich die Anklage eben auf Stilfragen, so auch hier: Gut, Aiwanger hat den widerlichen Text von 1987 gar nicht geschrieben. Aber er hat auf den Vorwurf, es getan zu haben, nicht angemessen reagiert. Das reicht auch.

Dabei kommt den Anklägern zugute, dass es nur wenige Menschen verstehen, auf heftige Attacken gegen ihre Person so zu antworten, dass sie dabei eine gute Figur machen. In so einer Situation sind sogar diejenigen im Vorteil, bei denen tatsächlich etwas im Argen liegt, weil sie sich innerlich auf die Attacke vorbereiten können.

Olaf Scholz hat Hubert Aiwanger übrigens wegen dessen lückenhafter Erinnerung an mehr als 35 Jahre alte Vorkommnisse kritisiert. Der frühere Linkspartei-Politiker Fabio de Masi hat nun wiederum gegen den Bundeskanzler Anzeige erstattet wegen Verdachts auf Falschaussage in der Warburg-Affäre. Aber das nur am Rande. Wen interessiert

das? Die deutsche Moralgerichtsbarkeit jedenfalls nicht, denn Scholz steht links. Moralrichter treten bei Linken höchstens als Anwälte auf und würden in diesem Fall argumentieren, dass der Kanzler Chef jener „Fortschrittskoalition“ sei, welche die grüne Transformation des Landes durchzieht, weshalb man ihm mit solchem Kleinkram wie Erinnerungslücken hinsichtlich des Cum-Ex-Skandals bitte vom Halse bleiben möge.

Wir sind hier aber bei Aiwanger. Ein Kommentator fasst die Marschrichtung im Gespräch mit einem großen Nachrichten-TV-Sender treffend zusammen: „Es ist sein Schmutz aus seiner Jugend“, egal, ob er das Flugblatt geschrieben habe, denn: „Irgendein Aiwanger hat es geschrieben!“

„Irgendein ...“ Bei dem Versuch, dieses Rechtsverständnis einzuordnen, sind – mal wieder – jene Leser klar im Vorteil, die ihre Wurzeln in einem bestimmten Teil unseres Landes haben. Denn als „es“ 1987 geschrieben wurde, gab es in Deutschland tatsächlich noch einen Staat, in dem das (Fehl-)Verhalten eines engen Verwandten üble Folgen für die eigene Karriere zeitigen konnte. Tja, es war halt nicht alles schlecht ...

Schon der „Anschein“ soll reichen

Der zitierte Kommentator ist denn auch erbost darüber, dass der Freie-Wähler-Chef statt „Reue“ nur „Chuzpe“ zeige. In der Tat schwimmt Aiwanger von einem Bad in der Menge zum nächsten. Sein Wahlkampf hat offenbar erst mit der Kampagne gegen ihn so richtig Fahrt aufgenommen. Seine Gegner kochen deswegen begreiflicherweise vor Wut. Während Aiwangers Veranstaltungen zum Platzen voll sind, interessiert sich beispielsweise für die Grünen im bayerischen Wahlkampf nur ein Bruchteil solcher Massen.

Deren Fraktionschefin Katharina Schulze hält vor mäßig gefülltem Bierzelt dennoch wacker an den Regeln des linken Moralrichtertums fest: „Schon der Anschein von Antisemitismus“ füge Bayern Schaden zu. „Schon der Anschein“ – auch so ein Augenöffner. Denn um einen „Anschein“ zu erwecken, reicht der blanke Vorwurf, insofern man nur genug Medienmacht aufbieten kann, um ihn breit und penetrant genug unters Volk zu streuen. Und über diese Macht verfügt das grünlinke Lager allemal.

Womit wir wieder bei der bohrenden Frage wären, die wir uns schon eingangs gestellt hatten: Warum hat die politische Hinrichtung

des Hubert Aiwanger trotzdem nicht geklappt? Die Antwort blitzte eben schon auf: Das Volk ist schuld, das Aiwangers Zelte füllt und bei Umfragen zu der Affäre mehrheitlich klar hinter ihm steht.

Da haben sich die Kampagnenmacher verkalkuliert. Sie dachten, die Attacke wäre mitten im Wahlkampf besonders wirkungsvoll. In Wahrheit hat sich das Gegenteil herausgestellt. Gerade weil jetzt Wahlkampf ist in Bayern, konnte sich der Attackierte Rückendeckung bei den Bürgern holen. Die haben ihn sichtlich gestärkt und wohl auch Eindruck auf Markus Söder gemacht. Ohne den Wahlkampf wäre die Sache allein in der „medialen Öffentlichkeit“ abgehandelt worden, die in Wahrheit ja gar keine „Öffentlichkeit“ ist, sondern nur so tut. Dort haben die Moralrichter ganz klar die Oberhand, und die hätten sie genutzt. Aiwanger wäre weg.

Nun sind alle aufgeschreckt und fragen sich: Hat das Scheitern des Aiwanger-Sturzes gar unsere „politische Kultur“ verändert? Könnte durchaus sein. In welcher Weise? Nun, vielleicht ist der Stern der linken Moralrichter im Sinken und die Zeiten gehen ihrem Ende entgegen, in denen sie einfach den Daumen senken mussten, um jemanden „auszusortieren“.

Zudem hat das gemeine Volk seine Macht gekostet, denn allein von den für Aiwanger günstigen Umfragewerten hätte sich niemand beeindrucken lassen, wohl nicht einmal Markus Söder. Der frenetische Jubel in Aiwangers Bierzelten kurz vor der Wahl macht Eindruck.

Er dürfte ihn gerettet haben, ähnlich wie die prallvollen Konzerte den Rammstein-Sänger Till Lindemann. Dem konnten die vorgeworfenen Vergehen (sexuelle Übergriffe) zwar auch nicht nachgewiesen werden. Aber erst die Treue seiner Fans garantierte, dass seine Musik-Karriere keinen Schaden nahm wegen der Anwürfe.

Doch natürlich geben sie deshalb noch lange nicht auf, die Moralrichter. Von Lindemann fordern sie jetzt einen „Unschuldsbeweis“, zynisch wissend, dass er den kaum wird beibringen können. Der erwähnte TV-Kommentator will auch nicht lockerlassen: „In bin sicher, die Affäre Aiwanger fängt gerade erst an“, denn: „So wie er es macht, verspielt er noch mehr Vertrauen.“ Vertrauen beim wem? Für Demokraten ist das Vertrauen des Volkes allemal wichtiger als dasjenige selbstinthonisierter Moraleliten.



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de